

II. Dokumentenverzeichnis

- 1. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 4. Januar 1935**
Information über die Weisungen für den neuen Handelsvertreter in Deutschland Kandelaki zur Verhandlungsführung mit den Deutschen über den 200-Millio-
nenkredit für die UdSSR. 155
- 2. Bericht des Militärattachés in Moskau Hartmann an das AA und das Reichs-
wehrministerium, 7. Januar 1935**
Über die zahlenmäßige Stärke und die Kampfbereitschaft der sowjetischen Bo-
dentruppen im Fernen Osten sowie die Ernennung des neuen sowjetischen Mi-
litärattachés in Deutschland und seines Gehilfen. 156
- 3. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige
Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau Graf von der
Schulenburg, 9. Januar 1935**
Schulenburg spricht unter anderem über das Bestreben seiner Regierung, zur
UdSSR „normale und freundschaftliche Beziehungen“ herzustellen, lehnt je-
doch die Möglichkeit eines Beitritts Deutschlands zum Ostpakt als unannehm-
bar ab. Es wird die beiderseitige Unzufriedenheit mit der Haltung der jeweili-
gen Presse festgestellt, insbesondere hinsichtlich der Berichterstattung über die
Ermordung von Kirov. 158
- 4. Aufzeichnung der Unterredung des Botschaftsrats von Twardowski mit dem
Leiter der 2. Westabteilung im NKID Štern, 11. Januar 1935**
Die deutsch-sowjetischen Beziehungen und die Haltung der Presse beider Län-
der; das Bestreben der Gesprächspartner, die Verantwortung für die scharfen
Äußerungen in der Presse der anderen Seite aufzuerlegen. Nach Ansicht von
Štern würde ein Beitritt Deutschlands zum Ostpakt dessen Sicherheit festigen
und erlauben, dem Problem der Aufrüstung keine allzu große Bedeutung
beizumessen. Twardowski vertritt den Standpunkt, dass nur die UdSSR den Ab-
schluss eines Ostpaktes anstrebt, in der jetzigen Form entspricht er jedoch nicht
den Interessen Deutschlands. 162
- 5. Rundschreiben der Geschäftsführung des Russland-Ausschusses der Deut-
schen Wirtschaft, 11. Januar 1935**
In der Mitteilung einer gut unterrichteten Quelle geht es um optimistische
Stimmungen der sowjetischen Seite bezüglich der Entwicklung der zweiseiti-
gen Wirtschaftsbeziehungen. Die Quelle meldet, dass der Handelsvertreter
Kandelaki den „festen Auftrag“ habe, die Verhandlungen über das sowjetische
Auftragsprogramm vom „toten Punkt“ wegzubewegen sowie eine Kompromiss-
lösung bezüglich der Fristen für einen langfristigen Kredit zu finden. Neben
den positiven Prognosen lenkt die Quelle die Aufmerksamkeit auf die Unzu-
friedenheit in sowjetischen Kreisen hinsichtlich der passiven Handelsbilanz,
die sich in dem sowjetischen Exportrückstand nach Deutschland äußert. 164
- 6. Arbeitsplan der II. Westabteilung der VOKS, 13. Januar 1935**
Der Plan für Deutschland für das Jahr 1935 umfasst vorrangig folgende Gebie-
te: Bücheraustausch, Austausch von wissenschaftlichen Periodika, Veröffentli-
chung von wissenschaftlichen Aufsätzen in deutschen Periodika. 166

7. Bericht des Militärattachés in Moskau Hartmann an das AA und das Reichswehrministerium, 14. Januar 1935

Einschätzung der militärpolitischen Lage der UdSSR zum Jahreswechsel 1934–1935, ihre im Aufschwung befindliche tatsächliche und potenzielle militärische Stärke. Obgleich die UdSSR durch nichts unmittelbar bedroht werde, existieren im Fernen Osten Spannungen. Bei einer Verwicklung Deutschlands in einen Krieg kommt nach Auffassung von Hartmann das sowjetische Heer in der ersten Zeit weder als Feind noch als Bundesgenosse ernsthaft in Frage, anders als Marine und Luftflotte, die beide relativ schnell einsatzbereit seien.

167

8. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Stern mit dem Botschaftsrat in Moskau von Twardowski, [15. Januar 1935]

Erörterung laufender Angelegenheiten, darunter: Verfolgung von Deutschen im Gebiet Odessa wegen des Empfangs von Geldüberweisungen aus Deutschland; das unhöfliche Verhalten des NKID gegenüber Botschafter Schulenburg; die unfreundliche Haltung der sowjetischen Presse gegenüber Deutschland; die Erklärung von Volkskommissar Litvinov gegenüber tschechoslowakischen Journalisten; kein Bedarf Deutschlands, sich an einen Ostpakt zu binden; die von der Botschaft dem NKID zugestellte Klageschrift und Vorladung Litvinovs vor ein deutsches Gericht.

177

9. Schreiben der Geschäftsführung des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft an den Ministerialrat im Reichswirtschaftsministerium Mossdorf, 17. Januar 1935

Stellungnahme des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft zu der von der sowjetischen Seite überreichten Auftragsliste. Diese Aufträge würden im Rahmen des 200-Millionenkredites der deutschen Wirtschaft mehr Schaden als Nutzen bringen. Deshalb sind der UdSSR nur jene Waren zu liefern, deren Export keine negativen Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft hat, und deshalb solle dies nicht im Rahmen des 200-Millionenkredites verlaufen.

181

10. Schreiben des Beauftragten des Otto-Wolff-Konzerns Deutmoser an das Chefbüro der Firma Otto Wolff, 18. Januar 1935

Nach Informationen aus dem AA ruft die sowjetische Auftragsliste bei dem Teil Bedenken hervor, der sich mit der Schaffung einer eigenen Chemieindustrie mit deutscher Hilfe befasst. Die sowjetischen Vorschläge werden Gegenstand einer Beratung der entsprechenden Ressorts sein; im AA hält man eine Vereinbarung mit der sowjetischen Seite bis Ende Januar für möglich.

182

11. Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam, 19. Januar 1935

Schreiben der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft an die Botschaft der UdSSR mit der Bitte, der Baugesellschaft für die Nord-Süd-S-Bahn eine technische Besichtigung aller Räume der Botschaft zu gestatten. Vermerkt wird die negative Reaktion der sowjetischen Diplomaten, die es nicht wünschen, fremden Leuten den Zutritt zum Gebäude der Botschaft zu gewähren.

183

12. Bericht des Volkskommissars für Innere Angelegenheiten Jagoda an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 20. Januar 1935

Zusammenfassender Bericht Jagodas über die Tätigkeit der Organe der Staatssicherheit für die Jahre 1933–1934 zur Unterbindung der Tätigkeit deutscher Faschisten auf dem Gebiet der UdSSR. Im Zuge der Ermittlungsmaßnahmen

- wurde eine enge Verbindung der evangelischen und katholischen Geistlichkeit mit deutschen diplomatischen Einrichtungen festgestellt, die von diesen Gelder für konterrevolutionäre, antisowjetische Tätigkeit unter dem Deckmantel der „Hungerhilfe“ bekommen habe. 184
- 13. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem deutschen Geschäftsträger in Moskau von Twardowski, 23. Januar 1935**
 Meinungs austausch zur Frage des Ostpaktes, der nach Auffassung Twardowskis für Deutschland unvorteilhaft sei und dem sich Deutschland deshalb nicht anschließen werde. Abzulehnen seien ein gegenseitiger Beistand und eine Bestimmung für den Begriff „Aggressor“. 195
- 14. Aufzeichnung des Staatssekretärs im AA von Bülow, 23. Januar 1935**
 Exposé für Neurath zur Haltung zum Donaupakt und zum Ostpakt. Nach Auffassung Bülows sind beide Abkommen faktisch gegen Deutschland gerichtet und deshalb ist eine Aufnahme von Verhandlungen hinauszuschieben. Dabei ist vor allem von dem Erfordernis auszugehen, die Handlungsfreiheit zu garantieren, um die Aufrüstung Deutschlands zum Abschluss zu bringen. 197
- 15. Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam, 23. Januar 1935**
 Vertreter verschiedener Ressorts erörtern die sowjetische Auftragsliste, deren Umsetzung im Rahmen des von Deutschland gewährten 200-Millionenkredit beabsichtigt ist. 202
- 16. Aufzeichnung des Mitarbeiters des Referats Osteuropa in der IV. Abteilung des AA von Tippelskirch, 25. Januar 1935**
 Zur negativen Reaktion des AA auf die Anfrage des Reichsministeriums für Propaganda hinsichtlich einer beabsichtigten polizeilichen Haussuchung in der Buchhandelsfirma „Kniga“ und im Zeitschriftenkiosk bei der sowjetischen Handelsvertretung. 203
- 17. Aufzeichnung des Korrespondenten der „Kölnischen Zeitung“ in Moskau Just, 26. Januar 1935**
 Gespräch mit dem Leiter der Presseabteilung des NKID Umanskij bezüglich des angeblich unkorrekten Verhaltens von Just im Zusammenhang mit der Verzögerung der offiziellen Mitteilung über den Tod des Mitglieds des Politbüros des ZK der VKP (B) Kujbyšev. 204
- 18. Schreiben des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov an den Leiter der Wirtschaftsabteilung im NKID Rozenbljum, 27. Januar 1935**
 Zum Stand der Umsetzung des 200-Millionenkredites. Nach Auffassung Bessonovs sind die Schwierigkeiten mit der Bestellliste auf die Zweifel zurückzuführen, ob Deutschland auf diese Weise am Aufbau der Rüstungsindustrie der UdSSR mitwirken sollte. 206
- 19. Auszug aus dem Vortrag des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov auf dem VII. Sowjetkongress der UdSSR, 28. Januar 1935**
 Zu Veränderungen in den sowjetisch-deutschen Beziehungen nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten und zur programmatischen Erklärung Hit-

lers in „Mein Kampf“ bezüglich der künftigen Eroberungspolitik gegenüber der UdSSR.	207
20. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Botschaftsrat in Moskau von Twardowski, 31. Januar 1935	
Erörterung laufender Angelegenheiten, insbesondere Konfliktfälle und Haft- sachen von in Deutschland befindlichen sowjetischen Staatsbürgern und von deutschen Staatsbürgern in der UdSSR sowie Diskriminierungen von Sowjet- deutschen, die aus Deutschland Geldüberweisungen erhalten.	209
21. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Volkskommissar für Innere Angelegenheiten Jagoda, 1. Februar 1935	
Zu den Verstößen von Organen des NKVD gegen das Abkommen über Nieder- lassung, das die Rechte der in der UdSSR lebenden deutschen Staatsangehö- rigen regelt. Bitte, sämtliche Abteilungen des NKVD anzuweisen, das Abkommen unbedingt zu befolgen.	212
22. Telegramm der Botschaft Moskau an die deutschen Konsulate in der UdSSR, 1. Februar 1935	
Vertrauliche Information über nicht zu erwartende wesentliche Veränderungen in der Haltung Deutschlands gegenüber der UdSSR sowie zu anderen Fragen der Außenpolitik.	215
23. Schreiben des Beauftragten des Otto-Wolff-Konzerns Deutelmoser an das Chefbüro der Firma Otto Wolff, 2. Februar 1935	
Zum Stand der zweiseitigen Wirtschaftsverhandlungen bezüglich der Liste der sowjetischen Aufträge im Rahmen des 200-Millionenkredites.	216
24. Notiz der Abteilung Ausland im Wehrmachtsamt des Reichswehrministe- riums für Reichswehrminister von Blomberg, 2. Februar 1935	
Analyse des außenpolitischen Teils der Rede Molotovs auf dem VII. Sowjetkon- gress der UdSSR unter dem Gesichtspunkt der Beziehungen der UdSSR zu Deutschland (vgl. Dok. 19).	217
25. Bericht des Militärattachés in Moskau Hartmann an das AA und das Reichswehrministerium, 4. Februar 1935	
Analyse des außenpolitischen Teils der Reden Molotovs, Tuchačevskijs und Ordžonikidzes auf dem VII. Sowjetkongress der UdSSR unter militärpolitischen und kriegswirtschaftlichen Gesichtspunkten. Eindrücke von dem Treffen mit dem neuen Militärattaché in Deutschland Orlov.	219
26. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den sowjetischen Geschäftsträger in Berlin Bessonov, 4. Februar 1935	
Zum Verhalten des Botschaftsrats Twardowski während der Eröffnung des VII. Sowjetkongresses der UdSSR, das Krestinskij als feindselige Demonstration wertet.	223
27. Aufzeichnung von Unterredungen des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov, 6. Februar 1935	
Unterredung mit Schulenburg (28.1.) über die sowjetische Auftragsliste im Rah- men des deutschen Kredits und über einige internationale Fragen (Donau- und	

Ostpakt); mit Ministerialdirektor Meyer (30.1.) über die Haltung Deutschlands zum Donau- und zum Ostpakt; mit Tippelskirch (31.1.) über dessen bevorstehende Versetzung nach Moskau, über Repressalien gegenüber Deutschen in der UdSSR und über sowjetische Aufträge sowie einige andere Unterredungen. 225

28. Aufzeichnung von Unterredungen des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Giršfel'd, 6. Februar 1935

Unterredung mit Tippelskirch (2.2.) über laufende Angelegenheiten, unter anderem über in Deutschland verhaftete sowjetische Staatsbürger (Grossman, Pal'čik) und über den in der UdSSR inhaftierten deutschen Staatsangehörigen Fuchs. Über das Gespräch mit dem inhaftierten Grossman (31.1.) im Gefängnis Brandenburg-Görden im Beisein des Gefängnisdirektors und des Staatsanwaltes. 231

29. Schreiben des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, 6. Februar 1935

Information über den Stand der Verhandlungen bezüglich des deutschen Kredites und über die Unterredung Kandelakis mit Schacht am 6.2. zur sowjetischen Auftragsliste. Nach Auffassung von Bessonov und Kandelaki sind die Deutschen bestrebt, eine Übereinkunft so lange hinauszuschieben, bis die Möglichkeiten für weitere politische Verhandlungen mit England und Frankreich ausgeschöpft sind. 235

30. Schreiben des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 6. Februar 1935

Neue Etappe in der Propagandakampagne in Deutschland zur Organisierung der Hilfeleistung für die Hunger leidenden Deutschen in der UdSSR. Bessonov meint, dass die außenpolitischen Ziele der Organisatoren der Kampagne dazu dienen, den antisowjetischen Kurs Englands und Frankreichs zu verstärken. . . 238

31. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Staatsanwalt der UdSSR Akulov, 8. Februar 1935

Bitte des NKID um Aussetzung der Vollstreckung des gegen den sowjetischen Staatsbürger Rerich verhängten Todesurteils und um nochmalige Prüfung seines Falls „unter dem Gesichtspunkt des außenpolitischen Interesses“. 241

32. Schreiben des Beauftragten des Otto-Wolff-Konzerns Deutelmoser an das Chefbüro der Firma Otto Wolff, 9. Februar 1935

Zum aktuellen Rückschlag in den deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen, der auf Meinungsverschiedenheiten zwischen dem AA und dem Reichswirtschaftsministerium hinsichtlich des Umfangs der Zugeständnisse an die sowjetische Seite sowie auf die verschlechterte außenpolitische Atmosphäre durch die auf dem VII. Sowjetkongress gehaltenen Reden zurückzuführen sei. . . 242

33. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 10. Februar 1935

Zur Notwendigkeit, gegen die in Deutschland entfachte Propagandakampagne zur Hilfeleistung für die Hunger leidenden Deutschen in der UdSSR auf dem bevorstehenden Kongress der Kolchos-Bestarbeiter eine Gegenkampagne zu entwickeln. 243

34. Bericht des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 10. Februar 1935

Analyse der Information über die britisch-französischen Verhandlungen in London und das Kommuniqué vom 3.2. sowie der taktischen Aufgaben, die vor der sowjetischen Frankreichpolitik stehen.

244

35. Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam, 12. Februar 1935

Besprechung mit Vertretern der sowjetischen Handelsvertretung im Reichswirtschaftsministerium über das deutsch-sowjetische Kreditabkommen. Die deutsche Seite erklärt, dass die Ende 1934 übergebene sowjetische Auftragsliste kein Gegenstand eines zweiseitigen Vertrages sein kann. Die deutsche Regierung hat keine Einwände gegen Verhandlungen der Handelsvertretung mit einzelnen Firmen auf der Grundlage dieser Auftragsliste, behält sich jedoch das Recht auf die Erteilung der Genehmigung bei der Lieferung von Ausrüstungen vor.

247

36. Schreiben des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, 12. Februar 1935

Der herzliche Empfang Blombergs und Reichenaus für den Gehilfen des Militärrattachés Šnitman steht nach Auffassung Bessonovs in Zusammenhang mit der sowjetischen Auftragsliste im Rahmen des 200-Millionenkredits, in der die Reichswehrführung das Bestreben sehe, zu den früheren Formen der Zusammenarbeit zurückzukehren. Bessonov erläutert die neuen von den Deutschen in den Kreditverhandlungen unterbreiteten Vorschläge.

248

37. Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam, 15. Februar 1935

Gespräch Schachts mit dem stellvertretenden Handelsvertreter Fridrichson (14.2.). Laut Erklärung des Reichsministers sei die Sonderstellung, die der sowjetische Export in Deutschland einnehme, nicht länger tragbar. Die Einfuhr sowjetischer Waren müsse der Kontrolle von Überwachungsstellen unterstellt werden. Es sei unzulässig, den Erlös aus dem Verkauf der Waren zur Tilgung der alten sowjetischen Verbindlichkeiten zu verwenden. Im Bedarfsfall müssten die Goldreserven in Anspruch genommen werden.

251

38. Telegramm des Stellv. Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Fridrichson an den Volkskommissar für Außenhandel Rozengol'c und den Leiter der Handelsvertretung in Berlin Kandelaki, 15. Februar 1935

Gestützt auf das Gespräch mit Schacht (vgl. Dok. 37) teilt Fridrichson mit, dass am 16.2.1935 die Gültigkeit des Markabkommens mit der UdSSR ende und der sowjetische Export nach Deutschland durch die Ausgabe von Devisengenehmigungen für jeden Geschäftsabschluss reguliert werde. Da sein Versuch, auf eine Prolongierung des Markabkommens zu beharren, erfolglos gewesen sei, bittet Fridrichson um neue Weisungen.

252

39. Aufzeichnung des Mitarbeiters des Referats Osteuropa in der IV. Abteilung im AA von Tippelskirch, 15. Februar 1935

Beschwerde Bessonovs im Zusammenhang mit der von der Gestapo durchgeführten Haussuchung in der Buchhandelsfirma „Kniga“ in Berlin, der Überprüfung der Personaldokumente von Mitarbeitern, der Beschlagnahme einer Reihe

von Materialien und Dokumenten in deutscher Sprache. Laut Mitteilung der Gestapo an das AA sind im Zuge der Haussuchung keinerlei illegale Materialien zutage gefördert worden; im Übrigen sei auch nicht damit gerechnet worden, Belastungsmaterial sicherzustellen. 253

40. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 16. Februar 1935

Erörterung laufender Angelegenheiten. Der Botschafter hebt insbesondere die Frage bezüglich der Repressalien gegen Deutsche in der UdSSR hervor, die über Torgsin, dessen Tätigkeit in Deutschland zugelassen sei, Geldüberweisungen erhalten. Krestinskij bestreitet, dass Bürger der UdSSR für den Empfang von Überweisungen von Angehörigen und Bekannten aus Deutschland über Torgsin zur Verantwortung gezogen werden. 255

41. Aufzeichnung von Unterredungen des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 16. Februar 1935

Unterredungen Bessonovs und Fridrichsons (14.2. und 15.2.) mit Vertretern deutscher Ressorts über das Kredit- und Markabkommen. Nach Auffassung Bessonovs sind die Deutschen der Meinung, dass die UdSSR jetzt stärker an dem 200-Millionskredit interessiert sei. Außerdem wollten sie 1935 eine gewisse Menge an Gold und Devisen zwecks Tilgung der früheren Verbindlichkeiten sowie eine Aufstockung der sowjetischen Aufträge in Deutschland zu verbesserten Konditionen erhalten. 257

42. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 16. Februar 1935

Über ein Gespräch mit Kandelaki, in dem die neuen Vorschläge Schachts und die Haltung des NKID und des Politbüros bezüglich der weiteren Verhandlungen mit den Deutschen zum Kreditabkommen behandelt wurden. 260

43. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 16. Februar 1935

Zur Entscheidung der Organisatoren des bevorstehenden Internationalen Filmfestivals in Moskau, aus politischen Erwägungen keine Vertreter deutscher Filmstudios einzuladen; diese Entscheidung soll nach Auffassung des NKID revidiert werden. 262

44. Schreiben des verantwortlichen Referenten der 2. Westabteilung im NKID Levin an den Rat der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 17. Februar 1935

Note der Deutschen Botschaft zur Lage der Bauern deutscher Staatsbürgerschaft in der UdSSR, die mit maßlosen Steuern belegt würden. Besuch Giršfel'ds bei dem in Deutschland inhaftierten Grossman und die Notwendigkeit für die Bevollmächtigte Vertretung, Material über die Haftbedingungen in deutschen Gefängnissen für sowjetische Staatsbürger zu sammeln, um dem NKID ein umfangreiches Gegenmaterial an die Hand zu geben, welches den deutschen Forderungen entgegengesetzt werden kann. 263

45. Schreiben des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 18. Februar 1935	
Unterredung mit Tippelskirch bezüglich des vom AA vorgeschlagenen Austauschs des in Deutschland inhaftierten Reichsdeutschen Neitzke gegen die in der UdSSR inhaftierte sowjetische Staatsbürgerin Volkova. Information über Gespräche Kandelakis mit den Deutschen bezüglich des 200-Millionenkredites.	265
46. Aufzeichnung von Unterredungen des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Giršfel'd, 18. Februar 1935	
Unterredung mit Tippelskirch (13.2.): zu Problemen des Kulturaustausches und der Wirtschaftsverhandlungen, die mit den Forderungen Moskaus nach Aufträgen militärischer Art entstanden sind. Unterredung mit Stechow (14.2.): die im Frühjahr 1933 in Leipzig beschlagnahmten Bücher des Marx-Engels-Lenin-Instituts seien von der Polizei noch vor dem Eingreifen des AA verbrannt worden.	267
47. Schreiben des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an den Konsul in Odessa Roth, 19. Februar 1935	
Über Umgangsformen sowjetischer Beamter vor Ort und in der Hauptstadt, die die von den diplomatischen Vertretungen ausgesprochenen Einladungen zu Empfängen ignorieren. Der Botschafter gibt Empfehlungen, wie auf Einladungen von sowjetischer Seite zu reagieren sei.	269
48. Schreiben des Geheimen Staatspolizeiamtes an den Reichsinnenminister Frick und an das AA, 20. Februar 1935	
Laut Mitteilung der Staatspolizeistelle Stettin hält sich im Kreis Lebus immer noch eine große Anzahl ehemaliger russischer Kriegsgefangener auf. Zwecks Schaffung neuer Arbeitsplätze für Deutsche sei deren Abschiebung in die UdSSR erforderlich, obwohl es sich nach Auffassung der Bevollmächtigten Vertretung um staatenlose Personen handele.	270
49. Chiffretelegramm des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki an den Volkskommissar für Außenhandel Rozenol'c, 21. Februar 1935	
Neue Vorschläge der deutschen Seite als Grundlage für Verhandlungen zur Regelung der gegenseitigen Handelsbeziehungen für das Jahr 1935.	271
50. Chiffretelegramm des Volkskommissars für Außenhandel Rozenol'c an den Leiter der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki, [nicht später als 22. Februar 1935]	
Weisungen für die weitere Verhandlungsführung mit den auf deutscher Seite Verantwortlichen.	272
51. Aufzeichnung des Ministerialrats im Reichswirtschaftsministerium Mossdorf, 22. Februar 1935	
Erörterung der derzeitigen Lage auf der Grundlage der neuen Vorschläge beider Seiten; Erklärung Kandelakis, dass die von Schacht vorgeschlagene Regelung der Handelsbeziehungen im Jahr 1935 für die UdSSR unannehmbar sei.	273

52. Schreiben des Beauftragten des Otto-Wolff-Konzerns Deutelmoser an das Chefbüro der Firma Otto Wolff, 22. Februar 1935	
Information zum Stand der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen. Deutelmoser vertritt die Auffassung, dass eine starke Belebung des Handels erwartet werden könne, falls die sowjetische Seite dem deutschem Druck nachgebe und Zugeständnisse mache.	275
53. Protokoll einer Sitzung bei dem Leiter der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki, 23. Februar 1935	
Zur Tätigkeit der Rechtsabteilung der Handelsvertretung, deren Tätigkeit als unbefriedigend erklärt wird, da sie den Gerichtsweg bei offensichtlich nicht zu gewinnenden Fällen zuließe und vorteilhafte Schlichtungsvorschläge der Firmen und der Gerichte im Vorfeld ablehne.	276
54. Schreiben des Geheimen Staatspolizeiamtes an den Mitarbeiter des Referats Osteuropa in der IV. Abteilung im AA von Tippelskirch, [nicht später als 25. Februar 1935]	
Vorschlag für ein Vertriebsverbot für sämtliche sowjetische Zeitungen in Deutschland, insbesondere wegen der sich verschärfenden Ausfälle gegen seine Staatsform sowie wegen böswilliger Karikaturen auf Hitler.	277
55. Aufzeichnung von Unterredungen des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Giršfel'd, 25. Februar 1935	
Unterredung unter anderem mit Stieve (18.2.): Übermittlung der offiziellen Einladung an deutsche Filmstudios und Filmschaffende zur Teilnahme am Filmfestival in Moskau. Unterredung mit von Tippelskirch (19.2.): Ablehnung der deutschen Seite, am Moskauer Filmfestival teilzunehmen. Gespräch mit dem politischen Redakteur des „Stahlhelm“ Heinz (20.2.), der annimmt, dass die UdSSR mit einem monarchistischen Deutschland völlig andere Beziehungen herstellen könne; vieles, was Rapallo gebracht habe und mit dem Machtantritt Hitlers zerstört worden sei, könne wiederhergestellt werden.	278
56. Aufzeichnung von Unterredungen des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 25. Februar 1935	
Unterredung im AA (am 19.2.) mit Meyer, der erklärt, dass Deutschland den Ostpakt unter keinen Umständen unterzeichnen werde, aber bereit sei, sich mit dem französisch-sowjetischen Militärbündnis abzufinden. Diskussion mit Aschmann zur Haltung der deutschen Presse, die erneut Themen wie beispielsweise die Gefahr des „roten Imperialismus“ behandle.	281
57. Aufzeichnung von Unterredungen des Rates der Bevollmächtigten Vertretung Bessonov und des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki, 25. Februar 1935	
Unterredungen Kandelakis mit Schacht (18.2.), Bessonovs mit Bräutigam (19.2.) und mit Mossdorf (22.2.), Kandelakis mit Schacht (22.2.), in deren Verlauf die Haltung beider Seiten im Zusammenhang mit den neuen Vorschlägen Schachts vom 14.2.1935 erörtert wurden. Bessonov meint, dass die in Kandelakis Erklärung enthaltene Androhung eines Handelskrieges Schacht beeindruckte, aber nichts an seiner Haltung zu dem Handelsabkommen geändert habe.	284

<p>58. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, 26. Februar 1935</p> <p>Analyse der Situation bei den Wirtschaftsverhandlungen mit den Deutschen, deren veränderte Position nach Auffassung von Suric auf politische, wirtschaftliche und konjunkturelle Motive zurückzuführen ist. Der Bevollmächtigte Vertreter untersucht zwei mögliche Vorgehensvarianten: eine harte Handels- und Wirtschaftspolitik, um die deutsche Seite zum Nachgeben zu zwingen, oder ein politisch bedingter Kompromiss.</p>	286
<p>59. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 26. Februar 1935</p> <p>Krestinskij stellt eine Reihe von Fragen zur neuen deutschen Politik bei den Wirtschaftsverhandlungen, insbesondere die Frage, auf welcher Grundlage ein Abkommen erzielt werden kann. In dem Schreiben werden außerdem einige Aspekte der internationalen Politik angesprochen.</p>	290
<p>60. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 26. Februar 1935</p> <p>Analyse der Veränderungen in der Politik Deutschlands gegenüber der UdSSR vor dem Hintergrund seiner Beziehungen zu den Westmächten. Die Taktik, dem Westen mit der Perspektive einer möglichen Verbesserung der sowjetisch-deutschen Beziehungen von Zeit zu Zeit zu drohen, wird nach Auffassung von Suric in Deutschland offenbar nun als unrichtig angesehen. Ribbentrop und Rosenberg, die Gegner dieser Taktik, meinen, dass „eine Isolierung Sowjetrusslands bedeutend leichter zu erreichen wäre, wenn nach außen hin ein Eindruck von der Unversöhnlichkeit des gegenwärtigen Deutschlands mit der UdSSR“ vermittelt werden könnte. Der Übergang zu einer Taktik der Isolierung der UdSSR sei vom Anschluss der Saar ausgelöst worden, der die Perspektive einer Einigung Deutschlands mit dem Westen zum Preis der Aufrechterhaltung der Handlungsfreiheit im Osten eröffne.</p>	291
<p>61. Entwurf eines Schreibens des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 28. Februar 1935</p> <p>Zur Situation bei den sowjetisch-deutschen Wirtschaftsverhandlungen nach den neuen Vorschlägen der deutschen Seite und der sowjetischen Antwort. Vor einem Abbruch der Verhandlungen plädiert Rozengol'c dafür, durch einige Zugeständnisse noch einmal den Versuch zu machen, zu einer Verständigung zu gelangen. Für den Fall einer Ablehnung der Kompromissvorschläge durch die deutsche Seite unterbreitet der Volkskommissar neue Weisungen für Kandelaki.</p>	294
<p>62. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam mit dem Rat der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 2. März 1935</p> <p>Besprechung der Situation (am 26.2.), die bei den sowjetisch-deutschen Wirtschaftsverhandlungen aufgrund der von Schacht unterbreiteten Bedingungen für eine Regelung des Handels im Jahr 1935 entstanden ist. Bräutigam trägt einen Kompromissvorschlag vor, der einerseits Schacht zufriedenstellt und andererseits einen Zusammenhang zwischen Schuldentilgung und neuen sowjetischen Aufträgen vermeidet.</p>	296

63. Bericht des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 3. März 1935	
Zum Ostpakt und den Meinungsverschiedenheiten mit Großbritannien und Frankreich.	298
64. Beschluss des Politbüros des ZK der VKP (B), 3. März 1935	
Neue Weisungen an Kandelaki für die Verhandlungsführung mit den Deutschen über den Handelsumsatz im Jahr 1935 und für den Abschluss eines Abkommens auf der Grundlage einer der drei für die UdSSR annehmbaren Varianten. .	299
65. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 4. März 1935	
Der vom Bevollmächtigten Vertreter unterbreitete Kompromiss bei den Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland (vgl. Dok. 58) ist unannehmbar.	301
66. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Brätigam mit dem Vertreter des Reichswehrministeriums von Esebeck, 4. März 1935	
Anfrage des Reichswirtschaftsministeriums, ob es zweckmäßig sei, dem britischen Außenminister Simon bei seinem Besuch in Berlin Informationen zur Liste der sowjetischen Aufträge an Deutschland mitzuteilen. Negative Haltung des AA, wonach eine Weitergabe dieser Informationen nicht in Frage komme.. .	302
67. Bericht über einen Vortrag von Oberst von Niedermayer an der Berliner Universität, 5. März 1935	
Die Kernthesen des Vortrags „Armee und Militärpolitik der UdSSR“ vom 15.2.1935 lauten: die Außenpolitik der UdSSR ist auf die Vermeidung eines Krieges ausgerichtet; die Rote Armee befindet sich in einem ausgezeichneten politischen und moralischen Zustand; sie ist in der Lage, die Grenzen der UdSSR zu verteidigen, wenn die benötigte Versorgung gewährleistet ist; gegenwärtig ist die Rote Armee keine Angriffsarmee, doch früher oder später wird der Westen mit ihr zusammenstoßen.	303
68. Aus einem Bericht der 1. Abteilung der Aufklärungsverwaltung der RKKA an den Stellv. Volkskommissar für Verteidigung Tuchačevskij, 5. März 1935	
Der analytische Bericht „Zur Vorbereitung des faschistischen Deutschlands auf den Krieg“ enthält folgende Hauptkapitel: 1. Die Armee in Friedenszeit. 2. Bewaffnung. 3. Die kriegswirtschaftliche Vorbereitung. 4. Die Luftflotte. Nach Auffassung der Autoren sind gegenwärtig sämtliche militärischen Vorbereitungen Deutschlands gegen die UdSSR gerichtet. Allgemeine Schlussfolgerung: Um einen Krieg führen zu können, benötige Deutschland unter den Bedingungen einer legalen Aufrüstung mindestens noch 1 Jahr intensiver materieller und organisatorischer Vorbereitung.	305
69. Bericht eines Vertrauensmannes an die Geschäftsführung des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, 6. März 1935	
Zu den wirtschaftspolitischen Beziehungen der UdSSR mit Deutschland sowie mit deren Konkurrenten England und den USA. Gegenwärtig sei die sowjetische Seite dazu übergegangen, eine Reihe von Gegenmaßnahmen in der Handelspolitik gegenüber Deutschland umzusetzen, die sich negativ auswirken könnten. Unter diesen Bedingungen müsse die deutsche Seite einen Ausweg aus der verfahrenen Situation finden.	321

70. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 7. März 1935	
Weisung an Suric, die Absichten der deutschen Seite bei den bevorstehenden Verhandlungen mit Simon in Erfahrung zu bringen. Zur Bereitschaft Englands und Frankreichs, mit den Deutschen eine Ersetzung des Ostpaktes durch andere Abkommen zu erörtern, auf deren Grundlage bilaterale Nichtangriffsverträge abgeschlossen werden sollen.	323
71. Schreiben des Leiters der Presseabteilung im AA Aschmann an den Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 8. März 1935	
Entwurf eines Briefes des AA an das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda mit der Bitte um Stellungnahme, in dem auf Unzulänglichkeiten der antisowjetischen Propaganda in der deutschen Presse – beispielsweise über regelmäßig wiederkehrende Behauptungen einer in der UdSSR herrschenden allgemeinen Hungersnot – hingewiesen wird. Das AA empfiehlt, sich bei der Kritik der Zustände in der UdSSR auf Tatsachen zu stützen, die in der sowjetischen Presse angeführt werden.	325
72. Aufzeichnung von Unterredungen des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 9. März 1935	
Über das ungünstige Klima in den sowjetisch-deutschen Beziehungen und die Versuche deutscher Diplomaten, im Rahmen der Diskussion zum Ostpakt der sowjetischen Seite alternative Garantievarianten anzubieten, wenn die UdSSR im Gegenzug auf das für Deutschland unannehmbare Prinzip des gegenseitigen Beistands im Ostpakt verzichtet.	326
73. Aufzeichnung von Unterredungen des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Girsfel'd mit dem Mitarbeiter des Referats Osteuropa in der IV. Abteilung im AA von Tippelskirch, 9. März 1935	
Zum Umgang mit sowjetischen Staatsbürgern in Deutschland angesichts zunehmender antisowjetischer Stimmungen; zur Klage Tippelskirchs bezüglich der in der sowjetischen Presse und im Rundfunk verbreiteten feindlichen Haltung gegenüber Deutschland und weitere Angelegenheiten.	328
74. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 9. März 1935	
Suric nimmt an, dass sein Vorschlag bezüglich möglicher Varianten der Verhandlungsführung mit den Deutschen von Krestinskij nicht ganz richtig interpretiert worden sei (vgl. Dok. 65).	331
75. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam mit dem Rat der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 9. März 1935	
Die sowjetische Regierung erklärt das Einverständnis, die weiteren Verhandlungen auf der Grundlage der deutschen Vorschläge vom 26.2. (vgl. Dok. 62) zu führen. Sie hält es jedoch für erforderlich, bei den Zahlungsmodalitäten noch zu Kompromissen zu kommen. Bessonov bittet, die Durchführbarkeit dieser Vorschläge im Reichswirtschaftsministerium zu klären.	332
76. Bericht des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 9. März 1935	
Wegen der abrupten Verschlechterung ihrer Lage in der UdSSR sollten den evangelischen und katholischen Kirchengemeinden für 1935/36 Finanzmittel zur	

Verfügung gestellt werden; die neue Situation sei vor allem als Folge der innenpolitischen Spannung und nur mittelbar der Verschärfung der deutsch-sowjetischen politischen Beziehungen anzusehen. 334

77. Innerbehördliches Zirkular des Leiters der Rechtsabteilung im NKID Sabanin, 10. März 1935
 Übereinkunft Litvinovs mit der Leitung des NKVD, wonach alle Fälle beabsichtigter Repressalien durch Organe des NKVD gegenüber ausländischen Staatsbürgern vorab mit dem NKID oder seinen Strukturen vor Ort abgestimmt werden müssen. 336

78. Bericht des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 12. März 1935
 Auflösung des Arbeitsausschusses der deutschen Kolonie in Moskau wegen der sich verstärkenden Observierung durch das NKVD. 338

79. Schreiben des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 12. März 1935
 Information zum Stand der Wirtschaftsverhandlungen: der vom Vertreter des AA unterbreitete Vorschlag (vgl. Dok. 75) stößt nicht auf Zustimmung im Reichswirtschaftsministerium. Das AA ist bereit, neue Möglichkeiten für einen Kompromiss zu erkunden. 339

80. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Botschaftsrat in Moskau von Twardowski, 13. März 1935
 Twardowskis Eindrücke von seiner Reise nach Deutschland, insbesondere die Atmosphäre der Feindseligkeit gegenüber der UdSSR. Erörterung laufender Angelegenheiten in den bilateralen Beziehungen, darunter die vorläufige Festnahme des Mitarbeiters der Botschaft Erdtmann, fehlende Informationen zu einer Reihe von Haftsachen Reichsdeutscher, Repressivmaßnahmen von örtlichen Organen des Inneren gegenüber Sowjetdeutschen, die über Torgsin Überweisungen aus Deutschland erhalten. 342

81. Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam, 15. März 1935
 Sachstand der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen zum 200-Millionenkredit. Die Unterzeichnung des Abkommens hänge allerdings vor allem von der Regelung der für die UdSSR fälligen Zahlungen für 1935 ab. Nach Auffassung Bräutigams setzt die unnachgiebige Haltung Schachts, von der sowjetischen Seite die Tilgung der Verbindlichkeiten in Gold oder Devisen zu erzwingen, die Wirtschaftsinteressen Deutschlands aufs Spiel. 347

82. Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin mit dem Leiter der Presseabteilung im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda Jahncke, 16. März 1935
 Nach Auffassung von Jahnke sei die jetzige Verschärfung der deutsch-sowjetischen Beziehungen nicht unausweichlich gewesen, bei einer gegenseitigen Respektierung der inneren Systeme beider Staaten könnten diese Beziehungen freundschaftlich sein. Die politische Rolle Rosenbergs werde allgemein überschätzt. 349

83. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Rat der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 17. März 1935	
Die von Bräutigam unterbreiteten Kompromissvorschläge könnten Sondierungen sein, um den Grad der Festigkeit der sowjetischen Haltung zu prüfen. Deshalb sei in Gesprächen mit ihm Vorsicht geboten und keine Bereitschaft zu Kompromissen und Zugeständnissen zu zeigen. Krestinskij ist der Auffassung: „Je fester unsere Haltung ist, desto eher werden die Deutschen uns entgegenkommen.“	351
84. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 17. März 1935	
Einschätzung der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland im Kontext der Beziehungen zu den Westmächten. Information über den Zwischenfall mit dem Mitarbeiter der Deutschen Botschaft Erdtmann.	352
85. Schreiben des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an den Rat der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 17. März 1935	
Überlegungen zur jetzigen und zukünftigen Außenpolitik Deutschlands, das in keiner Weise geneigt sei, die Beziehungen mit der UdSSR zu verbessern. Nach Šterns Meinung muss die Einschätzung Deutschlands als Faktor einer Kriegsfahrt revidiert werden; in Berlin könnte man nicht auf den Ausbruch eines militärischen Konfliktes im Fernen Osten warten, sondern will die Initiative ergreifen, um auf militärischem Wege die Karte Europas umzugestalten.	354
86. Schreiben des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 17. März 1935	
Über laufende Angelegenheiten in den Beziehungen mit der Deutschen Botschaft und über die weitreichenden Pläne der deutschen Außenpolitik.	356
87. Rundschreiben der Geschäftsführung des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, 18. März 1935	
Information über Stimmungen bei Mitarbeitern der Handelsvertretung der UdSSR angesichts des Ausgangs der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen. Ein Zustandekommen des Abkommens, das auch vielversprechende Aufträge für die deutsche Industrie biete, sei nur möglich, wenn die russische Seite die Möglichkeit erhalte, über die aus ihrem Export erzielten Marktbeträge frei verfügen zu können.	357
88. Aufzeichnung des Leiters der IV. Abteilung im AA Meyer, 20. März 1935	
Zusammenfassung der Vereinbarungen, die zum Abschluss der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen geführt haben.	359
89. Telegramm des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 22. März 1935	
Über die fortgesetzte Hetzkampagne in der sowjetischen Presse im Zusammenhang mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und ihre Auswirkungen auf die Stimmung in der Gesellschaft. Vertreter des Narkomindel und andere amtliche Personen gingen jeglichen Gesprächen mit Mitarbeitern der Deutschen Botschaft zu politischen Themen aus dem Wege.	360

90. Aufzeichnung des Leiters der IV. Abteilung im AA Meyer, 26. März 1935 Neue Schwierigkeiten im Endstadium der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen. Die Handelsvertretung lehnt es ab, alle bis zum 15.2.1935 mit den deutschen Firmen abgeschlossenen Verträge im Reichswirtschaftsministerium zur Überprüfung vorzulegen, weil dies Änderungen bei den vereinbarten Preisen nach sich ziehen könnte.	361
91. Brief des Konsuls in Kiev Hencke an den Botschafter in Tokio von Dirksen, 26. März 1935 Eindrücke Henckes zum Zustand der deutsch-sowjetischen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen sowie zur innenpolitischen Situation in der Ukraine, die die Arbeit des Konsulats beeinflusst.	362
92. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 27. März 1935 Weisung an Suric, in den Verhandlungen mit den Deutschen ist die Frage der laufenden Aufträge aus dem Kreditabkommen herauszunehmen und in das Abkommen über die Zahlungsbilanz aufzunehmen.	365
93. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Botschaftsrat in Moskau von Twardowski, 27. März 1935 Zu laufenden Fragen: die Ausweisung Erdtmanns, Haftsachen und Austauschvarianten für in beiden Ländern Inhaftierten sowie zu politischen Problemen der bilateralen Beziehungen.	366
94. Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Giršfel'd mit dem kommissarischen Leiter des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Hirnforschung Vogt, 27. März 1935 Zur Ungewissheit der Situation von Prof. Vogt, der seines Amtes als Direktor des Instituts für Hirnforschung enthoben worden ist, und zu dem Vorschlag, seine Sammlung von Präparaten und Tabellen der sowjetischen Regierung zu schenken.	370
95. Aufzeichnung der Unterredung des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric mit dem Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath, 28. März 1935 Enthält Informationen über die britisch-deutschen Verhandlungen in Berlin vom 25. bis 26.3.1935, die Neurath „mit Wissen von Hitler“ Suric mitteilt.	372
96. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 28. März 1935 Zu den sowjetisch-deutschen Wirtschaftsverhandlungen und den noch nicht abschließend abgestimmten Fragen.	375
97. Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam, 28. März 1935 Die neuen Schwierigkeiten, die bei den deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen entstanden sind, könnten das Abkommen scheitern lassen und zu einem völligen Abbruch der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen führen. Die Absicht, die bis zum 15.2.1935 abgeschlossenen Verträge der UdSSR mit deutschen Firmen von deutscher Seite einer Kontrolle zu unterwerfen, würde eine „direkte Einmischung“ in das staatliche Handelssystem bedeuten, was zu Gegenmaßnahmen gegen den deutschen Export führen würde.	381

98. Telegramm des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki an den Volkskommissar für Außenhandel Rozengol'c, 29. März 1935	
Bitte um Weisungen zu den Fragen, bei denen die Unstimmigkeiten im Zuge der Verhandlungen über ein Wirtschaftsabkommen mit Deutschland nicht zu überwinden waren.	383
99. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam mit dem Geschäftsführer des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft Tschunke, 29. März 1935	
Information Tschunkes zur Weisung Schachts an den Russland-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, den deutschen Importfirmen nahezu legen, unverzüglich das Drängen auf Freigabe des Imports aus der UdSSR einzustellen, da sich dies störend auf die Wirtschaftsverhandlungen mit den Russen auswirke.	384
100. Artikel des Stellv. Volkskommissars für Verteidigung Tuchačevskij, 29. März 1935	
Enthält eine Einschätzung von Ansichten deutscher Militärs über die Kriegführung und Informationen über den Umfang der Rüstungen Deutschlands bei den einzelnen Teilstreitkräften und Waffenarten sowie eine Wertung der antisowjetischen Pläne Hitlers.	385
101. Schreiben des verantwortlichen Referenten der 2. Westabteilung im NKID Levin an den diplomatischen Agenten des NKID in Char'kov Michajlov, 31. März 1935	
Zur Verfahrensweise bei Ausweisungen von Reichsangehörigen mit ständigem Wohnsitz in der UdSSR; das NKID sei über jegliche Fälle derartiger Ausweisungen unbedingt in Kenntnis zu setzen.	394
102. Brief des Legationsrats in Moskau Hilger an den Botschafter in Tokio von Dirksen, 31. März 1935	
Hilger zeichnet das Bild der innenpolitischen Situation in der UdSSR, des Zustands der deutsch-sowjetischen Beziehungen und der Atmosphäre wachsenden Misstrauens, auf das die Mitarbeiter der Botschaft stoßen.	396
103. Aufzeichnung des AA, [Ende März 1935]	
Die Aufgabe der deutsch-russischen Schule in Berlin besteht in der Ausbildung von jungen Nachwuchskräften, die in verschiedenen Sphären der wirtschaftlichen, militärischen, kulturellen und politischen Tätigkeit als Träger und Vermittler deutscher Interessen in Russland dienen sollen. Unterstützt vom Reichswehrministerium erachtet das Amt es als erforderlich, der Schule die benötigte finanzielle Unterstützung zu gewähren.	399
104. Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam, 1. April 1935	
Über ein Gespräch des Vorstandsvorsitzenden des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft Reyß mit Schacht, der sich der eventuellen Folgen eines Misserfolges der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen bewusst sei; Schacht fordere die Vorlage der von den Russen mit deutschen Firmen abgeschlossenen Verträge, um diejenigen Firmen zu ermitteln, die der sowjetischen Seite der deutschen Wirtschaft abträgliche Zugeständnisse machten.	400

- 105. Telegramm des Staatssekretärs im AA von Bülow an den Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 2. April 1935**
Weisung an Schulenburg, bei Litvinov gegen die Veröffentlichung des Artikels von Tuchačevskij Protest zu erheben. 401
- 106. Bericht des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 3. April 1935**
Zur Ungewissheit der Situation von Prof. Vogt und der großen wissenschaftlichen und politischen Bedeutung seiner möglichen Übersiedlung nach Moskau. 402
- 107. Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 4. April 1935**
Schulenburgs negative Wertung des in der Pravda veröffentlichten Artikels von Tuchačevskij über die Rüstungen Deutschlands, der den tatsächlichen Stand der Dinge verfälsche. 404
- 108. Meldung des Chefs der Abteilung für internationale Verbindungen des Volkskommissariats für Verteidigung Gekker an den Chef der Aufklärungsverwaltung der RKKa Berzin, 4. April 1935**
Zur Erklärung des Militärattachés Hartmann bezüglich des negativen Eindrucks, den der Artikel Tuchačevskijs über die angeblichen militärischen Pläne Deutschlands auf die Reichswehrführung gemacht habe. 405
- 109. Bericht des Militärattachés in Moskau Hartmann an das AA und das Reichswehrministerium, 5. April 1935**
Ausführliche Wiedergabe des Besuchs bei Gekker (vgl. Dok. 108) wegen des Artikels von Tuchačevskij. Schlussfolgerung Hartmanns: Im Bewusstsein der sowjetischen Militärs habe sich die Vorstellung fest verankert, dass die deutschen Rüstungen für eine Aggression gerade gegen die UdSSR bestimmt seien. 407
- 110. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, 5. April 1935**
Reaktionen deutscher amtlicher und diplomatischer Kreise in Berlin auf den Besuch Edens in Moskau. Überlegungen von Suric zu den neuen Vorschlägen Lavals im Zusammenhang mit den Verhandlungen zu einem sowjetisch-französischen Abkommen und seine Beurteilung der negativen wie positiven Seiten dieses Vertrages. 410
- 111. Schreiben des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov an den Leiter der 2. Westabteilung im NKID Štern, 5. April 1935**
Bessonov teilt seine allgemeinen Eindrücke über die vor dem Abschluss stehenden Wirtschaftsverhandlungen mit. Er meint, dass die Meinungsverschiedenheiten von deutscher Seite pragmatische Gründe und nicht unbedingt politische Ursachen gehabt hätten. Er macht auf die Veränderung in der Haltung der Deutschen nach dem Eden-Besuch in Moskau aufmerksam und stellt Überlegungen darüber an, wie sich das in Berlin verkündete Rüstungsprogramm auf die Finanzlage des Landes auswirken wird. 414
- 112. Schreiben des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 6. April 1935**
Bitte Schulenburgs, vorerst die Tätigkeit des sowjetischen Klubs „Roter Stern“ in Berlin nicht zu verbieten und Maßnahmen gegen den Klub als geeignetes

Druckmittel gegenüber sowjetischen Behörden im Interesse der deutschen Kolonie in Moskau zu betrachten.	417
113. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 7. April 1935	
Vorschlag Litvinovs, Suric solle Protest gegen die antisowjetischen Äußerungen in der Rede von Heß in Danzig erheben und deren Widerruf fordern.	419
114. Bericht des Militärattachés in Moskau Hartmann an das AA und das Reichswehrministerium, 7. April 1935	
Auffassung in sowjetischen Kreisen zu der im Ergebnis der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland entstandenen Lage, die im Artikel Tuchačevskijs (vgl. Dok. 100) die umfassendste Widerspiegelung gefunden habe.	420
115. Aufzeichnung des Leiters der IV. Abteilung im AA Meyer, 9. April 1935	
Die wesentlichen Punkte des unterzeichneten deutsch-sowjetischen Wirtschaftsabkommens.	421
116. Deutsch-sowjetische Wirtschaftsvereinbarungen, 9. April 1935	
Schlussprotokoll über die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen mit zwei Anlagen: 1. Vertrag über die Abwicklung der sowjetischen Zahlungsverpflichtungen, den sowjetischen Export nach Deutschland und die laufenden Bestellungen der UdSSR in Deutschland; 2. Vertrag über laufende Bestellungen der UdSSR in Deutschland im Rahmen des fünfjährigen 200-Millionenkredits.	422
117. Entwurf einer Rede des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki, [nicht später als 9. April 1935]	
Einschätzung des am 9.4.1935 unterzeichneten sowjetisch-deutschen Abkommens über den 200-Millionenkredit mit Blick auf neue Aufgaben und Möglichkeiten der Wirtschaft der UdSSR.	429
118. Aufzeichnung der Unterredung des Botschaftsrats in Moskau von Twardowski mit dem Leiter der 2. Westabteilung im NKID Štern, 9.4.1935	
Šterns Einschätzung der sich verschlechternden Entwicklungsperspektiven der bilateralen Beziehungen und der wachsenden Kriegsgefahr. Nach Auffassung Twardowskis vermitteln die pessimistische Stimmung von Štern und die Schärfe seiner Äußerungen eine Vorstellung davon, in welcher Art das Außenkommissariat gegenwärtig mit den hiesigen diplomatischen Vertretungen spreche.	430
119. Aufzeichnung des Chefs der Abteilung „Fremde Heere“ im Reichswehrministerium von Stülpnagel, 11. April 1935	
Notizen zur gegenwärtigen militärpolitischen Lage Deutschlands, die Stülpnagel als „äußerst ungünstig“ einschätzt. Seiner Meinung nach ist es erforderlich, jegliche Konflikte zu vermeiden und keinerlei Provokationen – vor allem nicht in Österreich und in der entmilitarisierten Zone – zuzulassen.	431
120. Rundschreiben der Geschäftsführung des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, 11. April 1935	
Information über das deutsch-russische Wirtschaftsabkommen vom 9.4.1935.	433
121. Aufzeichnung von Unterredungen des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 12. April 1935	
Unterredung mit Schacht (am 9.4.) im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des sowjetisch-deutschen Wirtschaftsabkommens. Meinungs austausch mit deut-	

schen Diplomaten während des Frühstücks bei Meyer (am 11.4.) zu ungelösten bilateralen (Haftsachen) und zu internationalen Problemen.	434
122. Stellungnahme der Reichsregierung zum Ostpakt-Projekt, 13. April 1935	
Die Reichsregierung könne sich dem Ostpakt nicht anschließen, da in ihm die Verpflichtung zum militärischen Beistand seiner Teilnehmer enthalten sei, was keine Gewähr für eine Friedenserhaltung biete, sondern vielmehr eine Friedensbedrohung erzeuge.	437
123. Telegramm des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov [z. Zt. in Genf], 14. April 1935	
Weisung für die sowjetische Delegation auf der Sitzung des Völkerbundesrates: bei der Abstimmung zur Frage der Verletzung des Versailler Vertrages durch Deutschland soll sie sich der Stimme enthalten und erklären, dass die UdSSR keine Möglichkeit sehe, für diesen Vertrag – darunter den Punkt über das Verbot der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland – einzutreten.	438
124. Schreiben des Chefs der Hauptverwaltung für die Zivile Luftfahrt Tkačev an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 14. April 1935	
Negative Stellungnahme zum Vorschlag der Lufthansa, die von der Deruluft betriebene Luftlinie von Königsberg nach Tilsit zu verlängern.	439
125. Aufzeichnung der Unterredung des Staatssekretärs im AA von Bülow mit dem Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 15. April 1935	
Es wurden die Suric besonders interessierenden Fragen im Zusammenhang mit dem Ostpakt-Projekt behandelt.	440
126. Bericht des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 16. April 1935	
Zur Reaktion der sowjetischen Presse auf den Abschluss des Wirtschaftsabkommens vom 9.4.1935.	441
127. Brief des Botschaftsrats in Moskau von Twardowski an den Botschafter in Tokio von Dirksen, 16. April 1935	
Twardowski berichtet über die negativen Veränderungen in den bilateralen Beziehungen, zu deren Verbesserung die Gewährung des 200-Millionenkredites keinen Beitrag leiste, da Moskau den Weg der politischen Orientierung auf den Westen eingeschlagen habe. Auf die innenpolitische Situation eingehend vermerkt er wachsenden Terror sowohl gegenüber „sozial unerwünschten Elementen“ als auch gegenüber politisch unzuverlässigen Bürgern sowie die Beschränkungen in der täglichen Arbeit der Botschaft.	443
128. Rede des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov auf der Sondertagung des Völkerbundesrates, 17. April 1935	
Auf die unverändert negative Haltung der UdSSR zum Versailler Vertrag im Allgemeinen und auf die Entwaffnung Deutschlands im Besonderen eingehend lenkt Litvinov die Aufmerksamkeit auf den Tatbestand der Verletzung des internationalen Abkommens durch das Dritte Reich (Einführung der Wehrpflicht), was unter Berücksichtigung des expansionistischen Programms der Führung Deutschlands eine Bedrohung für den Frieden darstelle.	446

129. Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin mit dem Leiter der Presseabteilung im AA Aschmann, 18. April 1935

In der Unterredung (am 15.4.) ging es im Wesentlichen um die Erörterung der von Gnedin bemängelten Berichterstattung der deutschen Presse sowie um einige internationale Probleme (Ostpakt, die bevorstehenden Beschlüsse der Sitzung des Völkerbundsrates).

449

130. Schreiben des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov an den Leiter der 2. Westabteilung im NKID Štern, 18. April 1935

Überlegungen zu den Zahlen des unveröffentlichten Militärbudgets Deutschlands im Finanzjahr 1935/36 sowie zur internationalen Lage: unter anderem zur Reaktion der Westmächte auf die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland, zur Wirkung der bevorstehenden Unterzeichnung des sowjetisch-französischen Abkommens auf die Situation in Europa und zu dem am 9.4.1935 abgeschlossenen Wirtschaftsabkommens und den Perspektiven seiner Umsetzung.

451

131. Bericht des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern und des verantwortlichen Referenten der 2. Westabteilung Levin an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 21. April 1935

Über die antisowjetische Arbeit der deutschen Konsulate unter den Sowjetdeutschen und Vorschlag über konkrete Maßnahmen, die im Zusammenhang damit gegenüber der Deutschen Botschaft zu ergreifen seien.

454

132. Vorlage des Volkskommissars für Schwerindustrie Ordžonikidze für den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 23. April 1935

Entwurf des von der Kommission des Politbüros des ZK der VKP (B) ausgearbeiteten Programms für Bestellungen auf der Grundlage des deutschen Kredits in Höhe von 200 Mio. Mark (Bereitstellung von Finanzmitteln aus dem Kreditabkommen vom 9.4.1935, aufgeschlüsselt nach den Volkskommissariaten).

457

133. Informationsschreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 27. April 1935

Knappe Inhaltsangabe des am 9.4.1935 unterzeichneten sowjetisch-deutschen Wirtschaftsabkommens mit Schwerpunkt auf den finanziellen Verpflichtungen der UdSSR.

458

134. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, 27. April 1935

Analyse der Faktoren, die die außenpolitische Lage Deutschlands bestimmen. Überlegungen zu einem möglichen Richtungsstreit in Regierungskreisen hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Außenpolitik. Über Handlungsmöglichkeiten der UdSSR gegenüber Deutschland unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Situation.

462

135. Bericht des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 28. April 1935

Information über die wichtigsten Bestimmungen des sowjetisch-deutschen Wirtschaftsabkommens vom 9.4.1935.

469

136. Aufzeichnung des Legationsrats in Moskau Hilger, 30. April 1935	
Bericht über den Empfang des Konsuls in Kiev Hencke für einige sowjetische Persönlichkeiten; Hilger ist überrascht über die Zwanglosigkeit und Offenheit in deren Äußerungen zur Außenpolitik, u. a. über die herrschende Stimmung bei Teilen der Bevölkerung, die den antideutschen Kurs Litvinovs nicht billigen würden.	471
137. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 4. Mai 1935	
Zum französisch-sowjetischen Vertrag und dessen Auswirkungen auf die Politik Deutschlands. Litvinov vertritt die Auffassung, dass Deutschland höchstwahrscheinlich mehr als früher das Locarno-Abkommen schätzen werde, da es die Wirkungsmöglichkeit des sowjetisch-französischen Paktes einenge.	474
138. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 4. Mai 1935	
Zu den Motiven, weder in Berlin noch in Moskau die deutschen Diplomaten über die bevorstehende Unterzeichnung des sowjetisch-französischen Abkommens zu informieren und zum Vorschlag von Suric (vgl. Dok. 134), die Initiative für den Abschluss eines Ostpaktes in einer neuen Fassung zu ergreifen.	477
139. Aufzeichnung des Chefs der Ausbildungs-Abteilung im Reichswehrministerium von Böckmann, 4. Mai 1935	
Zusammenfassende Mitteilung von Ministerialdirektor Gaus auf der Sitzung im AA über das am 2.5.1935 abgeschlossene französisch-sowjetische Abkommen, welches seiner Meinung nach ein gegen Deutschland gerichteter aggressiver Bündnisvertrag sei und das Ende des Locarno-Abkommens bedeute.	479
140. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Botschaftsrat in Moskau von Twardowski, 4. Mai 1935	
Trotz des gegen Deutschland gerichteten französisch-sowjetischen Abkommens bestehe nach Auffassung Twardowskis nach wie vor die Möglichkeit einer Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Erörterung laufender Angelegenheiten, u. a.: Rechtmäßigkeit der Forderung nach einer Abberufung von Haage; Absage, Frauen den Austritt aus der sowjetischen Staatsangehörigkeit zu gewähren; Misshandlungen sowjetischer Staatsangehöriger durch die deutsche Polizei.	480
141. Bericht des Beauftragten des Volkskommissariats für Verteidigung beim Volkskommissariat für Außenhandel Gittis, 4. Mai 1935	
Zur Tätigkeit der Ingenieurabteilungen zur Ermittlung und Beschreibung neuester Errungenschaften der Militärtechnik, für die von den betreffenden Firmen keine Reklame gemacht werde.	485
142. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 5. Mai 1935	
Entwurf einer in zwei Varianten ausgearbeiteten Erklärung für Kandelaki gegenüber Reichswirtschaftsminister Schacht mit Weisungen an den Handelsvertreter. Es wird die Bereitschaft der sowjetischen Regierung unterstrichen, beste Beziehungen mit Deutschland zu unterhalten, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet.	487

143. Bericht des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 6. Mai 1935	
Erwägungen hinsichtlich der Aufnahme des französisch-sowjetischen Beistandspaktes. Schulenburg vertritt die Auffassung, dass dieser Vertrag als Druckmittel auf Deutschland gedacht sei, um es zur Teilnahme am Ostpakt zu zwingen, und dies der erste Schritt zur Festigung des Status quo in Europa durch ein System von Regionalpakten sei.	491
144. Sitzungsprotokoll des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, 7. Mai 1935	
Erörterung des deutsch-russischen Wirtschaftsvertrages vom 9.4.1935 und seiner einzelnen Punkte unter dem Gesichtspunkt der Interessen einzelner Firmen und der deutschen Industrie insgesamt.	493
145. Außenpolitische Mitteilungen des Wehrmachtsamtes im Reichswehrministerium, 8. Mai 1935	
Wertung des französisch-sowjetischen Bündnisvertrages, vor allem unter militärischem Gesichtspunkt, als ausschließlich gegen Deutschland gerichtet. Dabei wird festgestellt, dass der Abschluss dieses Vertrages zu keiner Verschärfung der internationalen Lage geführt habe und die Möglichkeit bestehe, dem Pakt den bedrohlichen Charakter zu nehmen.	495
146. Übersicht der Presseabteilung der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin, 9. Mai 1935	
Analyse der kritischen Reaktionen der deutschen Presse auf das französisch-sowjetische Abkommen, wonach seine völkerrechtliche Übereinstimmung mit früher abgeschlossenen Verträgen, insbesondere mit dem Locarno-Abkommen, in Frage gestellt wird.	497
147. Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin mit dem Leiter der Presseabteilung im AA Aschmann, 9. Mai 1935	
Über den französisch-sowjetischen Pakt, der sich aufgrund seiner möglichen Konsequenzen laut Aschmann als ein weitaus wichtigeres Dokument erweise, als dies in Berlin angenommen worden ist. Gnedin stellt fest, dass sich Aschmann von diesem Abkommen sichtlich beunruhigt zeige.	501
148. Schreiben des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov an den Leiter der 2. Westabteilung im NKID Štern, 9. Mai 1935	
Einschätzung der deutschen Außenpolitik. Bessonov nimmt an, dass die Deutschen darauf hofften, zu einer Übereinkunft mit England zu kommen. Gegenüber der UdSSR sei dagegen ein Stillstand zu beobachten. Die Deutschen gingen Begegnungen und Gesprächen mit sowjetischen Diplomaten aus dem Wege; sie erwarteten, dass die sowjetische Seite die Initiative für den Abschluss eines regionalen Ostpaktes auf Grundlage der von den Deutschen auf der Konferenz in Stresa unterbreiteten Vorschläge ergreifen werde.	503
149. Operative Information der 5. Unterabteilung der Sonderabteilung der GUGB des NKVD, [11. Mai 1935]	
Information über Gespräche in der Deutschen Botschaft mit einem Mitarbeiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP, in denen unter anderem folgende Fragen erörtert wurden: die Arbeit mit den Sowjetdeutschen, die Ausstattung der	

Botschaft mit technischen Geräten zur Funkaufklärung sowie die Zuverlässigkeit der Botschaftsmitarbeiter.	508
150. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Legationsrat in Moskau Hilger, 13. Mai 1935	
Erörterung laufender Angelegenheiten: Ausweisung von deutschen Firmenvertretern aus der UdSSR, das undiplomatische Verhalten Kandelakis gegenüber Schulenburg, Einladung an sowjetische Wissenschaftler zur Teilnahme am Internationalen Kongress zu Bevölkerungsproblemen in Berlin.	512
151. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Botschaftsrat in Moskau von Twardowski, 13. Mai 1935	
Zu laufenden Angelegenheiten: überaus kurze Ausweisungsfristen für einen deutschen Firmenvertreter aus der UdSSR, Verweigerung der Einreise für den Major der Reichswehr Spalcke in die UdSSR.	514
152. Schreiben des Vertreters von Gosbank in Deutschland Majofis an den Vorstandsvorsitzenden der Gosbank der UdSSR Mar'jasin, 15. Mai 1935	
Zu den angespannten Beziehungen zwischen der Handelsvertretung und der Vertretung der Gosbank in Deutschland: dass die Vertretung der Gosbank nicht zu den Verhandlungen über den 200-Millionenkredit und beim Verkauf der Derop einbezogen worden sei, habe den Interessen der UdSSR geschadet.	515
153. Schreiben des Beauftragten des Otto-Wolff-Konzerns Deutelmoser an den Unternehmer Wolff, 15. Mai 1935	
Zu den Schwierigkeiten bei Kontakten mit sowjetischen Partnern; dabei geht es um die Gewährung technischer Hilfe für die UdSSR durch deutsche Firmen bei der Umsetzung der geplanten Aufträge.	519
154. Bericht des Beauftragten des Volkskommissariats für Verteidigung beim Volkskommissariat für Außenhandel Gittis an den Stellv. Volkskommissar für Verteidigung Tuchačevskij, 15./16. Mai 1935	
Importplan der Bestellungen des Volkskommissariats für Verteidigung im Rahmen des dem NKO gewährten Limits aus dem deutschen Kredit in Höhe von 10 Mio. Reichsmark.	520
155. Brief des Botschaftsrats in Moskau von Twardowski an den Botschafter in Tokio von Dirksen, 16. Mai 1935	
Twardowski teilt seine Eindrücke über das französisch-sowjetische Abkommen mit. Allein die starre Haltung Deutschlands habe zum Abschluss des Abkommens in seiner jetzigen Form geführt. Auf die innenpolitische Situation eingehend erklärt er u. a. die zunehmenden Repressionen mit der Furcht vor einem Krieg, den die UdSSR in den nächsten Jahren unter allen Umständen vermeiden muss.	527
156. Aufzeichnung der Unterredung des Reichsaußenministers Freiherr von Neurath mit dem Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 17. Mai 1935	
Mitteilung von Suric über die Bereitschaft der Regierung der UdSSR, mit der Erörterung zum Abschluss eines Ostpaktes auf Grundlage der von Neurath auf der Konferenz von Stresa unterbreiteten Vorschläge an die britische Delegation zu beginnen. Der Reichsminister bestätigt im Prinzip die in ihnen enthaltenen Grundsätze, weicht jedoch einer Stellungnahme aus.	530

- 157. Schreiben des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 17. Mai 1935**
Vertrauliche Information über die agitatorische Tätigkeit, mit der sich Mitarbeiter deutscher Konsulate auf dem Gebiet der UdSSR befassten; besonders aktiv seien die Konsulate in Kiev, Novosibirsk und Tiflis. 531
- 158. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 18. Mai 1935**
Zum Gespräch mit Neurath am 17.5.1935 (vgl. Dok. 156), aus dem Suric im Großen und Ganzen den Eindruck gewonnen hat, dass sich der Reichsminister positiv zu einem neuen Plan eines Ostpaktes verhalte. 532
- 159. Auszug aus der Rede des Reichskanzlers Hitler vor dem Reichstag, 21. Mai 1935**
Hitler legt den Schwerpunkt auf die ideologische Unvereinbarkeit von Nationalsozialismus und Bolschewismus und führt aus, Aufstände und Revolutionen in Deutschland hätten ohne die geistige und materielle Vorbereitung durch den Weltbolschewismus nicht stattfinden können. Solange der Bolschewismus danach strebe, sich Deutschland unterzuordnen, „sind wir seine ingrimmigsten und seine fanatischsten Feinde“. 534
- 160. Aufzeichnung der Unterredung des Mitarbeiters des Referats Osteuropa in der IV. Abteilung im AA von Tippelskirch mit dem 1. Sekretär der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin, 21. Mai 1935**
Gnedin macht darauf aufmerksam, dass in der Preußischen Staatsbibliothek eine Reihe sowjetischer Veröffentlichungen für die freie Benutzung gesperrt worden seien; darunter befinden sich wissenschaftliche Zeitschriften, für deren Benutzung nun eine Sondergenehmigung erforderlich sei. 538
- 161. Schreiben des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 23. Mai 1935**
Wegen eines vom sowjetischen Konsul in Hamburg im „Hamburger Tageblatt“ veröffentlichten Interviews, das nach Auffassung von Rozengol'c „viele fehlerhafte und schädliche Erklärungen“ enthalte, seien unbedingt Maßnahmen zu ergreifen. 539
- 162. Brief des Botschaftsrats in Moskau von Twardowski an den Konsul in Kiev Hencke, 24. Mai 1935**
Zur Rede Hitlers am 21.5.1935 (vgl. Dok. 159), deren Schärfe gegenüber der UdSSR sowohl deutsche als auch sowjetische Diplomaten überrascht habe. Jedenfalls sei nunmehr eine klare Haltung gegenüber der UdSSR, nämlich keine guten Beziehungen zu pflegen, festgelegt. 540
- 163. Memorandum der deutschen Regierung, 25. Mai 1935**
In dem an die Regierungen Großbritanniens, Belgiens, Italiens und Frankreichs gerichteten Memorandum ist die Haltung Berlins zum französisch-sowjetischen Beistandsabkommen unter dem Gesichtspunkt der Unvereinbarkeit mit dem Locarno-Abkommen, das von keiner Signatarmacht geändert oder willkürlich interpretiert werden dürfe, dargelegt. 542

- 164. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem deutschen Geschäftsträger in Moskau von Twardowski, 25. Mai 1935**
 Von Twardowski spricht unter anderem die Verleihung einer Wanderfahne des deutschen Komsomol an ein Regiment des Leningrader Militärbezirkes an; außerdem geht es um die Regelung der im Zusammenhang mit den Verhaftungen von sowjetischen Staatsbürgern in Deutschland stehenden Angelegenheiten, die dort entfachte Propagandakampagne bezüglich der Verhängung von Todesurteilen gegen Sowjetdeutsche und die Rede Hitlers vor dem Reichstag. 544
- 165. Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin mit dem Mitarbeiter des Referats Osteuropa in der IV. Abteilung im AA von Tippelskirch, 27. Mai 1935**
 Von Gnedin aufgeworfene laufende Angelegenheiten, die vorrangig Haftfälle von sowjetischen Staatsbürgern in Deutschland sowie den Amtsmissbrauch deutscher Beamter betreffen. 549
- 166. Schreiben des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov an den Leiter der 2. Westabteilung im NKID Štern, 27. Mai 1935**
 Bessonov teilt seine Eindrücke über die Rede Hitlers vom 21.5. mit, deren anti-sowjetische Tonlage völlig unerwartet gekommen sei und viele Fragen bezüglich der künftigen Politik Deutschlands gegenüber der UdSSR aufwerfe. 551
- 167. Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski an das AA, 27. Mai 1935**
 Analyse der Reaktionen der sowjetischen Presse auf die Rede Hitlers vom 21.5.1935, deren Inhalt mit einer Vielzahl von wichtigen Kürzungen wiedergegeben worden sei, was die Praktiken der tendenziösen Vermittlung von internationalen Informationen widerspiegeln. Es verwundere nicht, dass auch in den Gesprächen mit deutschen Diplomaten im Narkomindel die Rede nur unter dem Gesichtspunkt der „Ausfälle gegen die Sowjetunion“ und des „schweren Schlages gegen die deutsch-sowjetischen Beziehungen“ gewertet werde. 553
- 168. Schreiben des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an den Rat der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 27. Mai 1935**
 Zum Charakter und zu den Perspektiven der sowjetisch-deutschen Beziehungen und zu den Interessen Berlins in Mitteleuropa und auf dem Balkan. Štern ist der Auffassung, dass die antisowjetischen Motive den Haupthebel der deutschen Außenpolitik darstellen und positive Veränderungen nicht zu erwarten seien; positive Tendenzen wären nur auf wirtschaftlichem Gebiet möglich. . . . 557
- 169. Schreiben des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 27. Mai 1935**
 Bewertung des Kreditabkommens vom 9.4.1935 und Kritik an dem Vorschlag der Leitung der Gosbank der UdSSR, die Finanzseite der Außenhandelsoperationen in ihre Kompetenz zu überführen (vgl. Dok. 152). 560
- 170. Schreiben des Stellv. Leiters der Industrieabteilung des ZK der VKP (B) Sorokin an den Volkskommissar für Außenhandel Rozengol'c, 27. Mai 1935**
 Zur Situation in der Handelsvertretung in Berlin und den Perspektiven der Arbeit mit den Deutschen. Sorokin stellt fest, dass trotz der Äußerungen Hitlers

der Abschluss von großen Geschäften mit Deutschland real und mehr als wünschenswert sei.	564
171. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 3. Juni 1935	
Zu dem auf Vorschlag von Litvinov gefassten Beschluss des Politbüros des ZK der VKP (B), sich mit der Teilnahme an Verhandlungen zu einem Ostpakt vorerst zurückzuhalten und Frankreich die Initiative dazu zu überlassen.	566
172. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Volkskommissar für Verteidigung Vorosilov, 5. Juni 1935	
Die Auszeichnung eines Regiments des Leningrader Militärbezirkes mit der Wanderfahne des deutschen Komsomol habe den Unmut der Deutschen Botschaft hervorgerufen.	568
173. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 7. Juni 1935	
Stillstand in den sowjetisch-deutschen Beziehungen, bedingt durch das Abwarten auf die Reaktion Berlins auf den französischen Vorschlag, mit den Verhandlungen zu einem regionalen Nichtangriffs-Ostpakt auf der Grundlage der von den Deutschen in Stresa unterbreiteten Vorschläge zu beginnen.	569
174. Verbalnote der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin an das AA, 7. Juni 1935	
Zum Überfall von unbekanntenen Personen auf die Sekretärin der Handelsvertretung in Berlin Čelnokova und den Versuch, ihr ein Dienstpaket zu entreißen. . .	570
175. Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin mit dem Mitarbeiter des Referats Osteuropa in der IV. Abteilung im AA von Tippelskirch, 11. Juni 1935	
Laufende Angelegenheiten: unter anderem Aushändigung einer Verbalnote wegen des Überfalls auf die Sekretärin der Handelsvertretung, Behinderung der Reklametätigkeit von Intourist durch die Gestapo, neue Verhaftungen von Deutschen in der UdSSR.	571
176. Aufzeichnung des Mitarbeiters des Referats Osteuropa in der IV. Abteilung im AA von Tippelskirch, 11. Juni 1935	
Telefongespräch mit dem Rat der Bevollmächtigten Vertretung Bessonov bezüglich des Interesses Moskaus an einer Fortführung der Arbeiten an der gemeinsamen Herausgabe der Aktenpublikation „Die Internationalen Beziehungen im Zeitalter des Imperialismus“.	574
177. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 16. Juni 1935	
Hitlers Haltung zum Ostpakt und die nach der Rede des Reichskanzlers vom 21.5.1935 erfolgte Aktivität der deutschen Diplomatie, die nach Auffassung Litvinovs „nicht ganz und gar erfolglos“ gewesen sei.	575
178. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Legationsrat in Moskau Hilger, 17. Juni 1935	
Erörterung der von Hilger aufgeworfenen Fragen: unter anderem zur Diskriminierung der deutschen Sprache bei bevorstehenden internationalen wissen-	

schaftlichen Kongressen in der UdSSR, zur Teilnahme sowjetischer Wissenschaftler an internationalen Veranstaltungen in Berlin in den Jahren 1935 und 1936, zur Ausreisemöglichkeit des evangelischen Pastors Malmgren nach Deutschland. 577

179. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 19. Juni 1935
Stellungnahme zu dem Bericht des Volkskommissars des NKVD Jagoda über einen in der Deutschen Botschaft befindlichen Funkapparat und Vorschläge für eine Reaktion der sowjetischen Organe auf diesen Tatbestand. 580

180. Telegramm des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov und den Volkskommissar für Außenhandel Rozengol'c, 20. Juni 1935
Zum Vorschlag Schachts hinsichtlich der Konditionen für einen langfristigen Bankkredit an die UdSSR in einem Volumen von 800 Mio. bis zu 1 Mrd. Reichsmark. 581

181. Aufzeichnung einer Besprechung im AA, 21. Juni 1935
Ressortbesprechung im AA über den Fortbestand der „Gesellschaft zum Studium Osteuropas“ und der Zeitschrift „Osteuropa“ nach der Entlassung von Professor Hoetzsch. 582

182. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 22. Juni 1935
Meinungsaustausch zu den Verhaftungen von Deutschen sowjetischer und deutscher Staatsangehörigkeit in der UdSSR und deren Austausch-Möglichkeiten, zu Äußerungen führender deutscher Politiker zur UdSSR, zum sowjetisch-französischen Vertrag und zum Ostpakt-Projekt, zur jüngsten Weisung an Schulenburg, vorerst „nichts zu unternehmen und abzuwarten“. 584

183. Chiffretelegramm des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den Leiter der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki, 25. Juni 1935
Weisung an Kandelaki: Gespräche mit den Deutschen über einen von Schacht in Aussicht gestellten Kredit von 1 Mrd. Reichsmark sind zu vermeiden. 589

184. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Stomonjakov mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 26. Juni 1935
Mitteilung Schulenburgs über die Abberufung des Militärattachés Oberst Hartmann und dessen Ersetzung durch Generalmajor Köstring, Demarche des AA im Zusammenhang mit der Verleihung einer Wanderfahne einer in Deutschland verbotenen Organisation an ein sowjetisches Regiment, Vorschlag betreffend der Immobilien der deutschen Vertretungen in Leningrad und Moskau. 590

185. Aufzeichnung des Staatssekretärs im AA von Bülow, 28. Juni 1935
Auflistung von Fragen, die für eventuelle Verhandlungen über den Ostpakt noch auszuarbeiten seien; Bülow macht insbesondere darauf aufmerksam, was der Abschluss eines Ostpaktes an Neuem im Vergleich zu den bereits existierenden Abkommen bringe. 591

186. Aufzeichnung der Unterredung des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov mit dem Leiter des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam, 28. Juni 1935	
Erörterung laufender Angelegenheiten: zur Exterritorialität des neuen Gebäudes der Handelsvertretung in Berlin, zur Behandlung des Eigentums der Derunapht nach deren Liquidierung, zur Verweigerung der Exportprämie für Geschäfte mit der UdSSR, Information Bräutigams über eventuelle personelle Veränderung im Auswärtigen Amt.	592
187. Schreiben des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov an den Leiter der 2. Westabteilung im NKID Štern und den Leiter der Wirtschaftsabteilung im NKID Rozenbljum, 28. Juni 1935	
Information zum Stand der Umsetzung des 200-Millionenkredites sowie über das Gespräch mit dem Industriellen Wolff.	596
188. Aufzeichnung des Legationsrats in Moskau Hilger, 28. Juni 1935	
Telefonische Unterredung mit dem stellvertretenden Direktor der Abteilung für Handelsvertretungen im Narkomvneštorg Kaminskij bezüglich der Einrichtung von ständigen Vertretern deutscher Firmen und deren Registrierung in der UdSSR.	598
189. Schreiben des Reichsinnenministers Frick an die Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten in Berlin Levetzow, 29. Juni 1935	
Durchführungsbestimmung und Verfahrensregelung bei Ausweisungen von sowjetischen Staatsbürgern aus Deutschland.	601
190. Protokoll einer Sitzung des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, 3. Juli 1935	
Besprechung der mit dem deutschen Import aus der UdSSR verbundenen Fragen. Es sei erforderlich, den Import mit dem deutschen Export, der sich in letzter Zeit stark zugunsten Russlands gestalte, abzugleichen. Auf der Besprechung werden Vorschläge bezüglich der Lieferbedingungen, Preise, Zahlungen und deren rechtlicher Regelung sowie der Benutzung der deutschen Tonnage für Handelsoperationen erörtert.	602
191. Schreiben des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an den 1. Sekretär der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin, 4. Juli 1935	
Ausnutzung von Kontakten zu ausländischen Korrespondenten in Berlin; Auflistung von Fragen, an denen das NKID besonders interessiert ist.	612
192. Bericht des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, 5. Juli 1935	
Reaktion der Deutschen Botschaft auf die Meldung der „Komsomol'skaja Pravda“ über die Überreichung einer Wanderfahne des deutschen Komsomol an ein sowjetisches Regiment und diesbezügliche Stellungnahme seitens der Führung der RKKa.	613
193. Schreiben der Geschäftsführung des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft an das AA, 6. Juli 1935	
Empfehlungen des Russland-Ausschusses für die bevorstehenden Verhandlungen mit sowjetischen Behörden; es geht vor allem um Ergänzungen und Veränderungen der Zulassungsbestimmungen für ausländische Firmen in der UdSSR, einer Handelstätigkeit nachzugehen.	614

194. Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 7. Juli 1935	
Von Schulenburg zur Sprache gebrachte laufende Angelegenheiten, darunter: der Bau eines Gebäudes für die Botschaft in Moskau und die Überreichung einer Wanderfahne des deutschen Komsomol an ein Schützenregiment.	616
195. Anordnung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, 10. Juli 1935	
Zur Regelung der Tätigkeit von leitenden Mitarbeitern des NKID: Wertungen der internationalen Lage und der Politik einzelner Staaten im dienstlichen Schriftverkehr mit den Bevollmächtigten Vertretungen sollen nicht ohne Wissen des Volkskommissars oder eine vorherige Abstimmung mit ihm vorgenommen werden; Verzögerungen bei der termingerechten Zustellung der Beantwortung von Anfragen der Bevollmächtigten Vertretungen sind dadurch zu beseitigen, dass die Verantwortung von den zuständigen politischen Abteilungen übernommen wird.	617
196. Informationsbericht des Chefs der Aufklärungsverwaltung der RKKa Urickij für den Volkskommissar für Verteidigung Vorosilov, 10. Juli 1935	
Zu den Gesprächen des Pravda-Korrespondenten Gofman mit Vertretern des Kriegsministeriums während des vom Verein der ausländischen Presse in Berlin am 27. Juni gegebenen Empfangs.	619
197. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 12. Juli 1935	
Zu den Klagen seitens der Parteiorganisation und anderer gesellschaftlicher Organisationen der sowjetischen Kolonie in Berlin an den Arbeitsmethoden des Pravda-Korrespondenten. Suric hält es für zweckmäßig, Gofman durch einen anderen Korrespondenten zu ersetzen.	622
198. Telegramm des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov und den Volkskommissar für Außenhandel Rozengol'c, 15. Juli 1935	
Gespräch mit Schacht, der bekräftigt, dass das Angebot eines Kredits in Höhe von 1 Mrd. RM in Kraft bleibe, die diesbezüglichen Verhandlungen jedoch bis zum Eingang der ersten Ergebnisse bei der Umsetzung des 200-Millionenkredits an die UdSSR vertagt würden.	625
199. Aufzeichnung der Unterredung des Reichswirtschaftsministers Schacht mit dem Leiter der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki, 15. Juli 1935	
Kandelaki unterrichtet Schacht über die positive Reaktion der sowjetischen Führung auf das Angebot eines neuen deutschen Großkredits; zugleich spricht er den Wunsch nach einer Verbesserung der politischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten aus. Darauf entgegnet Schacht, dass dies in die Kompetenz des AA und des Bevollmächtigten Vertreters falle.	626
200. Bericht des Militärattachés in Moskau Hartmann an das AA und das Reichskriegsministerium, 15. Juli 1935	
Hartmann fragt im Zusammenhang mit der Akkreditierung als Militärattaché und auch als Luftattaché in der UdSSR beim AA an, ob er die Bitte vortragen	

soll, ihm den Besuch von Einheiten der sowjetischen Luftflotte zu ermöglichen, da dies unweigerlich die Bitte nach sich ziehen würde, dem sowjetischen Militärattaché Orlov gleiche Möglichkeiten in Deutschland zu gewähren. 627

201. Aufzeichnung von Unterredungen und Telefongesprächen des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Giršfel'd, 17. Juli 1935

Über laufende Angelegenheiten: unter anderem über die Ausweisung des Leiters der Derunapht und des Buchhalters der Derop, die Tippelskirch zufolge eine Antwort auf die Ausweisung von deutschen Firmenvertretern aus der UdSSR darstelle; über den Zwischenfall im Generalkonsulat in Königsberg; über die Nichtbelieferung der Handelsvertretung mit Zeitungen aus der UdSSR. 628

202. Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski an das AA, 20. Juli 1935

Zur Legalisierung der Tätigkeit ausländischer Firmenvertreter in der UdSSR mittels eines neuen Gesetzgebungsaktes, den das Volkskommissariat für Außenhandel initiiert habe; das Vorhaben stoße auf Widerstand sowohl seitens der Handelsvertretung, die wegen einer Beschränkung ihrer Vollmachten besorgt sei, als auch seitens des GUGB NKVD, das „aus Gründen der staatlichen Sicherheit“ generell geneigt sei, überhaupt keine Ausländer in die UdSSR hereinlassen. 631

203. Schreiben des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov an den Leiter der Wirtschaftsabteilung im NKID Rozenbljum, 25. Juli 1935

Information über die Vergabe von Aufträgen im Rahmen des 200-Millionenkredites und über den Stand der Dinge bei den nach deutschem Recht gegründeten sowjetischen Gesellschaften in Deutschland. 633

204. Presseanweisung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, 26. Juli 1935

Anweisung, wie die Information über den in Moskau eröffneten VII. Kongress der Komintern zu erfolgen habe; das Doppelspiel der sowjetischen Außenpolitik stehe im Mittelpunkt und sei groß aufzumachen. 635

205. Aufzeichnung von Unterredungen des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Giršfel'd, 27. Juli 1935

Unterredungen mit Tippelskirch im AA am 23., 24. und 26.7.1935 u.a. zu Ausweisungen sowjetischer Mitarbeiter von Gemeinschaftsunternehmen aus Deutschland und zu Problemen, die die Behörden den Handelsorganisationen mit sowjetischem Kapital bereiten. Giršfel'd geht in der Aufzeichnung auch auf Probleme der innenpolitischen Entwicklung Deutschlands ein. 636

206. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem deutschen Geschäftsträger in Moskau von Twardowski, 1. August 1935

Erörtert werden die Abberufung Twardowskis; die Verhaftungen in der UdSSR und in Deutschland und Varianten für einen Austausch von Inhaftierten beider Länder; die Teilnahme sowjetischer Wissenschaftler am Internationalen Kriminologenkongress in Berlin; der Bau eines Botschaftsgebäudes in Moskau; der Verstoß einer Mitarbeiterin des Generalkonsulats in Leningrad. 641

207. Aide-Mémoire der Botschaft Moskau, 1. August 1935	
Hinweis auf das Aide-Mémoire der Botschaft vom 3.12.1934; dabei ging es um das Vorgehen sowjetischer Behörden bei der Verhaftung deutscher Staatsangehöriger und der Verletzung bestehender Abkommen wie z.B. der Informationspflicht.	646
208. Rundschreiben der Hauptverwaltung des Staatssicherheitsdienstes des NKVD, 3. August 1935	
Informationsmaterial „Über die Arbeit der deutschen Geheimpolizei (Gestapo) in der UdSSR“, das im GUGB NKVD ausgearbeitet und den Leitern sämtlicher Verwaltungen des NKVD zugestellt worden ist. Zur Unterbindung der Tätigkeit der Gestapo auf dem Gebiet der UdSSR sollen alle Personen, die aus Deutschland einreisen (Politemigranten) oder zurückkehren (sowjetische Staatsbürger) beobachtet werden.	650
209. Schreiben des Leiters der Wirtschaftsabteilung im NKID Rozenbljum an den Rat der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 4. August 1935	
Zur Liquidierung der nach deutschem Recht in Deutschland gegründeten gemischten Gesellschaften (vgl. Dok. 203), die sorgfältig geprüft werden müsse. . .	656
210. Schreiben des kommissarischen Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 4. August 1935	
Negative Reaktion auf die an die UdSSR gerichtete Einladung zur Teilnahme an der Königsberger Ostmesse, da weder ein politisches noch ein wirtschaftliches Interesse vorliege.	657
211. Brief des Botschaftsrats in Moskau von Twardowski an den Botschafter in Tokio von Dirksen, 7. August 1935	
Der Brief enthält Informationen sowohl persönlichen Charakters als auch eine Einschätzung der deutsch-sowjetischen Beziehungen auf verschiedenen Gebieten. Nach Ansicht Twardowskis können politische Probleme wegen des zunehmenden gegenseitigen Unverständnisses und fortschreitender Verslossenheit der sowjetischen Diplomaten im NKID kaum mehr erörtert werden.	658
212. Bericht des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, [10. August 1935]	
Zum Stand der Erfüllung des Abkommens mit Deutschland vom 9.4.1935 (beim Export, den Zahlungen in Valuta und beim Import).	662
213. Schreiben des Geschäftsführers der Unionsvereinigung für Feinmechanik und Gerätebau Nemov an den Stellv. Volkskommissar für Schwerindustrie Pjatakow, 16. August 1935	
Zur ungünstigen Situation in der Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland hinsichtlich der Vergabe von Aufträgen im Rahmen des 200-Millionenkredites..	664
214. Schreiben des Mitarbeiters der Firma Otto Wolff Volck an die Firma Otto Wolff, 17. August 1935	
Mit dem Vorsitzenden der Unionsvereinigung „Sojuzmetimport“ Rabinkov werden Perspektiven für Großaufträge von Röhren unter der Voraussetzung, dass die deutsche Seite Rabatte gewährt, erörtert.	666

- 215. Schreiben des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov an das NKID, 18. August 1935**
 Analyse der inneren Lage Deutschlands und der zunehmenden antisowjetischen Kampagne in der Presse. Bessonov ist der Meinung, dass die Zuspitzung der inneren Widersprüche des Regimes zu einer Verstärkung der propagandistischen Bearbeitung der Bevölkerung führe, die auf Antisemitismus ausgerichtet und mit starken antisowjetischen Stimmungen durchdrungen sei. 668
- 216. Schreiben des Reichspostministers Freiherr Eltz von Rübenach an den Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda Goebbels, [20. August 1935]**
 Über technische und organisatorische Fragen bezüglich der Störung von Übertragungen des Moskauer Rundfunksenders Komintern. 672
- 217. Schreiben des Staatssekretärs im AA von Bülow an den Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath, 23. August 1935**
 Bedenken, dass Hitler in seiner Rede auf dem Parteitag der NSDAP in Nürnberg die in den Geheimberichten aus Wien enthaltenen ungesicherten Informationen über Sitzungen und Beschlüsse des Politbüros des ZK der VKP (B) verwenden könnte. 673
- 218. Schreiben des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, [26. August 1935]**
 Aufzählung von antisowjetischen Aktionen unterschiedlichster Art in Deutschland als Reaktion auf den Kongress der Komintern in Moskau: Kampagne in der Presse, Ausweisung von in Deutschland dienstlich tätigen sowjetischen Bürgern, ungerechtfertigte Forderungen gegenüber Journalisten, finanzielle und juristische Druckausübung auf Handelsorganisationen, Errichtung von Hindernissen bei der Realisierung des 200-Millionenkredites, Diskussion in der Führungsspitze zur Möglichkeit eines Abbruchs der diplomatischen Beziehungen mit der UdSSR. 675
- 219. Schreiben des kommissarischen Leiters der 2. Westabteilung im NKID Linde an den sowjetischen Geschäftsträger in Berlin Bessonov, 26. August 1935**
 Bitte, Material über die Tätigkeit der Nationalsozialisten außerhalb Deutschlands zur Errichtung eines Agentennetzes in anderen Ländern zu sammeln und auf dieser Grundlage einen Artikel zu schreiben. 679
- 220. Aufzeichnung der Unterredung des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov mit dem Vorsitzenden der IFAGO Kraemer, 27. August 1935**
 Bessonov informiert über die Auffassungen Kraemers hinsichtlich der innenpolitischen und wirtschaftlichen Situation in Deutschland, u. a. darüber, dass in Kreisen der deutschen Industrie der Eindruck vorherrsche, die UdSSR bemühe sich nicht um die Realisierung des 200-Millionenkredits und sabotiere bewusst die Vergabe von Aufträgen. 680
- 221. Aufzeichnung der Unterredung des Legationsrats in Moskau Hilger mit dem Leiter der Unterabteilung für die Handelsvertretungen im Volkskommissariat für Außenhandel Levin, 27. August 1935**
 Erörterung von rechtlichen Fragen zur Tätigkeit deutscher Firmen in der UdSSR; Erweiterung der Befugnisse der sowjetischen Importvereinigungen; Hindernisse

bei der Platzierung sowjetischer Aufträge im Rahmen des 200-Millionenkredites und weitere Fragen.	686
222. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Vorsitzenden des Mossovet Bulganin, 28. August 1935	
Über die Bereitstellung eines Grundstücks in Moskau für den Bau eines neuen Gebäudes für die Botschaft Deutschlands im Umkreis der Sperlingsberge.	689
223. Telegramm des Generalsekretärs des ZK der VKP (B) Stalin an den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič und den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov, 2. September 1935	
Allgemeine Einschätzung der internationalen Lage und der Politik der UdSSR; nach Ansicht Stalins besteht die frühere Entente nicht mehr, an ihre Stelle treten zwei Blöcke: Italien und Frankreich einerseits und England und Deutschland andererseits. Die UdSSR sei daran interessiert, dass sich beide Blöcke erbittert bekämpften und gegenseitig aufrieben.	690
224. Schreiben des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 3. September 1935	
Schwierigkeiten beider Seiten bei der Umsetzung des Abkommens vom 9.4.1935. Aufgrund der Weisungen Stalins werden keinerlei Verhandlungen für neue Wirtschaftsabkommen geführt.	691
225. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 7. September 1935	
Über die veränderten Pläne für die nächsten Wochen aufgrund der Einladung an Schulenburg zur Teilnahme am Parteitag der NSDAP in Nürnberg. Bitte Schulenburgs, die Haftbedingungen für den verurteilten Fuchs zu erleichtern oder ihn gegen „irgendeine in Deutschland verhaftete Person, die für die sowjetische Regierung von Interesse ist, auszutauschen“. Vorschläge Frankreichs und Englands bezüglich der Verhandlungen zum Abschluss des Ostpaktes.	694
226. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Stellv. Volkskommissar für Innere Angelegenheiten Agranov, 8. September 1935	
Information über den offiziellen Vorschlags Schulenburgs im Fall Fuchs. Bitte, die Zweckmäßigkeit seines Austauschs zu prüfen und im Falle einer negativen Entscheidung die Bedingungen an seinem Haftort zu lindern.	696
227. Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin mit dem Leiter des Referats für den Osten und den Nahen Osten in der Presseabteilung im AA Schönberg, 13. September 1935	
Gegenseitige Vorwürfe im Zusammenhang mit dem Verhalten der Presse beider Länder; in der Unterredung wird ferner die Frage des weiteren Aufenthaltes des Pravda-Korrespondenten Gofman in Deutschland angesprochen, deren Erörterung Gnedin ablehnt.	697
228. Schreiben des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, [13. September 1935]	
Über die auf dem Parteitag der NSDAP und in der Presse entfachte antisowjetische Kampagne und über Gegenmaßnahmen der sowjetischen Seite. Laufende	

Angelegenheiten, die mit der Tätigkeit einzelner sowjetischer Journalisten sowie mit dem Aufenthalt von Dienstreisenden in Deutschland verknüpft sind. . . 700

229. Telegramm des Sekretärs des ZK der VKP (B) Kaganovič und des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 15. September 1935

Information Bessonovs über Gerüchte in Berliner Journalistenkreisen, dass auf der bevorstehenden Sondersitzung des Reichstages eine Erklärung über den Abbruch der Beziehungen zur UdSSR erfolgen werde. 702

230. Telegramm des Generalsekretärs des ZK der VKP (B) Stalin an den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič und den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov, 15. September 1935

Weisung Stalins, den Nürnberger Parteitag in der „Pravda“ prinzipiell und politisch zu kritisieren, „jedoch ohne unflätige Beschimpfungen“. 703

231. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 16. September 1935

Krestinskij erbittet Weisungen, wie auf die antisowjetischen Reden auf dem Parteitag der NSDAP und in den Sitzungen des Reichstages zu reagieren sei; da diese kaum persönliche Beleidigungen gegenüber sowjetischen Regierungsmitgliedern enthielten, ist Krestinskij der Auffassung, dass es nicht zwingend notwendig sei, bei der deutschen Regierung zu protestieren. 704

232. Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski an das AA, 16. September 1935

Über die zunehmende Feindseligkeit in der Berichterstattung der sowjetischen Presse über den Parteitag der NSDAP in Nürnberg. 705

233. Aufzeichnung des Geschäftsführers des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft Tschunke, [16. September 1935]

Besorgnis hinsichtlich der Situation beim deutschen Import aus der UdSSR, vor allem bei strategisch wichtigen Rohstoffen, wodurch eine zunehmende Verschlechterung der Handelsbilanz zwischen beiden Ländern bedingt sei. Tschunke schlägt verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung vor, die sowohl eine Veränderung der Kreditpolitik bei künftigen Verträgen mit der UdSSR als auch die Schaffung von Anreizen für eine Billigung dieser Kreditpolitik durch Moskau einschließen. 709

234. Aufzeichnung des Mitarbeiters der Abteilung Osten im Außenpolitischen Amt der NSDAP Dürksen, 18. September 1935

Aufgrund einer gemeinsamen Fahrt nach Frankfurt/Oder gibt Dürksen eine Einschätzung des Verhaltens und der Ansichten des Korrespondenten der „Izvestija“ Bucharcev und des Leiters der TASS-Vertretung Sitkovskij. 711

235. Schreiben des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, [nicht später als 19. September 1935]

Bessonov sieht die sowjetisch-deutschen Beziehungen nach dem Nürnberger Parteitag am Rande des Abbruchs; durch persönliche Kontakte, die Presse und

wirtschaftliche Verbindungen soll das Heranreifen eines offenen Konflikts gebremst werden.	712
236. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den sowjetischen Geschäftsträger in Berlin Bessonov, 19. September 1935	
Beschluss der Instanz, wegen der antisowjetischen Reden auf dem Parteitag der NSDAP keinen Protest zu erheben, sondern in der sowjetischen Presse mit einer besonnenen und kritischen Analyse zu reagieren.	715
237. Schreiben des Geschäftsführers des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft Tschunke an den Leiter des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam, 20. September 1935	
Aus Kreisen der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin erhaltene Information zu den Aussichten der deutsch-sowjetischen Geschäftsbeziehungen im Jahr 1936.	716
238. Schreiben des kommissarischen Vorsitzenden von VOKS Kuljabko an den kommissarischen Leiter der 2. Westabteilung im NKID Linde, 21. September 1935	
Klärung der Möglichkeit, den deutschen Dirigenten Furtwängler als Gastdirigenten nach Moskau einzuladen.	718
239. Aktennotiz des verantwortlichen Referenten der 2. Westabteilung im NKID Levin, [22. September 1935]	
Über das in der UdSSR bestehende Informationssystem bei Verhaftungen von deutschen Staatsangehörigen und Vorschläge zu dessen Verbesserung durch die Untersuchungsorgane aller Ebenen.	719
240. Bericht des Militärattachés in Moskau Köstring an das AA und das Reichskriegsministerium, 23. September 1935	
Presseberichte über im September 1935 im Kiever Militärbezirk abgehaltene große Manöver, zu denen Militärdelegationen aus Frankreich, der Tschechoslowakei und Italien eingeladen worden waren.	721
241. Aufzeichnung des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke, 24. September 1935	
Fragen Bessonovs, inwiefern die in Nürnberg erlassenen Rassegesetze das Alltagsleben sowjetischer Staatsbürger jüdischer Nationalität in Deutschland betreffe.	722
242. Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin mit dem Pressebeirat der Botschaft in Moskau Baum, 27. September 1935	
Informationen Baums über die bevorstehende Strukturreform im AA, nach der die Beziehungen zur UdSSR nicht mehr von einer selbständigen Abteilung bearbeitet werden würden; die jetzigen Leiter der IV. Abteilung (Meyer und Hey) verließen das Amt. Baum meint, dass sich gegenwärtig keine guten Aussichten in den deutsch-sowjetischen Beziehungen abzeichneten. Erörtert werden auch einige Veröffentlichungen in der deutschen Presse.	723

- 243. Aufzeichnung der Abteilung Osten im Außenpolitischen Amt der NSDAP für den Leiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP Rosenberg, 28. September 1935**
Über Aufgaben des Außenpolitischen Amtes der NSDAP bezüglich der Bekämpfung des Bolschewismus und der Komintern auf der Grundlage der auf dem Nürnberger Parteitag der NSDAP festgelegten Linie. 725
- 244. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den kommissarischen Vorsitzenden des Militärkollegiums des Obersten Gerichts der UdSSR Nikitčenko, 1. Oktober 1935**
Erläuterung Krestinskij's bezüglich der Unrechtmäßigkeit, den deutschen Staatsbürger Panzer der Zugehörigkeit zum Bund der Auslandsdeutschen, der in Deutschland eine legale Organisation sei, zu beschuldigen, zumal andere Haftgründe vorlägen. 727
- 245. Auszug aus dem Bericht des Geheimen Staatspolizeiamtes, [3. Oktober 1935]**
Informationsmaterial zur Tätigkeit und zur Leitung sowjetischer Institutionen in Deutschland (Bevollmächtigte Vertretung, Handelsvertretung, TASS, Intourist und andere). Besondere Aufmerksamkeit erfährt der sowjetische Geheimdienst (OGPU), unter dessen Beobachtung sämtliche sowjetische Institutionen im Ausland stünden. 728
- 246. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 4. Oktober 1935**
Zum Empfang der Bevollmächtigten Vertretung aus Anlass des Jahrestages der bolschewistischen Revolution in Russland. 734
- 247. Schreiben des Ministerialdirektors im Reichswirtschaftsministerium Schniewind an den Reichsinnenminister Frick, 4. Oktober 1935**
Vorgeschichte der Einrichtung und Begründung für die Auflösung der „Vereinigung Deutscher Russlandgläubiger“, die die Ansprüche aus dem Dollar-Konflikt erneut durchzusetzen versuche; dies könne den bevorstehenden Verhandlungen mit der UdSSR und der Belegung der sowjetischen Auftragserteilung in Deutschland schaden. 735
- 248. Aufzeichnung der Unterredung des kommissarischen Leiters der 2. Westabteilung im NKID Bessonov mit dem deutschen Geschäftsträger in Moskau von Twardowski, 5. Oktober 1935**
Meinungsaustausch über den Zustand der sowjetisch-deutschen Beziehungen und ihre möglichen Entwicklungsperspektiven. 738
- 249. Bericht des Beauftragten des Volkskommissariats für Verteidigung beim Volkskommissariat für Außenhandel Gittis an den Stellv. Volkskommissar für Außenhandel Loganovskij, 5. Oktober 1935**
Liste der wichtigsten Aufträge für militärische Objekte innerhalb des deutschen 200-Millionenkredites, deren Realisierung auf Schwierigkeiten stieß. 740
- 250. Brief des Botschaftsrats in Moskau von Twardowski an den Botschafter in Tokio von Dirksen, 8. Oktober 1935**
Enttäuschung Twardowskis bezüglich der Veränderungen im AA und der Ungewissheit über seine zukünftige Tätigkeit; Einschätzung der Außenpolitik der UdSSR und der Beziehungen zu einzelnen europäischen Ländern; zum Zu-

stand der deutsch-sowjetischen Beziehungen und zur Haltung der Leitung des Narkomindel; neue Mitarbeiter der Botschaft und der deutschen Konsulate. . . . 741

251. Brief des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke an den Botschaftsrat in Moskau von Twardowski, 8. Oktober 1935

Botschafts- und Konsulararbeit in der UdSSR: die Konsulate sollen den Erlass, dass die Mitnahme deutscher Zeitungen und Zeitschriften aus den Warteräumen für Besucher verboten ist, stärker befolgen, da dies schon zur Verhaftung und Verurteilung von deutschen Staatsbürgern geführt habe. 745

252. Aufzeichnung der Unterredung des kommissarischen Leiters der 2. Westabteilung im NKID Bessonov mit dem Gesandtschaftsrat II. Kl. in Moskau Hensel, 9. Oktober 1935

Haftsachen und Angelegenheiten, die den Austritt von Frauen aus der sowjetischen Staatsangehörigkeit betreffen. Hensel äußert sich missbilligend über Mischehen; nach deutschem Recht erlange eine sowjetische Staatsangehörige, die eine Ehe mit einem Deutschen eingeht, automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft. 748

253. Aufzeichnung der Unterredung des kommissarischen Leiters der 2. Westabteilung im NKID Bessonov mit dem deutschen Geschäftsträger in Moskau von Twardowski und dem Legationssekretär Dittmann, 10. Oktober 1935

Zur Rechtsstellung deutscher Firmen in der UdSSR nach dem Erscheinen des Artikels des Juristen Členov in der Zeitschrift „Außenhandel“; nach Auffassung deutscher Diplomaten schaffe die im Artikel und in Gesprächen mit Mitarbeitern von Narkomvneštorg dargestellte Absicht, ausländische Firmen der sowjetischen Gerichtsbarkeit und der sowjetischen Steuerveranlagung zu unterstellen, eine Reihe neuer und ungeklärter Probleme. 750

254. Notiz des AA für eine Besprechung im Reichswirtschaftsministerium, [nicht später als 11. Oktober 1935]

Stand der Umsetzung des deutsch-russischen Wirtschaftsabkommens vom 9.4.1935. Voraussichtlich werde die sowjetische Seite bis zum Ende des Jahres im Wesentlichen an dem Abkommen festhalten und ihre Zahlungsverpflichtungen und Lieferungen erfüllen. Zugleich werde der Umfang der in Deutschland vergebenen Aufträge bedeutend geringer ausfallen als geplant. Einschätzung der Aussichten für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der UdSSR im Jahr 1936. 753

255. Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin mit dem Leiter der Presseabteilung im AA Aschmann, 11. Oktober 1935

Gegenseitige Beanstandungen von Veröffentlichungen in der Presse; zur Rechtmäßigkeit der Ladung des TASS-Vertreters und eines Mitarbeiters der Presseabteilung der Bevollmächtigten Vertretung in das Propagandaministerium, die über Polizeistellen erfolgte. 756

256. Brief des Botschafters in Tokio von Dirksen an den Leiter des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke, 14. Oktober 1935

Dirksen meint, dass die Gegensätze zwischen der UdSSR und Deutschland auf lange Sicht bestehen blieben und aus diesem Grund für Deutschland gute Beziehungen mit Polen wichtiger seien als mit der Sowjetunion. Die Spannungen in

den sowjetisch-japanischen Beziehungen würden bestehen bleiben, ein militärischer Konflikt sei in überschaubarer Zeit wenig wahrscheinlich, da die Japaner in der Mandschurei und in Nordchina gebunden seien.	758
257. Aufzeichnung der Unterredung des kommissarischen Leiters der 2. Westabteilung im NKID Bessonov mit dem Legationsrat in Moskau Hilger, 16. Oktober 1935	
Beschwerde der Botschaft darüber, dass auf dem Moskauer Flughafen die technischen Aufzeichnungen eines deutschen Firmenvertreters durch die Zollbehörden einbehalten wurden.	760
258. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stell. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, [17. Oktober 1935]	
Die Außenpolitik Deutschlands im Hinblick auf den italienisch-abessinischen Krieg und den britisch-italienischen Konflikt: Suric meint, dass Deutschland das Kriegsgeschehen in Afrika und den britisch-italienischen Konflikt nicht zu Vorstößen gegen Memel oder in Südosteuropa nutzen werde. Deutschland werde mittels diplomatischer Tricks bemüht sein, den Boden für ein umfangreiches Übereinkommen vorzubereiten, in erster Linie mit England.	762
259. Schreiben des Leiters der Handelspolitischen Abteilung der Handelsvertretung in Berlin Gasjuk an den Leiter des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam, 19. Oktober 1935	
Benennung der Schwierigkeiten, mit denen die Handelsvertretung bei der Realisierung des 200-Millionenkredites zu tun hatte: unannehmbare Fristen bei der Auftragsausführung durch deutsche Firmen, überhöhte Preise für die zu liefernden Produkte, Verweigerung der Möglichkeit, sich mit einzelnen technologischen Prozessen vertraut zu machen, Annullierung früher abgesprochener Liefervereinbarungen.	768
260. Aufzeichnung des Mitarbeiters der Abteilung Osten im Außenpolitischen Amt der NSDAP Dürksen, 24. Oktober 1935	
Besprechung in der Abteilung Osten: Der Nationalitätenfrage in der UdSSR soll in der Propaganda im Außenpolitischen Amt der NSDAP größere Aufmerksamkeit geschenkt werden.	770
261. Denkschrift des beurlaubten Ministerialdirektors im AA Meyer, 25. Oktober 1935	
Der beurlaubte Leiter der IV. Abteilung im AA Meyer zu den Aufgaben der deutschen Ostpolitik: Er richtet seinen Blick vor allem auf die UdSSR und beurteilt deren Außenpolitik sowohl in einer kurz- als auch langfristigen Perspektive sowie deren wirtschaftliche und militärische Lage. Meyer geht von der Notwendigkeit eines Kampfes gegen den Bolschewismus in allen seinen Formen aus und meint, dass die Politik gegenüber der UdSSR ausgewogen bleiben müsse. Jedoch gebe es keine Möglichkeit, das Erstarken der UdSSR zu verhindern, und deshalb sollte angestrebt werden, antideutsche Tendenzen in der sowjetischen Politik zu neutralisieren.	771
262. Brief des Botschaftsrats in Moskau von Twardowski an den Leiter des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke [z. Zt. in Kiev], 25. Oktober 1935	
Über Ausführungen des kommissarischen Leiters der 2. Westabteilung im NKID Bessonov auf die Frage, ob deutsche Diplomaten in der UdSSR den Feierlich-	

keiten zum Jahrestag der bolschewistischen Revolution am 6. und 7.11.1935 mit Blick auf mögliche antideutsche Ausfälle besser fernbleiben sollten. 780

263. Rundschreiben der Geschäftsführung des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, 26. Oktober 1935

Zur Gründung einer Moskauer Vertretung der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin sowie deren Befugnisse bei der Vergabe von Aufträgen an deutsche Firmen; Schwierigkeiten bei den Verhandlungen, die sowjetische Aufträge an deutsche Firmen betreffen, vor allem hinsichtlich der Preise und der Lieferung bestimmter Erzeugnisse. 782

264. Schreiben des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 28. Oktober 1935

Schulenburg übermittelt eine Aufzeichnung Twardowskis zur Außenpolitik der UdSSR auf der Grundlage von Gesprächen mit Botschaftern und Gesandten verschiedener Staaten in Moskau. Die Aufzeichnung enthält eine Einschätzung der außenpolitischen Ansichten und Richtlinien der sowjetischen Führung zu folgenden Fragen: 1. Die internationale Lage insgesamt. 2. Die Beziehungen zu Japan. 3. Der Nationalsozialismus als der gefährlichste Feind. 4. Die französisch-deutschen Beziehungen. 5. Der italienisch-abessinische Konflikt. 6. Die Beziehungen mit England. 7. Die innenpolitische Situation in Frankreich. 8. Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Beziehungen mit Deutschland. 784

265. Schreiben des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an den Staatssekretär im AA von Bülow, 28. Oktober 1935

Schulenburg gibt eine Aufzeichnung Twardowskis über ein Gespräch mit Tuchačevskij anlässlich eines Empfangs in der Deutschen Botschaft am 26.10. weiter. Tuchačevskij äußerte die Ansicht, dass die neue Armee des Reiches bereits in nächster Zeit „kriegsfertig“ sein werde, ein Krieg zwischen Deutschland und der UdSSR jedoch ein Unglück für beide Völker wäre. 787

266. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 29. Oktober 1935

Zur Absicht des NKVD, eine Reihe von Sowjetdeutschen zu verhaften. Das Narkomindel erhebt keine Einwände, jedoch sollte vorher die sowjetische und ausländische Öffentlichkeit über die konterrevolutionäre Tätigkeit der Beschuldigten informiert werden. 788

267. Bericht des kommissarischen Leiters der 2. Westabteilung im NKID Bessonov an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, 29. Oktober 1935

Zur Verbesserung der organisatorischen Tätigkeit im NKID (Führung des geheimen Schriftverkehrs, Abgrenzung von Pflichten und Befugnissen zwischen den politischen und den allgemeinen Abteilungen des Volkskommissariats). . . 791

268. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 31. Oktober 1935

Litvinov schlägt eine Pressemeldung vor, um japanisch-deutsche Geheimverhandlungen zum Abschluss einer Militärkonvention zu stören. 793

- 269. Sondermeldung des Volkskommissars für Innere Angelegenheiten Jagoda an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 1. November 1935**
Zur Absicht, den Pförtner der Deutschen Botschaft Šul'c, der ein Resident des Bundes der Auslandsdeutschen sei, und den Pastor der Peter und Paul-Kirche in Moskau Štek zu verhaften, da beide eine konterrevolutionäre und Spionagetätigkeit betreiben würden. 794
- 270. Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam, 1. November 1935**
Zu den Äußerungen Tuchačevskijs gegenüber Twardowski (vgl. Dok. 265); nach Bräutigams Auffassung besteht ein Grund für Tuchačevskijs betont freundschaftliche Haltung gegenüber Deutschland in dem Bestreben, vom AA oder vom Reichswirtschaftsministerium Unterstützung für die Zustimmung des Reichskriegsministeriums zu erhalten, bestimmte Bestellungen militärischer Art durchzusetzen. 796
- 271. Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam, 1. November 1935**
Gespräch Schachts mit Kandelaki (am 30.10.1935) hinsichtlich der Umsetzung des Abkommens vom 9.4.1935 und des weiteren Ausbaus der Wirtschaftsbeziehungen. 797
- 272. Schreiben des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin an den Leiter der Wirtschaftsabteilung im NKID Rozenbljum, 1. November 1935**
Zum Interesse von Kreisen der Industrie an neuen Verhandlungen mit der UdSSR über Wirtschaftsfragen. 798
- 273. Rundschreiben des kommissarischen Staatssekretärs im Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung Kunisch, 1. November 1935**
Zur Zweckmäßigkeit der von der Gesellschaft „Kultur und Technik“ organisierten Reisen deutscher Fachleute in die UdSSR. Die Übermittlung wissenschaftlich-technischer Informationen in Form von Fachaufsätzen sei unter Berücksichtigung der deutschen Interessen auf paritätischer Grundlage zu entscheiden. Der Reichsminister behält sich die Entscheidung zu jedem einzelnen von den Universitäten oder Hochschullehrern unterbreiteten Vorschlag zum Austausch vor. 799
- 274. Schreiben des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin an die Presseabteilung und an die 2. Westabteilung im NKID, 1. November 1935**
Bitte der Bevollmächtigten Vertretung, ihr Texte von sowjetischen Theaterstücken, Partituren sowjetischer Komponisten, in deutscher Übersetzung erschienene Werke sowjetischer Schriftsteller zu übersenden, die zumindest einem begrenzten Kreis von Wissenschaftlern und Kunstschaffenden in Deutschland einen Einblick in das kulturelle Leben in der Sowjetunion vermitteln könnten .. 801
- 275. Ausarbeitung des Psychologischen Laboratoriums im Reichskriegsministerium, 2. November 1935**
Anleitung zur psychologischen Kriegführung gegen die UdSSR in der Kriegszeit, vorrangig zur Zersetzung der Roten Armee. Dabei wird in erster Linie

- empfohlen, die nationale Vielfalt ihrer Verbände auszunutzen. Auch die Propaganda unter der Zivilbevölkerung sowohl großer als auch kleinerer Städte (Argumentation, technische Verfahren und Mittel) wird behandelt. 802
- 276. Protokoll der Sitzung der Kommission des Politbüros des ZK der VKP (B), 5. November 1935**
Anweisung zur Vorbereitung der Unterlagen zur Vergabe von Aufträgen in Deutschland in einem Volumen von 800 Mio. Reichsmark; dabei soll ein Großteil der Aufträge entfallen auf: Erzeugnisse der chemischen und Rüstungsindustrie, Optik, Maschinenausrüstungen, Elektroindustrie und Transportausrüstungen. 807
- 277. Auszug aus dem Rundschreiben der Geschäftsführung des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, 7. November 1935**
Information über die Vorstellungen der sowjetischen Seite bezüglich der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen im Jahr 1936. 808
- 278. Bericht des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 8. November 1935**
Artikel von Rozengol'c über die Errungenschaften der UdSSR auf dem Gebiet des Außenhandels und der Industrialisierung des Landes. In dem Artikel werden insbesondere die Veränderungen auf dem Gebiet der Kreditpolitik in den Beziehungen mit Deutschland behandelt. 810
- 279. Bericht des Militärattachés in Moskau Köstring an das AA und das Reichskriegsministerium, 11. November 1935**
Vorläufiger Bericht über die Militärparade und die Demonstration am 7.11.1935. Über das sich abzeichnende Verhältnis des diplomatischen Corps und der höchsten sowjetischen Militärführung gegenüber Köstring. Letztere unterstrichen in Gesprächen mit dem Militärattaché ihre hohe Wertschätzung gegenüber der deutschen Armee und zugleich das Bedauern über die veränderten Beziehungen zwischen den beiden Armeen. 812
- 280. Schreiben des Leiters des Büros für Internationale Information des ZK der VKP (B) Radek an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 11. November 1935**
Bitte Radeks, ihn zu empfangen und ihm Hinweise zu geben, was zu aktuellen Problemen der internationale Lage „zu schreiben ist und was nicht“. Dem Schreiben ist die Ausarbeitung Radeks „Einige Bemerkungen zu den nächsten Perspektiven der internationalen Entwicklung und zur Stellung der UdSSR“ beigelegt. 815
- 281. Schreiben des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an den 1. Sekretär der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin, 11. November 1935**
Über den neuen Botschaftsrat Tippelskirch; dessen Vorgänger Twardowski sei zu Empfängen der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin einzuladen. 822
- 282. Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin mit Graf zu Reventlow, 12. November 1935**
Gespräch mit Reventlow, der die Auffassung vertritt, dass sich der antisowjetische Kurs der Außenpolitik Hitlers und der Reden auf dem Nürnberger Partei-

tag der NSDAP vor allem mit der zunehmenden kommunistischen Gefahr in anderen Ländern „durch den Generalangriff der Komintern in Europa“ erklären lasse. Innenpolitische Überlegungen spielten bei der Kursbestimmung gegenüber der UdSSR keine ernsthafte Rolle. Berlin müsse sich bald um eine Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen bemühen. 823

283. Schreiben des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 12. November 1935

Zu den Oktober-Feierlichkeiten in der Bevollmächtigten Vertretung und der Handelsvertretung in Berlin; zur Vertretung des Narkomzdrav und des Roten Kreuzes in Deutschland; zur Ankunft einer Gruppe von sowjetischen Eisenbahnern zum Studium des deutschen Transportwesens. 825

284. Meldung des Chefs der Aufklärungsverwaltung der RKKa Urickij an den Volkskommissar für Verteidigung Vorošilov, 12. November 1935

Zum Gespräch während eines Empfangs von Litvinov mit dem deutschen Militärrattaché Köstring, der über seine Reise nach China, Japan, der Mandschurei, nach Indien und Singapur berichtete. Köstring macht den Vorschlag, vor einer Gruppe von sowjetischen Kommandeuren über die Reise zu berichten und die dabei gemachten Filmaufnahmen vorzuführen. 827

285. Schreiben des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin an den verantwortlichen Referenten der 2. Westabteilung im NKID Levin, 13. November 1935

Information zur Frage der Teilnahme der UdSSR an den Olympischen Spielen 1936; zur Notwendigkeit, die unterschiedlichen Formen der Kulturbeziehungen mit Deutschland auszubauen. 828

286. Brief des Legationsrats in Moskau Hilger an den Botschafter in Tokio von Dirksen, 13. November 1935

Zum instabilen Zustand der deutsch-sowjetischen Beziehungen, die in letzter Zeit einen gewissen positiven Schub bekommen hätten. Hilger führt dies vor allem auf die Worte Hitlers gegenüber General Köstring zurück, dass er den Beziehungen zwischen der Wehrmacht und der Roten Armee eine große Bedeutung beimesse. Auch die sowjetische Seite unterstreiche beständig, dass sie zur Wiederherstellung von guten Beziehungen mit Deutschland bereit sei, die Schuld für deren Verschlechterung jedoch nicht bei der UdSSR liege. Dieser Widerspruch zwischen dem wirklichen Stand der Dinge und den verbalen Erklärungen in Moskau erklärt Hilger mit der zunehmenden Angst vor der Aufrüstung Deutschlands. 829

287. Schreiben des Geschäftsführers des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft Tschunke an den Leiter des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam, 14. November 1935

Mitteilung „einer gut unterrichteten Quelle“ bezüglich möglicher Vorschläge der sowjetischen Seite bei den bevorstehenden Verhandlungen mit Handelsvertreter Kandelaki, die nach Auffassung des Verfassers keine „neue Grundlage“ in den Wirtschaftsbeziehungen bildeten, sondern eine Rückkehr zum alten Zustand bedeuteten. 832

288. Aktenvermerk des Generalbevollmächtigten der Firma Otto Wolff Siedersleben, 14. November 1935	
Mitteilung des Generalreferenten des Reichswirtschaftsministeriums Herbert Göring zu den Motiven Schachts, die von sowjetischer Seite geforderte Erklärung zum Röhrenabkommen vom 7.11.1935 mit der Firma Otto Wolff abzulehnen. . . .	834
289. Beschlusssentwurf für das Politbüro des ZK der VKP (B), 17. November 1935	
Entwurf von Weisungen an Kandelaki für die Verhandlungsführung mit den Deutschen zu den Finanzkonditionen des 800-Millionenkredites an die UdSSR und zu den Bedingungen für das Wirtschaftsabkommen für das Jahr 1936.	836
290. Bericht des Chefs der Aufklärungsverwaltung der RKKa Urickij an den Volkskommissar für Verteidigung Worosilov, 17. November 1935	
Auf nachrichtendienstlichem Wege eingegangenes dokumentarisches Material über die Organisationsstruktur und die Dislozierung des deutschen Heeres für die Jahre 1935/36.	838
291. Schreiben des Botschaftsrats in Moskau von Tippelskirch an den Leiter der Gruppe Osteuropa und Skandinavien in der II. Abteilung im AA Roediger, 18. November 1935	
Enthält den Telegrammtext des Konsuls in Tiflis Dienstmann über sein Gespräch mit Astachov, in dem der Beauftragte des NKID seine Sorge wegen der Verschlechterung der sowjetisch-deutschen Beziehungen zum Ausdruck brachte. Astachov bemerkte insbesondere, dass man in Moskau davon überzeugt sei, dass „Mein Kampf“ für die beiderseitigen Beziehungen von keinerlei realer Bedeutung sei. Tippelskirch nimmt an, dass durch Bekanntwerden solcher Äußerungen Druck auf Frankreich ausgeübt werden soll, um die Ratifizierung des sowjetisch-französischen Beistandspaktes zu beschleunigen.	840
292. Schreiben des Reichswirtschaftsministers Schacht an den Leiter der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki, 19. November 1935	
Ergebnisse der von Schacht unternommenen Bemühungen um Vermittlung von Aufträgen bei einigen deutschen Firmen, bei denen die Handelsvertretung auf Schwierigkeiten gestoßen war.	841
293. Meldung des Chefs der Aufklärungsverwaltung der RKKa Urickij an den Volkskommissar für Verteidigung Worosilov, 22./23. November 1935	
Zu den deutsch-japanischen Verhandlungen zum Abschluss eines Garantievertrages, der vor allem gegen die UdSSR gerichtet sei.	844
294. Schreiben des Leiters der Abteilung Osten im Außenpolitischen Amt der NSDAP Leibbrandt an den Leiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP Rosenberg, 25. November 1935	
Aus Informationen in jüngster Zeit zieht Leibbrandt die Schlussfolgerung, dass Veränderungen in den deutsch-sowjetischen Beziehungen bevorstehen. Er hält es für dringend nötig, bei Hitler in Erfahrung zu bringen, inwieweit diese Nachrichten der Wirklichkeit entsprechen.	845
295. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Volkskommissar für Innere Angelegenheiten Jagoda, 25. November 1935	
Das Narkomindel weist darauf hin, dass die fehlende Unterrichtung über Ausweisungen deutscher Staatsangehöriger durch das NKVD es ihm unmöglich	

mache, die laut sowjetisch-deutschem Rechtsschutzabkommen rechtzeitige Benachrichtigung der Deutschen Botschaft vorzunehmen.	847
296. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Botschaftsrat in Moskau von Tippelskirch, 27. November 1935 Zur Ausweisung des Vertreters der Firma Siemens Bergmann aus der UdSSR aufgrund von Informationen über dessen Beteiligung an der Vorbereitung von Terrorakten.	848
297. Beschlussentwurf für das Politbüro des ZK der VKP (B), [27. November 1935] Weisungen an das NKVT der UdSSR und an den Handelsvertreter in Deutschland Kandelaki für die Verhandlungsführung mit der deutschen Regierung zur Gewährung eines 800-Millionenkredites. Dabei sei davon auszugehen, dass der UdSSR Anlagen und technische Hilfe (darunter solcher Firmen wie die IG-Farbenindustrie und Zeiss) zur Verfügung gestellt würden.	850
298. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, [28. November 1935] Suric kommt bei der Analyse von Gesprächen mit Vertretern verschiedener deutscher Ämter und mit inoffiziellen Personen zu dem Schluss, dass der außenpolitische Kurs Hitlers gegenüber der UdSSR unverändert geblieben sei. Seiner Auffassung nach bleibt nichts anderes übrig, als geduldig abzuwarten und die wirtschaftlichen Kontakte weiterhin auf der Grundlage der jüngsten Vorschläge Schachts, die für beide Seiten von Nutzen seien, zu entwickeln. . . .	851
299. Schreiben des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin an den Leiter der 2. Westabteilung im NKID Štern, 28. November 1935 Zu den Schwierigkeiten, auf die die sowjetische Eisenbahnkommission gestoßen ist; zur Einrichtung einer ständigen Vertretung des Volkskommissariats für Verkehrswesen in Berlin; zum großen Interesse in Kreisen der Industrie an einer Erweiterung der wirtschaftlichen Kontakte mit der UdSSR und zum stillschweigenden Einverständnis der unterschiedlichsten Kreise mit dem antisowjetischen Kurs Hitlers.	854
300. Schreiben des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin an den Leiter der 2. Westabteilung im NKID Štern, 28. November 1935 Schritte der Bevollmächtigten Vertretung im Zusammenhang mit der Vorführung des antisowjetischen Films „Friesennot“ in deutschen Kinos, der das Ansehen der RKKa beleidige.	857
301. Schreiben des Botschaftsrats in Moskau von Tippelskirch an den Leiter des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke, 29. November 1935 Auffassung von Tippelskirch zu möglichen Veränderungen in der Außenpolitik der UdSSR gegenüber Deutschland. Hinter den Erklärungen führender sowjetischer Vertreter gegenüber deutschen Diplomaten während des letzten Monats müsse mehr stecken als ein auf Frankreich abzielendes taktisches Manöver. . . .	858
302. Aufzeichnung des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke, 2. Dezember 1935 Gespräch mit Bessonov, der der Meinung sei, dass zurzeit alle Voraussetzungen für eine Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen vorlägen, ange-	

fangen bei den Wirtschaftsverhandlungen. Bessonov nehme weiterhin an, dass ein Grund für die Spannungen in den zahlreichen Haftfällen bestehe, die in Zusammenarbeit mit dem AA so schnell wie möglich zu regeln seien. 861

303. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 3. Dezember 1935

Litvinov solidarisiert sich mit der von Suric vorgenommenen Einschätzung der Entwicklungsperspektiven der sowjetisch-deutschen Beziehungen (vgl. Dok. 298). Dabei hält er es jedoch für erforderlich, den Umfang der Aufträge in Deutschland für die nächsten Jahre zu begrenzen, um nicht den deutschen Faschismus zu unterstützen. Litvinov meint weiterhin, dass es angebracht sei, die sowjetische Presse anzuweisen, eine „Gegenkampagne gegen den deutschen Faschismus“ zu führen. 863

304. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 4. Dezember 1935

Litvinov legt Suric knapp die in seinem Schreiben an Stalin dargelegten Grundthesen dar. Er unterrichtet ihn außerdem über Details der Gespräche Hitlers mit dem französischen Botschafter François-Poncet und mit dem britischen Zeitungsmagnaten Baron Beaverbrook. 865

305. Schreiben des verantwortlichen Referenten der 2. Westabteilung im NKID Levin an den 1. Sekretär der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin, 4. Dezember 1935

Zu den von Gnedin aufgeworfenen Fragen bezüglich der Einrichtung einer Vertretung des Volkskommissariats für Gesundheitswesen in Berlin und zur Erweiterung der Kulturbeziehungen mit Deutschland; zu den Problemen, die mit dem Aufenthalt von Vertretern deutscher Handelsfirmen in Moskau verbunden sind; zur Lage der in Hamburger Gefängnissen in Haft befindlichen sowjetischen Staatsbürger. 867

306. Schreiben des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke an den Botschaftsrat in Moskau von Tippelskirch, 4. Dezember 1935

Nach Auffassung Henckes ist es von Deutschland aus nicht möglich, die Annäherungsversuche der UdSSR an Deutschland abzuschätzen. Die Regelung der Haftfälle wie auch das beiderseitige Interesse an der Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen würden dazu beitragen, die Spannungen abzubauen; zugleich seien die Möglichkeiten für eine beiderseitige Verständigung äußerst begrenzt. 870

307. Beschluss des Politbüros des ZK der VKP (B), 5. Dezember 1935

Weisung zur Verhandlungsführung zum sowjetischen Exportvolumen nach Deutschland im Jahr 1936. Positionsbestimmung der UdSSR hinsichtlich der aus früheren Abkommen resultierenden Verpflichtungen für den Fall, dass ein Abkommen mit Deutschland für 1936 nicht zustande kommen sollte. 872

308. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem deutschen Geschäftsträger in Moskau von Tippelskirch, 5. Dezember 1935

Tippelskirch erhebt Protest gegen die Beleidigungen des Reichskanzlers durch die sowjetische Presse und fordert die Zusicherung, Derartiges zu unterlassen.

Ablehnung Šterns, den Protest entgegenzunehmen, weil das NKID angesichts der Ausfälle in der deutschen Presse gegen die UdSSR derzeit keine Möglichkeit habe, in irgendeiner Weise auf die sowjetische Presse Einfluss zu nehmen. 874

309. Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Tippelskirch an das AA, 5. Dezember 1935

Protest durch Tippelskirch wegen der Beleidigungen des Reichskanzlers in der sowjetischen Presse; auf Anordnung Litvinovs bringt die sowjetische Seite in mündlicher und schriftlicher Form ihr Bedauern zum Ausdruck. 876

310. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 7. Dezember 1935

Zum Beschluss des ZK zur Festlegung der Auftragssumme an Deutschland für die Jahre 1936 bis 1937, die auf Drängen von Kandelaki auf 500 Mio. Reichsmark erhöht worden sei. Zur Verhandlungsführung mit Schacht wird Kandelaki gemeinsam mit Pjatakov beauftragt. 878

311. Bericht des Militärattachés in Moskau Köstring an das AA und das Reichskriegsministerium, 7. Dezember 1935

Veränderung der Rangordnung der in der UdSSR akkreditierten Militärattachés, die angesichts der früheren Tätigkeit des deutschen Militärattachés in der UdSSR vom Generalstab der RKKa vorgenommen worden ist. 879

312. Schreiben des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Tippelskirch an den Leiter des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke, 9. Dezember 1935

Laufende Angelegenheiten, von denen Tippelskirch die Ausweisung des Vertreters der Firma Siemens Bergmann aus der UdSSR besonders hervorhebt. Er bewertet dies als Reaktion auf die Ausweisung des Leiters der Hamburger Filiale der Derunapht Fomin aus Deutschland und erachtet es als sinnlos, in Moskau den tatsächlichen Hintergrund für die gegen Bergmann erhobenen Beschuldigungen zu ergründen. 880

313. Schreiben des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke an den deutschen Geschäftsträger in Moskau von Tippelskirch, 10. Dezember 1935

Zum Schicksal des in der UdSSR verurteilten Fuchs; Genugtuung hinsichtlich des erfolgreichen Protests im NKID wegen der Beleidigung Hitlers in der sowjetischen Presse; Ermittlung der Gründe für die Ausweisung Bergmanns, die nach Ansicht des AA in keinem direkten Bezug zur Ausweisung Fomins stehen. Hencke konstatiert das Interesse Deutschlands an der Verbesserung der Beziehungen zur UdSSR, schließt dabei jedoch jede Aktivität seitens Berlins aus. 882

314. Aufzeichnung von Unterredungen des Stellv. Leiters der VI. Abteilung im AA von Twardowski mit dem Rat der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov und dem Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, [10. Dezember 1935]

Twardowski äußert die Ansicht, dass die UdSSR die Initiative ergreifen müsse, um die deutsch-sowjetischen Beziehungen zu verbessern; konkret: die Ausfälle gegen die Politik Deutschlands und Verunglimpfungen seiner führenden Persönlichkeiten in der Presse einstellen, ein Verständnis für die außenpolitischen

Bedürfnisse des Reiches an den Tag legen sowie den Bedürfnissen der deutschen Konsulate bei der Lösung aktueller Probleme vor Ort entgegenkommen. 885

315. Aufzeichnung des Mitarbeiters der Abteilung Osten im Außenpolitischen Amt der NSDAP Dürksen, 11. Dezember 1935

Besprechung im Außenpolitischen Amt der NSDAP am 6.12.1935 zu Fragen der Finanzierung und der Aufgaben des „Verbandes der Deutschen aus Russland“. Leibbrandt bemerkt, dass es um die Sammlung der Russlanddeutschen in der ganzen Welt gehe, um sie auf einen späteren Einsatz für politische Ziele vorzubereiten. 887

316. Schreiben des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern und des verantwortlichen Referenten Levin an den Stellv. Vorsitzenden des Obersten Gerichts der UdSSR Ul'rich, 11. Dezember 1935

Fragen im Zusammenhang mit Fällen verhafteter Reichsdeutscher, die jetzt häufiger zur Prüfung an Militärtribunale und Sonderkollegien der Obersten Gerichte überstellt werden; eine Regelung sei notwendig, um Vorwürfe hinsichtlich einer Einschränkung des Rechtsschutzes für deutsche Staatsangehörige zu vermeiden. 889

317. Telegramm des Generalkonsuls in Leningrad Sommer an die Botschaft in Moskau, 11. Dezember 1935

Anfrage, ob deutsche Staatsangehörige jüdischer Nationalität, die mit deutschen Frauen verheiratet und politisch loyal seien, an der im Generalkonsulat organisierten Weihnachtsfeier teilnehmen dürfen. 891

318. Auszug aus dem Rechenschaftsbericht der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin „Zwischenbilanz der Erfüllung des sowjetisch-deutschen Wirtschaftsabkommens vom 9. April 1935 (April–September 1935)“, [11. Dezember 1935]

1. Das sowjetisch-deutsche Abkommen und die Voraussetzungen für seinen Abschluss.
2. Zu den Bedingungen, unter denen die Umsetzung des Abkommens von April bis September 1935 verlief (die innere wirtschaftliche Situation Deutschlands, die Auswirkung der sowjetisch-deutschen politischen Beziehungen, Strukturveränderung bei den sowjetischen Aufträgen an deutsche Firmen). 892

319. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, [12. Dezember 1935]

Zum neuen Verfahren zur Visaerteilung für deutsche Wirtschaftsvertreter, gegen das in der Praxis beständig verstoßen werde; Suric fordert, zur früheren Prozedur ohne Anfrage in Moskau zurückzukehren. 902

320. Informationsbericht des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, [12. Dezember 1935]

Zusammenfassende Information über die wirtschaftliche und innenpolitische Lage Deutschlands. Nach Auffassung Bessonovs sind die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands eine Folge der Schrumpfung der eigenen Ressourcen; diese Probleme könnten vorübergehend gemindert, aber nicht beseitigt werden. 903

der Beurteilung des Vorgehens der Untersuchungsorgane unter dem Gesichtspunkt des Völkerrechts und der vertraglichen Verpflichtungen des sowjetischen Staates.	917
327. Aufzeichnung des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke, 16. Dezember 1935	
Gespräch mit Bessonov wegen der zahlreichen Verhaftungen von deutschen Staatsangehörigen in der UdSSR. Die von den sowjetischen Behörden gegen sie ergriffenen Maßnahmen verstießen de facto gegen sämtliche vertragliche Vereinbarungen zwischen beiden Staaten, die den Rechtsschutz ihrer Staatsbürger betreffen. Hencke vertritt die Auffassung, dass die sowjetische Regierung im Interesse einer Entspannung unbedingt unverzüglich Maßnahmen zu einer Nachprüfung aller Haftfälle von Staatsbürgern Deutschlands ergreifen muss. . .	919
328. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam mit dem Geschäftsführer des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft Tschunke, 16. Dezember 1935	
Bräutigam macht Tschunke darauf aufmerksam, dass vom Russland-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft ausgehende Informationen über politische Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR nicht in dessen Kompetenz fielen und auch die Vertreter deutscher Firmen nicht befugt seien, mit Angehörigen der sowjetischen Handelsvertretung politische Gespräche zu führen.	922
329. Bericht des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov und den Volkskommissar für Außenhandel Rozengol'c, 18. Dezember 1935	
Zum Gespräch mit Schacht am 16.12. und den dabei vereinbarten Grundsätzen zum Kreditabkommen in Höhe von 500 Mio. Reichsmark mit einer Laufzeit von 10 Jahren. Offene Fragen bezüglich der Regelung des Handels und der Zahlungen der UdSSR im Jahr 1936.	923
330. Aufzeichnung von Unterredungen des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 18. Dezember 1935	
Gespräche mit Vertretern verschiedener Ressorts zu den sowjetisch-deutschen Wirtschaftsverhandlungen. Bessonov meint, dass sie sich nicht so sehr für die Höhe des in Verhandlung befindlichen deutschen Kredites interessierten, als vielmehr für die Liste der sowjetischen Aufträge, insbesondere die militärischer Art. Die Deutschen zeigten ein großes Interesse hinsichtlich der Konditionen für den zweiseitigen Handel und für die Tilgung der sowjetischen Verbindlichkeiten im Jahr 1936.	926
331. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, [18. Dezember 1935]	
Zu den Besuchen des französischen und des britischen Botschafters bei Hitler, was als ein Abrücken beider Seiten vom Londoner Kommuniqué und vom Prinzip der Unteilbarkeit des Londoner Programms interpretiert wird; Deutschlands Argumente gegen den französisch-sowjetischen Vertrag.	928
332. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 19. Dezember 1935	
Skeptische Haltung des Volkskommissars zu den Mitteilungen der Bevollmächtigten Vertretung, wonach wahrnehmbare Fortschritte im Verhalten Hitlers ge-	

genüber der UdSSR aufgrund seines Gesprächs mit Schulenburg zu verzeichnen seien. Aus Hitlers Schweigen zu einer Entspannung der Beziehungen zur UdSSR schließt Litvinov, dass der frühere Kurs in Kraft bleibe. 932

333. Aufzeichnung der Unterredung des Gruppenleiters der Referate Wirtschaft im AA Ritter mit dem Rat der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 19. Dezember 1935

Bessonov bringt inoffiziell Ansprüche bezüglich der Verhandlungen mit deutschen Firmen vor, die unannehmbare Lieferfristen für fertige Erzeugnisse vorschlugen und sich bisweilen weigerten, die von der UdSSR benötigten Erzeugnisse zu liefern oder eine technologische Information zur Verfügung zu stellen. Ritter sieht in der Argumentation Bessonovs das Bestreben, sich ein Alibi zu verschaffen für den Fall, dass die vereinbarten Kreditverträge bis zum Schluss der Wirtschaftsverhandlung nicht ausgefüllt werden. 934

334. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der Gruppe Osteuropa und Skandinavien in der II. Abteilung im AA Roediger mit dem Rat der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 21. Dezember 1935

Bessonov informiert über den Stand der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen und über noch nicht abgestimmte Fragen bezüglich der Tilgungsform der sowjetischen Verbindlichkeiten. Bei der Erörterung politischer Fragen bestätigt Roediger, dass Hitler im Gespräch mit dem britischen Botschafter Phipps erklärt habe, dass er gegenüber der UdSSR keine aggressiven Absichten hege. Auf die Frage nach einer Ergänzung des Berliner Vertrages durch einen Nichtangriffspakt antwortet Roediger ausweichend und beruft sich auf die Notwendigkeit, zunächst die aktuellen wirtschaftlichen Probleme zu regeln. 936

335. Schreiben des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin und den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov, 23. Dezember 1935

Unannehmbare Haltung Schachts in den Verhandlungen zum Wirtschaftsabkommen für das Jahr 1936 bezüglich der Tilgungsform der sowjetischen Verbindlichkeiten; Gegenvorschläge von Rozengol'c im Interesse einer Übereinkunft mit Schacht. Anlage: Übersicht über die Grundlagen der Wirtschaftsabkommen mit Deutschland für 1935 und für 1936. 938

336. Telegramm des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 26. Dezember 1935

Zum Zwischenfall mit dem Vertreter des Deutschen Nachrichtenbüros (DNB) Schüle, der sich genötigt sah, den Forderungen der Zensur nachzugeben, um die Freigabe eines Telegrammes aus Moskau zu erhalten. 940

337. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Volkskommissar für Innere Angelegenheiten Jagoda, 27. Dezember 1935

Stellungnahme zu den vom NKVD vorgeschlagenen Änderungen einer Verordnung, die die Ausweisung von Ausländern aus der UdSSR regelt. 941

338. Aufzeichnung von Unterredungen des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 31. Dezember 1935

Gespräche Bessonovs mit Ritter, Roediger und Major Spalcke zu den Meinungsverschiedenheiten in den Wirtschaftsverhandlungen (Tilgungsformen der

sowjetischen Verbindlichkeiten im Jahr 1936, Nomenklatur der sowjetischen Aufträge für Objekte militärischer Art, Fristen für die Ausführung der Aufträge durch deutsche Firmen).	942
339. Aufzeichnung der Unterredung des verantwortlichen Referenten der 2. Westabteilung im NKID Levin mit dem Botschaftsrat in Moskau von Tippelskirch, 3. Januar 1936	
Besorgnis der Botschaft und des AA wegen der großen Anzahl von Verhaftungen deutscher Staatsbürger in der UdSSR im Jahr 1935. Levin erklärt, dass die Verantwortung für die Verschlechterung der sowjetisch-deutschen Beziehungen allein die deutsche Seite trage und es an ihr liege, Schritte zur Verbesserung zu unternehmen.	947
340. Aufzeichnung der Unterredung des Gehilfen des Leiters der Presseabteilung im NKID Mironov mit dem Pressebeirat der Botschaft in Moskau Baum, 5. Januar 1936	
Zur Problematik der Tätigkeit der Korrespondenten beider Länder.	949
341. Aufzeichnung des Mitarbeiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Dittmann, 6. Januar 1936	
Beratung verschiedener Ressorts am 4.1. im Reichswirtschaftsministerium bezüglich der künftigen Gestaltung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen. Erörterung des Verlaufs der zweiseitigen Kreditverhandlungen zum 500-Millionenkredit für die UdSSR, dessen wichtigste Aufgabe darin bestehe, die russischen Rohstofflieferungen sicherzustellen. Bei einem Ausbleiben der Lieferungen würde der Wirtschaft in Deutschland eine katastrophale Entwicklung drohen.	950
342. Bericht des Marinegehilfen des Militärattachés in Moskau von Baumbach an das AA und das Reichskriegsministerium, 8. Januar 1936	
Bewertung der Seekriegsflotte der UdSSR zum Jahreswechsel 1935/1936. Das rasche Anwachsen der U-Bootflotte erlaubt nach Auffassung Baumbachs die Annahme, dass die Ostseeflotte in Zukunft nicht nur defensive, sondern auch offensive Aufgaben bewältigen könne, und dass die sowjetischen Streitkräfte auf dem Wege sind, ein gefährlicherer Gegner zu werden.	955
343. Bericht des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 9. Januar 1936	
Zur Verfolgung der Kirche und zur antireligiösen Propaganda der sowjetischen Behörden; Schulenburg erörtert den Beweggrund für die „Rückkehr“ der Neujahrstanne in die sowjetischen Häuser Ende 1935.	957
344. Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 9. Januar 1936	
Erörterung einer Reihe von Fragen, darunter: über die Eindrücke Schulenburgs von dem Treffen mit Hitler, der „sehr vernünftig“ gewesen sei und nichts gegen Wirtschaftsbeziehungen mit der UdSSR einzuwenden hatte; Klagen des Botschafters wegen der sich häufenden Verhaftungen von deutschen Staatsbürgern und der Ausweisungen aus der UdSSR; zu einigen internationalen Problemen, die in Beziehung zu dem italienisch-abessinischen Krieg stehen.	959

- 345. Aktenvermerk des Generalbevollmächtigten der Firma Otto Wolff Siedersleben, 10. Januar 1936**
 Zum Gespräch des Chefs der Firma Otto Wolff und ihren Aktionären mit dem Leiter der Handelsvertretung Kandelaki und seinem Stellvertreter Fridrichson über die im Rahmen der Kreditverhandlungen in Aussicht gestellten sowjetischen Aufträge an große Firmen. 962
- 346. Auszug aus dem Vortrag des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov auf der II. Tagung des CIK der UdSSR, 10. Januar 1936**
 Zur Außenpolitik der UdSSR gegenüber Deutschland und zum Zustand der sowjetisch-deutschen Beziehungen. 963
- 347. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 11. Januar 1936**
 Zur Rede Molotovs auf der Tagung des CIK, die gegenüber Deutschland in einem etwas milderem Ton als die vom Januar 1935 ausgefallen sei (vgl. Dok. 19) und in deutschen Regierungskreisen nicht als besonders feindlich aufgenommen werde.. . . . 965
- 348. Telegramm des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 11. Januar 1936**
 Einschätzung des außenpolitischen Teils der Rede Molotovs, die nach Auffassung Schulenburgs schärfere – sowohl direkte als auch indirekte – Angriffe gegen Deutschland als im Jahr zuvor enthalte (vgl. Dok. 19). Zugleich erkläre Molotov die Bereitschaft der UdSSR zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Berlin, obgleich, wie der Botschafter bemerkt, die Frage offen bleibe, inwiefern es sich dabei um einen taktischen Schritt handele, um auf dritte Staaten einzuwirken. 966
- 349. Aufzeichnung von Unterredungen des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 11. Januar 1936**
 Information über die Besprechung im Reichswirtschaftsministerium am 4.1.1936 (vgl. Dok. 341) sowie über Unterredungen mit Mitarbeitern dieses Ministeriums und des AA bezüglich ungeklärter Fragen bei den Kreditverhandlungen. 968
- 350. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, 11. Januar 1936**
 Zur eventuellen Reaktion der deutschen Behörden wegen der bedrohlichen Zunahme von Verhaftungen deutscher Staatsbürger in der UdSSR. Suric unterbreitet konkrete Vorschläge, um die Anlässe für Repressalien gegen sowjetische Staatsbürger in Deutschland in nächster Zeit zu beseitigen oder zumindest zu verringern. 970
- 351. Bericht des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 13. Januar 1936**
 Schulenburg erhebt gegenüber Litvinov Protest wegen beleidigender Ausfälle gegen Staatsmänner Deutschlands in Veröffentlichungen der sowjetischen Presse und in Sendungen des Rundfunks. 972
- 352. Aufzeichnung der Unterredung des Gehilfen des Leiters der Presseabteilung im NKID Mironov mit dem Korrespondenten der „Münchener Neuesten Nachrichten“ in Moskau Mehnert, 13. Januar 1936**
 Schriftliche Mitteilung Mehnerts über die zeitweilige Einstellung seiner Korrespondententätigkeit in Moskau, die er mündlich damit begründet, dass es nicht

möglich sei, in der deutschen Presse irgendetwas Positives über die Sowjetunion zu schreiben. 973

353. Brief des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke an den Botschafter in Tokio von Dirksen, 14. Januar 1936
 Hencke legt seine Ansicht dar, worauf das Bestreben der UdSSR zu einer Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen zurückzuführen sei. Der Grund dafür sei neben der militärischen Erstarkung Deutschlands in einer gewissen Enttäuschung bezüglich Frankreichs und in dem Wunsch einer Annäherung an England zu sehen, da offenbar ein gemeinsames Interesse an einer politischen Abwehr der japanischen Expansion vorliege. In dem Brief werden auch bevorstehende Umstrukturierungen im AA behandelt. 974

354. Aufzeichnung von Unterredungen des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 16. Januar 1936
 Reaktionen des Direktors der Reichsbank Dreyse und Roedigers (AA) in der Unterredung mit Bessonov und Kandelaki auf die Ausführungen Molotovs (vgl. Dok. 346) zu einem neuen Kredit für die UdSSR. Die verfrühte Information könne nicht ohne Konsequenzen für den weiteren Verlauf der Verhandlungen bleiben. 977

355. Aufzeichnung von Unterredungen des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov mit dem Leiter der Gruppe Osteuropa und Skandinavien in der II. Abteilung im AA Roediger und dem Direktor der Reichsbank Dreyse, 16. Januar 1936
 Polemik rund um die Thesen von „Mein Kampf“: ob diese in der Außenpolitik Deutschlands weiterhin von Bestand seien. 980

356. Aufzeichnung der Unterredung des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov mit dem Staatssekretär im Reichsluftfahrtministerium Milch, 16. Januar 1936
 Zu den sowjetischen Aufträgen militärischer Art; dazu meint Milch, wenn Schacht und Neurath es aus wirtschaftlichen oder politischen Erwägungen für erforderlich erachten würden, bestimmte Ausrüstungen für die Luftfahrt an die UdSSR zu liefern, so werde es seitens des Reichsluftfahrtministeriums dazu keine Einwände geben. 982

357. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 17. Januar 1936
 Zu den Beweggründen des in den zentralen Zeitungen veröffentlichten Dekrets des Rates der Volkskommissare der UdSSR bezüglich der Beschränkung des sowjetischen Exports nach einigen Ländern: es ziele in erster Linie auf Deutschland ab, um Druck auf Schacht auszuüben, der in den Verhandlungen fordere, die Verbindlichkeiten der UdSSR mit Gold oder Devisen zu bezahlen. 984

358. Telegramm des Leiters der Gruppe Osteuropa und Skandinavien in der II. Abteilung im AA Roediger an die Botschaft in Moskau, 18. Januar 1936
 Information über die Reaktion Schachts auf die Rede Molotovs auf der Tagung des CIK (Dok. 346). Schacht sehe keine Möglichkeit, die Verhandlungen mit Kandelaki bezüglich eines neuen deutschen Kredites fortzusetzen. An die Bot-

schaft ergeht die Empfehlung, nach Möglichkeit jeglichen Kommentaren zur Verordnung des Rates der Volkskommissare der UdSSR über die Beschränkung des Exports nach einigen Länder auszuweichen. 985

359. Schreiben des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 19. Januar 1936

Zu den Haftfällen von deutschen Staatsbürgern in der UdSSR bemerkt Štern, dass deren positive Entscheidung nicht vom guten Willen des NKID abhängt und es erforderlich sei, sämtliche diesbezüglichen Verhandlungen in Moskau zu führen. 986

360. Bericht des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov und den Volkskommissar für Außenhandel Rozengol'c, 20. Januar 1936

Zur negativen Reaktion in deutschen Kreisen auf den Teil der Rede Molotovs auf der Tagung des CIK (Dok. 346), in dem es um einen neuen deutschen Kredit geht, und ihre Argumente dazu. 989

361. Aktennotiz des Gruppenleiters der Referate Wirtschaft im AA Ritter, 20. Januar 1936

Ablehnende Wertung eines 10-jährigen deutschen Finanzkredites, den Schacht dem Leiter der Handelsvertretung Kandelaki in Aussicht gestellt hat. Nach Auffassung Ritters sei es erforderlich, die Situation nicht zuzuspitzen und eine Möglichkeit zu finden, von der Umsetzung dieses Vorhabens Abstand zu nehmen. 992

362. Bericht des Gesandtschaftsrats II. Kl. in Moskau Hensel an das AA, 20. Januar 1936

Bericht über den Besuch bei dem verurteilten Ingenieur Fuchs, der seine Haftstrafe in Jaroslawl' verbüßt. 993

363. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Legationsrat in Moskau Hilger, 21. Januar 1936

Zur Situation von Bischof Malmgren in der UdSSR und zur eindringlichen Bitte der Botschaft, seine Ausreise nach Deutschland zu genehmigen. Zu den Schwierigkeiten bezüglich der Registrierung von deutschen Firmen in der UdSSR. 997

364. Aufzeichnung der Geschäftsführung des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, 24. Januar 1936

Information über das Verbot Hitlers, an die UdSSR Kriegsgerät zu liefern. Nach Auffassung des Reichskriegsministeriums seien unter Kriegsgerät nur die Erzeugnisse militärischer Art zu verstehen, wie dies im Gesetz vom 6.11.1935 festgelegt worden ist. Die derzeit bestehenden Verhandlungen über Rüstungsmaschinen sollen deshalb nicht unterbrochen werden. 998

365. Aufzeichnung des Geschäftsführers des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft Tschunke, 27. Januar 1936

Protokoll der am 24.1. stattgefundenen Unterredung mit Vertretern der Handelsvertretung zu offenen Fragen des Wirtschaftsabkommens für 1936. Laut Tschunke bestehe das Haupthindernis für das Abkommen hinsichtlich des 500-

Millionenkredites in den Bestellwünschen der Sowjets, da sie hauptsächlich aus militärischer Ausrüstung bestünden. 999

366. Aufzeichnung von Unterredungen des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov mit dem Ministerialrat im Reichswirtschaftsministerium Mossdorf, 27. Januar 1936

Zu dem Angebot Kandelakis an Schacht, eine teilweise Tilgung der sowjetischen Verbindlichkeiten in Gold vorzunehmen. Zu den verbleibenden Meinungsverschiedenheiten gehören: die gesamten Verbindlichkeiten in Gold zu bezahlen; der Umfang und die Nomenklatur des Exports der UdSSR nach Deutschland; die sowjetische Bestellliste, von deren Erfüllung das Schicksal des gesamten Abkommens abhängt. 1001

367. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 27. Januar 1936

Reaktionen in deutschen Kreisen auf die Reden Molotovs und Tuchačevskijs auf der Tagung des CIK. Nach Auffassung von Suric hat Molotov den doppelzüngigen Charakter der Politik Deutschlands aufgedeckt (einerseits eine starre Haltung und die Verweigerung eines jeglichen Kompromisses, andererseits der Vorschlag, einen großen Kredit zu gewähren). Damit sei Berlin in eine schwierige Lage versetzt worden. 1004

368. Aufzeichnung der Unterredung des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov mit dem Leiter des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke, 27. Januar 1936

Bessonov informiert Hencke darüber, dass künftig sämtliche Haftsachen deutscher Staatsbürger in Moskau zwischen der Botschaft und dem NKID behandelt werden müssen. 1010

369. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 27. Januar 1936

Die Wirtschaftsverhandlungen sollten ungeachtet der Reaktionen in deutschen Kreisen auf die Rede Molotovs wieder aufgenommen werden. Zugleich wachse in einigen Kreisen merklich das Interesse an den Haftsachen von deutschen Staatsbürgern in der UdSSR. Wegen möglicher deutscher Gegenaktionen empfiehlt Suric, eine Reihe von Haftfällen zwecks Verbesserung der Atmosphäre in den bilateralen Beziehungen zu überprüfen. 1011

370. Aufzeichnung der Unterredung des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov anlässlich des Frühstücks bei dem Leiter der Presseabteilung im AA Aschmann, 27. Januar 1936

Zum Fall des Journalisten Görbing, dessen Visum für die UdSSR nicht verlängert werden soll. Die Gegenreaktion der deutschen Seite: die Verlängerung des Visums für den Korrespondenten der „Pravda“ Gofman abzulehnen. 1014

371. Brief des Gesandtschaftsrats II. Kl. in Moskau Hensel an den Leiter des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke, 27. Januar 1936

Die Haltung der Botschaft im Zusammenhang mit dem Verstoß gegen das Niederlassungsabkommen durch sowjetische Behörden bei der Information über einen Wechsel des Aufenthaltsortes des verurteilten deutschen Staatsbürgers Fuchs. Das NKID bittet nachdrücklich darum, eine Abschwächung der in die-

sem Zusammenhang gebrauchten Formulierungen in der Verbalnote der Botschaft zu erwirken.	1015
372. Aufzeichnung des Mitarbeiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Dittmann, 28. Januar 1936	
Über das Frühstück, das der Leiter der Handelsvertretung Kandelaki am 24.1. 1936 für die Leitung des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft gegeben hat. Laut Information von Tschunke sei beabsichtigt gewesen, die ins Stocken geratenen deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen zu beleben. Jedoch sei es, wie Dittmann bemerkt, bis jetzt nicht gelungen, Schacht umzustimmen und Kandelaki zu empfangen, der nun bereit sei, der Forderung des Reichsministers bezüglich des Modus zur Tilgung der sowjetischen Verbindlichkeiten entgegenzukommen.	1018
373. Schreiben des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke an den Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 29. Januar 1936	
Laufende Angelegenheiten, darunter: der Fall Görbing, dessen Lösung vor allem dadurch erschwert werde, dass die Gestapo belastendes Material gegen den Korrespondenten der „Pravda“ Gofman verfüge und daran interessiert sei, dass er Deutschland verlasse; außerdem innere Angelegenheiten des AA.	1019
374. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 29. Januar 1936	
Zur Vorgeschichte bezüglich der Verweigerung des Einreisevisums für den deutschen Journalisten Görbing und dessen Ehefrau in die UdSSR, aus der ein neuer, allerdings begrenzter Journalistenkonflikt entstehen könnte. Krestinskij nennt Varianten zur Problemlösung und bittet um Weisungen.	1021
375. Aufzeichnung des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke, 31. Januar 1936	
Mitteilung Mossdorfs über das Treffen Schachts mit Kandelaki und Fridrichson am 30.1.1936, in dessen Verlauf dem Reichsminister ein neuer Entwurf eines Abkommens zur Regelung des Warenverkehrs im Jahr 1936 übergeben wurde. Schacht bezeichnet den Entwurf als eine geeignete Grundlage für weitere Verhandlungen. Hingegen lehnt er die Erörterung eines Finanzkredites ab.	1023
376. Bericht der Botschaft Moskau an das AA, 3. Februar 1936	
Ausarbeitung der Botschaft zum Fragebogen des Reichsministeriums für Propaganda „Die Sowjetpropaganda und die antideutsche These, dass Deutschland angeblich zum Kriege treibe“. Darin werden Motive, Formen und Methoden der Propagierung dieser These und deren Wirkung auf die sowjetische Bevölkerung untersucht. Nach Auffassung der Verfasser dieser Ausarbeitung stellt die UdSSR einen der Hauptherde dieser Art von Propaganda auch bei deren internationaler Verbreitung dar.	1024
377. Bericht des Militärattachés in Moskau Köstring an das AA, 3. Februar 1936	
Zum Besuch einer Gruppe sowjetischer Korps-, Divisions- und Brigadecommandeure bei Köstring am 2.2.1936 zwecks Vorführung des Films, den er während seiner Reise durch einige Länder des Ostens gedreht hatte.	1029

378. Bericht des verantwortlichen Referenten der 2. Westabteilung im NKID Levin, 3. Februar 1936	
Zum Besuch von Hensel bei dem verurteilten Fuchs in Jaroslavl' am 16.1.1936 (vgl. auch Dok. 362).	1030
379. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 4. Februar 1936	
Krestinskij antwortet auf das Schreiben von Suric vom 27.1.1936 (vgl. Dok. 370). Darin geht er auf von der Leitung des NKID getroffene Maßnahmen ein, um eine Reihe von Konfliktfällen zu lösen. Dies betrifft vor allem Verhaftungen von deutschen Staatsbürgern sowie das Einreiseverbot im Fall Görbing und die Verweigerung der Ausreise von Pastor Malmgren aus der UdSSR.	1032
380. Schreiben des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke an den Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 5. Februar 1936	
Zur Wiederaufnahme der Verhandlungen Schachts mit Kandelaki, bei denen Fragen des Warenverkehrs für 1936 erörtert wurden. Eine Verständigung erscheine noch möglich. Die Frage bezüglich einer deutschen Anleihe stellt sich für Hencke als bedeutend komplizierter dar, weil einige Lieferwünsche militärischer Art der sowjetischen Seite nicht erfüllt werden könnten.	1035
381. Bericht des Beauftragten des Volkskommissariats für Verteidigung beim Volkskommissariat für Außenhandel Gittis an den Stellv. Volkskommissar für Verteidigung Tuchačevskij, 11. Februar 1936	
Zur Weigerung einiger deutscher Firmen, der UdSSR Objekte militärischer Art zu verkaufen. Gittis vertritt die Auffassung, dass dies auf Weisung des Reichsluftfahrtministeriums erfolge.	1037
382. Aufzeichnung von Unterredungen des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 13. Februar 1936	
Erörterung der Wirtschaftsbeziehungen mit Vertretern des AA und der Industrie, darunter: Verhandlungen zum Warenverkehr für das Jahr 1936; zu einem neuen deutschen Kredit, der gewährt werden könne, wenn die sowjetische Seite auf einige militärische Aufträge verzichte; zum gesteigerten Interesse der britischen Botschaft in Berlin an den sowjetisch-deutschen Verhandlungen; zur Möglichkeit, die UdSSR als Reaktion auf das Dekret des Rates der Volkskommissare vom 16.1.1936 aus der Liste der Länder auszuschließen, die die Meistbegünstigung genießen.	1038
383. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, [13. Februar 1936]	
Umschau der internationalen Situation in Europa. Suric meint, dass die deutsche Diplomatie in letzter Zeit vorrangig gegen den sowjetisch-französischen Vertrag vorgehe. Hinsichtlich einer möglichen Reaktion Deutschlands auf die bevorstehende Ratifizierung dieses Vertrages kommt er zu der Schlussfolgerung, dass Hitler eine baldige Remilitarisierung des Rheinlandes nicht in Betracht ziehe, da dies „die deutsche Aggressionswelle nach Westen“ umlenken würde.	1041
384. Bericht des Chefs der Luftstreitkräfte der RKKa Alksnis an den Volkskommissar für Verteidigung Vorošilov, 13. Februar 1936	
Zur Möglichkeit, vier Militärpiloten nach Deutschland abzukommandieren, um Lehrgänge für die Blindflugnavigation zu absolvieren.	1047

- 385. Schreiben des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin an den Generalsekretär des NKID Geršel'man, 13. Februar 1936**
 Zu dem von der nationalsozialistischen Organisation „Kraft durch Freude“ nach Hamburg einberufenen Internationalen Kongress zum Thema „Die Organisation der Arbeitererholung“ und zur Initiative Gnedins, die Einberufung des Kongresses zu behindern. 1048
- 386. Aufzeichnung des Gesprächs des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin mit dem Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Hirnforschung Vogt, 16. Februar 1936**
 Die Stellung Vogts im Institut ist mit dem Misstrauen seitens der Behörden ihm gegenüber verbunden, was die Thematik seiner Auftritte vor einem wissenschaftlichen Auditorium einschränke. Er könne nicht damit rechnen, einen Auslandspass zu erhalten, was bedeute, dass er nicht aus Deutschland ausreisen und seine äußerst umfangreichen Sammlungen mitnehmen könne. 1050
- 387. Bericht des Chefs der Aufklärungsverwaltung der RKKA Urickij an den Volkskommissar für Verteidigung Vorošilov, 17. Februar 1936**
 Funktelegramm des Residenten der sowjetischen militärischen Aufklärung in Japan Sorge zum Verlauf der japanisch-deutschen Verhandlungen über ein gegen die UdSSR gerichtetes Militärabkommen. 1052
- 388. Sondermeldung des Gehilfen des Chefs der Sonderabteilung der GUGB des NKVD Volynskij, [nicht früher als 18. Februar 1936]**
 Information über eine Beratung aller Konsuln mit leitenden Mitarbeitern in der Deutschen Botschaft am 18.2.1936. Zur Einführung einer neuen Regelung für den Eingang und die Bearbeitung der absolut geheimen Post in der Botschaft. Allen Mitarbeitern deutscher Staatsangehörigkeit sei der Treueeid auf Hitler abgenommen worden. 1054
- 389. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 19. Februar 1936**
 Zur Wirkung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen auf den allgemeinen Zustand der sowjetisch-deutschen Beziehungen und zum Interesse an den Verhandlungen zum 500-Millionenkredit, über die, wie Krestinskij meint, das Volkskommissariat für Außenhandel das NKID nur spärlich informiere. 1055
- 390. Schreiben des Geschäftsführers der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Magalif an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 19. Februar 1936**
 Magalif berichtet über das Verhalten des in der hauswirtschaftlichen Abteilung der Bevollmächtigten Vertretung beschäftigten deutschen Mitarbeiters Schmidt, dessen Verhalten den Verdacht erhärte, dass sämtliche deutsche Mitarbeiter der Bevollmächtigten Vertretung mit der Polizei in Verbindung stünden. 1056
- 391. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 20. Februar 1936**
 Erörterung laufender Angelegenheiten, darunter: zum Schicksal des in Char'kov zum Tode verurteilten deutschen Staatsbürgers Runge; zu Reaktionen der sowjetischen Presse auf das aktuelle Interview Hitlers; über Schwierigkeiten, Einreisevisa für die UdSSR zu erhalten. 1058

392. Aufzeichnung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin, 22. Februar 1936
 Ansichten französischer, deutscher und britischer Gesprächspartner zur Ratifizierung des französisch-sowjetischen Paktes. Die Spitze der deutschen Propaganda würde sich gegenwärtig gegen Frankreich richten, welches die Verantwortung für die Folgen dieses Vertrages trage (Aschmann). Gnedins westliche Gesprächspartner meinen, dass sich Deutschland zurzeit nicht dazu entschließen werde, auf die Ratifizierung mit einer Militarisierung des Rheinlandes oder der Abkehr von Locarno zu antworten. 1059

393. Schreiben des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin an den Gehilfen des Leiters der Presseabteilung im NKID Mironov, 22. Februar 1936
 Den Teilnehmern der Winterolympiade ist der antisowjetische Film „Friesennot“ vorgeführt worden; Stellungnahme von offizieller Seite zu dem von Militärattaché Orlov im Herbst 1935 erhobenen Protest. Außerdem Äußerung Gnedins zu den Moskauer Radiosendungen. 1063

394. Stichpunkte des Vortrages des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg für die Konsul-Besprechung, [24. Februar 1936]
 Auswirkung des italienisch-abessinischen Krieges auf die internationale Lage in Europa und zur Politik einzelner Staaten. Besondere Beachtung erfahren die Beziehungen zwischen der UdSSR und England, welches bestrebt sei, diese als Druckmittel gegen Deutschland einzusetzen. 1064

395. Bericht des Militärattachés in Moskau Köstring an das AA, 24. Februar 1936
 Zu den begrenzten Möglichkeiten für den Militärattaché und seinen Apparat, Informationen über die Rote Armee und die Rüstungsindustrie der UdSSR zu beschaffen. Die Lage werde nicht nur durch eine strenge Reglementierung der auf militärischem Gebiet bestehenden Kontakte verschärft, sondern auch durch die über offizielle Kanäle verbreiteten Desinformationen über das kriegswirtschaftliche Potenzial der UdSSR und über den Zustand der RKKA. 1066

396. Schreiben des Geschäftsführers des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft Tschunke an den Leiter des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke, 26. Februar 1936
 In der Handelsvertretung der UdSSR herrsche ein vorsichtiger Optimismus, wonach das Abkommen mit den Deutschen in den nächsten Tagen zustande kommen könnte, obgleich viele Formulierungen hinsichtlich verschiedener Bestimmungen noch nicht abgestimmt seien. Die sowjetischen Vertreter meinen, dass es ein Fehler gewesen sei, getrennte Verhandlungen über den Waren- und Zahlungsverkehr im Jahr 1936 und über die Konditionen des neuen Kreditabkommens zu führen. 1068

397. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 28. Februar 1936
 Bei der Zustandsanalyse der sowjetisch-deutschen Beziehungen, für die eine gewisse Zurückhaltung der deutschen Seite kennzeichnend sei, gelangt Suric zu der Schlussfolgerung, dass Berlin die sowjetische Karte offenbar nicht aus der Hand geben, sondern sie in Reserve halten wolle. 1070

398. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, 28. Februar 1936	
Suric behandelt aktuelle internationale Probleme: den französisch-sowjetischen Pakt; die Donau-Probleme; die italienisch-deutschen Beziehungen; die polnisch-deutschen Beziehungen, die deutsch-litauischen Beziehungen; die Kolonialfrage; die Vorgänge in Japan. Er vertritt die Auffassung, dass die deutsche Regierung insgesamt eine abwartende Haltung einnehme und nicht den Gedanken aufgegeben habe, als Antwort auf die Inkraftsetzung des französisch-sowjetischen Paktes die Remilitarisierung des Rheinlandes durchzuführen und das Locarno-Abkommen aufzukündigen.	1072
399. Schreiben des Beauftragten des NKID beim Rat der Volkskommissare der Ukrainischen SSR Petrovskij an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 29. Februar 1936	
Bericht über den Aufenthalt von Botschafter Schulenburg in Kiev und die Gespräche mit ihm. Schulenburg habe Deutschland die alleinige Schuld für die Verschlechterung der deutsch-sowjetischen Beziehungen zugewiesen und die verderbliche Rolle von Goebbels und seinem Ministerium betont. Dennoch sehe Schulenburg im offiziellen Berlin Anzeichen für einen Stimmungsumschwung gegenüber der UdSSR.	1076
400. Bericht des Volkskommissars für Innere Angelegenheiten Jagoda an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 2. März 1936	
Zur Verhaftung von Teilnehmern einer von einem Agenten des deutschen Nachrichtendienstes und Vertreter von deutschen Maschinenbauunternehmen in der UdSSR gegründeten terroristischen Gruppe. Der Volkskommissar unterbreitet Vorschläge zur Höhe des Strafmaßes für die Teilnehmer der Gruppe.	1079
401. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 3. März 1936	
Zum Beschluss des ZK vom 28.2.1936 „Über Maßnahmen zum Schutz der UdSSR vor dem Eindringen von Spionen, Terroristen und Diversanten“, demzufolge es den Bevollmächtigten Vertretungen untersagt ist, Visa ohne Genehmigung Moskaus zu erteilen. Litvinov schlägt vor, eine Erklärung zum Beschluss des ZK vom 28.2. dahingehend abzugeben, dass die mit Beschluss von SNK und ZK vom 15.9.1935 zugelassenen Ausnahmen bei der Visaerteilung durch die Bevollmächtigten Vertretungen nicht außer Kraft gesetzt werden.	1082
402. Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin mit Graf zu Reventlow, 3. März 1936	
Meinungsaustausch zum Zustand der sowjetisch-deutschen Beziehungen und zu den Perspektiven ihrer Verbesserung, die Reventlow pessimistisch einschätzt. . .	1084
403. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 4. März 1936	
Zum Problem der Ausreise für Bischof Malmgren und den Lösungsvarianten, einschließlich einer eventuellen „Austauschoperation“ mit den deutschen Behörden.	1086
404. Chiffretelegramm des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den Leiter der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki, 5. März 1936	
Weisung des Volkskommissars bezüglich der Abstimmung der verbliebenen Streitpunkte für das Abkommen mit Deutschland über den Warenverkehr und den Zahlungsverkehr für das Jahr 1936.	1087

- 405. Auszug aus der Rede des Reichskanzlers Hitler vor dem Reichstag, 7. März 1936**
Hitler begründet die Abkehr Deutschlands vom Locarno-Vertrag mit dessen Verletzung durch Frankreich, da es das Militärabkommen mit der UdSSR abgeschlossen habe. Er verkündet die Errichtung der vollen Souveränität über das entmilitarisierte Rheinland. 1088
- 406. Schreiben des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin und den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov, [9. März 1936]**
Rozengol'c kann angesichts der gegebenen internationalen Situation die Entscheidung nicht selbständig treffen, eine Reise Kandelakis nach Moskau, um die er bat, zu genehmigen. 1095
- 407. Rundschreiben des Referatsleiters im Geheimen Staatspolizeiamt Müller, 11. März 1936**
Anweisung zur Handhabung der Gesetzesbestimmung vom 22.7.1913 über den Status von deutschen Reichsangehörigen, die eine ausländische Staatsangehörigkeit erworben haben, insbesondere in Bezug auf deutsche Kommunisten, die die Staatsangehörigkeit der UdSSR angenommen haben. Dabei unterliegen diejenigen Kommunisten einer besonderen Beobachtung, die ihren Wohnsitz in Deutschland beibehalten und damit zugleich die deutsche Staatsangehörigkeit bewahren, um diese als Deckmantel für eine feindliche Tätigkeit zu nutzen. . . . 1096
- 408. Schreiben des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke an den deutschen Geschäftsträger in Moskau von Tippelskirch, 11. März 1936**
Laufende Angelegenheiten, darunter: zur Situation bei den Wirtschaftsverhandlungen, in denen Schacht in der Frage der Bezahlung der Ausgaben für die sowjetische Handelsvertretung und der Steuern aus den Exporterlösen eine entschieden ablehnende Position beziehe; zur Reaktion in der sowjetischen Presse auf die Erklärung Hitlers vor dem Reichstag (vgl. Dok. 405) und zur möglichen Haltung Litvinovs in Genf. 1098
- 409. Bericht des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin, 13. März 1936**
Zur Vorführung von neuen sowjetischen Filmen am 5.3.1936 in der Bevollmächtigten Vertretung, die für Vertreter der Presse und der wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz organisiert worden ist. Das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda habe den Eingeladenen den Besuch dieser Filmvorführung untersagt. 1100
- 410. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 13. März 1936**
Überlegungen zu innen- und außenpolitischen Motiven Hitlers, die ihn zur Remilitarisierung des Rheinlandes bewegen haben, und den möglichen Auswirkungen dieses Schrittes auf die sowjetisch-deutschen Beziehungen. Suric meint, dass Deutschland trotz aller antisowjetischen Erklärungen wegen des Interesses am sowjetischen Markt genötigt sein werde, bis zu einem Kriegsbeginn mit der UdSSR Wirtschaftsbeziehungen zu unterhalten. 1102

- 411. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 13. März 1936**
Angesichts der gespannten sowjetisch-deutschen Beziehungen sowie des Verdachts, dass einige Deutsche in Verbindung mit der Polizei stehen, sei es dringend erforderlich, das in der Bevollmächtigten Vertretung angestellte deutsche Personal durch aus der UdSSR entsandte Angestellte auszutauschen. 1106
- 412. Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin mit den Redakteuren der Zeitschrift „Der Deutsche Volkswirt“ Baumgarten und Reuter, 13. März 1936**
In „deutschen Kreisen“ gebe es Bestrebungen, die Beziehungen mit der UdSSR zu regeln. Da diese Kreise den sowjetischen Markt nicht verlieren wollen, würden sie versuchen, Anreize für ein umfangreiches Kreditgeschäft zu schaffen, was offenkundig nicht mit dem in der Rede Hitlers vor dem Reichstag deklarierten Kurs konform gehe. 1107
- 413. Schreiben des Mitgliedes des Redaktionskollegiums der Zeitung „Izvestija“ Radek an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 14. März 1936**
Radek bittet um Mitteilung, ob seine in den „Izvestija“ vorgenommene Wertung des Einmarsches deutscher Truppen in das entmilitarisierte Rheinland und der Reaktion Frankreichs darauf auf Zustimmung stoße, da die Haltung der Zeitung und die Tonlage der Artikel nicht mit der offiziellen sowjetischen diplomatischen Reaktion identisch sein müssten. 1109
- 414. Schreiben des Mitgliedes des Redaktionskollegiums der Zeitung „Izvestija“ Radek an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 15. März 1936**
Pieck habe sich an Radek mit der Bitte gewandt, für die „Pravda“ anlässlich der bevorstehenden Wahlen in Deutschland am 29.3.1936 eine Reihe von Artikeln zu schreiben. 1112
- 415. Schreiben des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Tippelskirch an den Leiter des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke, 16. März 1936**
Tippelskirch führt aus, dass es im Zusammenhang mit den Ereignissen vom 7.3.1936 offensichtlich wäre, dass die Aktivitäten der Sowjets in Paris und London darauf gerichtet seien, die Gegensätze zwischen den Westmächten und Deutschland zu verschärfen und es international zu isolieren. Nach Auffassung amerikanischer Diplomaten in Moskau sei eine Beteiligung der UdSSR an Sanktionen gegen Deutschland eingedenk des Artikels 3 des Berliner Vertrages von 1926 kaum möglich. 1113
- 416. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Chefredakteur der Zeitung „Le Temps“ Chastenet, 16. März 1936**
Zur Außenpolitik der UdSSR vor dem Hintergrund der neuen internationalen Situation infolge der Remilitarisierung des Rheinlandes durch Deutschland. Die UdSSR ergreife, wie Krestinskij erklärt, keinerlei Initiative, sei jedoch bereit, Forderungen Frankreichs zu unterstützen. Erörtert werden auch die Außenpolitik Polens sowie die sowjetisch-polnischen Beziehungen. 1115

- 417. Auszug aus der Rede des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov auf der Tagung des Völkerbundsrates in London, 17. März 1936**
Zur Außenpolitik Deutschlands im Kontext der Besetzung des entmilitarisierten Rheinlandes. Litvinov bezeichnet dies als grobe Verletzung des Locarno-Abkommens, welches, wie die deutsche Seite meint, von den anderen Signatarmächten nicht richtig interpretiert werde. 1118
- 418. Schreiben des Referatsleiters im Geheimen Staatspolizeiamt Müller an den Reichsinnenminister Frick, 17. März 1936**
Über die aufgrund des Polizeiverwaltungsgesetzes ergriffenen Maßnahmen gegen eine von „Intourist“ in Deutschland organisierte Kampagne, die in Parteikreisen und in der Gesellschaft Empörung hervorrufe. 1125
- 419. Schreiben des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov an den Leiter der 2. Westabteilung im NKID Štern, 17. März 1936**
Ausführliche Schilderung der „Tage der Kultur“ in der Bevollmächtigten Vertretung und der Reaktion der Anwesenden und der offiziellen Kreise darauf. . . 1126
- 420. Schreiben des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke an den deutschen Geschäftsträger in Moskau von Tippelskirch, 18. März 1936**
Zum Versuch Bessonovs und Gnedins, auf dem Empfang in der Bevollmächtigten Vertretung politische Gespräche zu führen und Hencke davon zu überzeugen, dass sich die UdSSR nicht an der antideutschen Propaganda in anderen Ländern beteilige und die sowjetische Führung den Wunsch habe, Deutschland erneut unter den Mitgliedern des Völkerbundes zu sehen. 1130
- 421. Schreiben des Leiters der Pressabteilung im AA Aschmann an die Botschaft in Moskau, 18. März 1936**
Die Meldung des Moskauer Korrespondenten des DNB über einen Artikel in den „Izvestija“ habe den Sinn einer der Aussagen bezüglich einer möglichen Reaktion anderer Staaten auf die jüngsten außenpolitischen Aktionen Deutschlands erheblich entstellt. Aschmann mahnt an, in den Meldungen des DNB bei der Wiedergabe des Inhalts von Artikeln der sowjetischen Presse künftig Sinnentstellungen dieser Art zu vermeiden. 1132
- 422. Schreiben des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin und den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov, 19. März 1936**
Zur Weisung deutscher Behörden an die Garkrebo, der Staatsbank der UdSSR keine Kredite zu gewähren, was zur Folge hat, dass bis zur Unterzeichnung des Abkommens über den Warenumlauf im Jahr 1936 die Wechsel in Valuta zu bezahlen sind. 1133
- 423. Beschluss des Politbüros des ZK der VKP (B), 20. März 1936**
Die Verhandlungen zum Handelsabkommen mit Deutschland sind einzufrieren, die Vergabe von Aufträgen im Rahmen des 200-Millionenkredites und die Verhandlungen zum 500-Millionenkredit sind einzustellen. 1134
- 424. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 22. März 1936**
Litvinov erbittet (aus London) Weisungen bezüglich der Idee, einen sowjetisch-deutschen Nichtangriffspakt abzuschließen, den er durch die Vermittlung der

Franzosen und Engländer Berlin zur Kenntnis zu bringen gedenkt. Krestinskij schlägt vor, Litvinov zum Abschluss eines solchen Nichtangriffspaktes zu ermächtigen. 1135

425. Telegramm des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, 22. März 1936

Weisung an Litvinov, Konsultationen in London zu führen, in deren Verlauf der Kampf um die Wiederherstellung des Ostpaktes zu verstärken ist, d.h. um den Beitritt Deutschlands zum sowjetisch-französischen Beistandspakt. Eine Kompromissvariante könnte in einem Nichtangriffspakt zwischen der UdSSR und Deutschland bestehen, allerdings müsse der Vorschlag dazu von London, Paris oder Berlin ausgehen. 1136

426. Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Tippelskirch an das AA, 23. März 1936

Die Haltung der sowjetischen Presse und des Volkskommissars Litvinovs zur Besetzung des entmilitarisierten Rheinlandes durch die Wehrmacht und zur Reaktion der Signatarmächte des Locarnoabkommens auf dieses Ereignis. 1137

427. Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Tippelskirch an das AA, 23. März 1936

Zu den beleidigenden Auslassungen der zentralen Sowjetpresse gegen Hitler, insbesondere in dem Leitartikel im „Journal de Moscou“ vom 10.3.1936, und zu dem in diesem Zusammenhang im NKID vorgetragenen Protest. 1140

428. Schreiben des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke an den deutschen Geschäftsträger in Moskau von Tippelskirch, 25. März 1936

Zur Wahrnehmung der Hitler-Rede vom 7.3.1936 im AA hinsichtlich des Grades der Beziehungen mit der UdSSR; Information über die Einstellung der Verhandlungen zu einem deutschen Großkredit als Folgereaktion auf die außenpolitischen Schritte Deutschlands; zur Weisung von Goebbels, in der Wahlkampagne aus taktischen Gründen die antibolschewistische Thematik zurückdrängen. 1141

429. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov, 25. März 1936

Zum Gutachten des NKID bezüglich des Abkommens mit der deutsch-sowjetischen Gesellschaft Deruluft, wonach eine Verlängerung auf das Jahr 1937 zweckmäßig wäre. 1143

430. Schreiben des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an den Rat der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 26. März 1936

Überlegungen zur weiteren Entwicklung der Außenpolitik Deutschlands, die sich auf eine Expansion in südöstlicher Richtung orientieren werde, in erster Linie gegen Österreich. Falls die Deutschen den Anschluss vollziehen sollten, so sei nicht ausgeschlossen, dass dies für sie ohne Konsequenzen ausgehen könnte. In diesem Fall würde sich die Tschechoslowakei in einer völligen Isolation befinden. Wenn Deutschland seine Einflussphäre auf Mitteleuropa und den Balkan ausweite, würde es einen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Brückenkopf erhalten. 1145

431. Schreiben des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an den Rat der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 26. März 1936	
Zum zwiespältigen Eindruck, den die „Kulturaktion“ in der Bevollmächtigten Vertretung (vgl. Dok. 419) hinterlassen hat; sie zeuge von dem Unwillen Deutschlands, auf keine wie auch immer geartete Wiederaufnahme der Kulturbeziehungen mit der UdSSR einzugehen.	1148
432. Schreiben des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke an das Reichswirtschaftsministerium, 26. März 1936	
Zum Telefonat Henckes mit Hauptsturmführer Müller (Gestapo) über „Intourist“, an dessen Tätigkeit in Deutschland nach Auffassung des AA ein konkretes Interesse bestehe. Dies stelle keinen Hinderungsgrund dar, eine von „Intourist“ betriebene unerwünschte Propaganda zu unterbinden.	1149
433. Bericht des Mitarbeiters der Kommission für Parteikontrolle beim ZK der VKP (B) Kotljarenko an den Stellvertretenden Vorsitzenden der KPK beim ZK der VKP (B) Škirjatov und den Stellvertretenden Vorsitzenden der Kommission für Sowjetkontrolle beim Rat der Volkskommissare Belen'kij, 27. März 1936	
Zu dem gestiegenen Interesse der deutschen Polizei an sowjetischen Staatsbürgern, die sich in Deutschland auf Dienstreise oder auf der Durchreise befinden.	1150
434. Aufzeichnung des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke, 27. März 1936	
Information Henckes über die in Moskau vom 18. bis 21.2.1936 stattgefundene Besprechung von Botschafter Schulenburg mit den deutschen Konsuln in der UdSSR, an der auch die Mitarbeiter der Botschaft und Referenten des AA teilgenommen haben.	1152
435. Bericht des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, [30. März 1936]	
Krestinskij unterbreitet den Vorschlag, aus Rücksicht auf eventuelle Gegenreaktionen in Deutschland die Todesstrafe für den in Char'kov verurteilten Runge wegen Diversion durch einen Freiheitsentzug von zehn Jahren zu ersetzen. . . .	1153
436. Schreiben des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Tippelskirch an den Leiter des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke, 30. März 1936	
Weisung Goebbels zur Wahlpropaganda; fehlende Klarheit bezüglich der Meldung der Nachrichtenagentur Havas, wonach die deutsch-sowjetischen Verhandlungen eingestellt worden seien (vgl. Dok. 428); zu den Aktivitäten des sowjetischen Bevollmächtigten Vertreters in Italien Štejn; Lamlas Reise nach Vladivostok und dessen erste Eindrücke.	1154
437. Auszug aus der Ausarbeitung der 3. Abteilung des Generalstabes des Heeres, [1. April 1936]	
Im Zentrum der Ausarbeitung „Die kriegswirtschaftlichen Grundlagen der Sowjetunion“ steht die Beschreibung der Lebensmittel- und Rohstoffbasis sowie die Verkehrssituation, vornehmlich beim Eisenbahntransport.	1157

- 438. Schreiben des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin an den Gehilfen des Leiters der Presseabteilung im NKID Mironov, 1. April 1936**
 Zur Warnung der Presseabteilung des AA an den TASS-Korrespondenten Sitkovskij wegen der von TASS gemeldeten Information über die Wahlen zum Reichstag am 29.3.1936. Es sei erforderlich, auf diese Vorgehensweise des AA zu reagieren. 1160
- 439. Telegramm des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an das NKID, 5. April 1936**
 Schulenburgs Eindrücke von den Treffen mit Neurath, Schacht und Blomberg, deren Haltung gegenüber der UdSSR nach Meinung des Botschafters unverändert geblieben sei. Alle Gesprächspartner Schulenburgs in Deutschland hätten ihm angesichts der Euphorie wegen des Wahlerfolges davon abgeraten, irgendwelche Schritte zur Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen zu unternehmen. . . . 1162
- 440. Schreiben des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke an den Botschaftsrat in Moskau von Tippelskirch, 8. April 1936**
 Hencke antwortet auf die von Tippelskirch in seinem Schreiben vom 6.4.1936 angesprochenen Fragen zu den bilateralen Beziehungen (die sowjetische Rundfunkpropaganda gegen Deutschland) und zu internationalen Problemen (die Aktivierung der Politik der UdSSR und Frankreichs gegenüber Polen, der sowjetisch-mongolische Beistandsvertrag); außerdem ressortinterne Angelegenheiten. . 1162
- 441. Schreiben des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den Leiter der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki, 8. April 1936**
 Zusätzliche Weisungen für die Abstimmung einer Reihe von anstehenden Finanz- und Wirtschaftsfragen mit den Deutschen, die vor dem Abschluss des Handelsvertrages für 1936 erfolgen muss. 1164
- 442. Schreiben des Leiters der Wirtschaftsabteilung im NKID Rozenbljum an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, [9. April 1936]**
 Analyse der im Gefolge einer einseitigen Annullierung des Locarno-Abkommens durch Deutschland entstandenen Frage, gegen Deutschland Wirtschaftsanktionen zu verhängen. Rozenbljum meint, dass weder Finanzanktionen noch ein Lieferembargo für Rohstoffe eine spürbare Wirkung erzielen könnten. Hingegen würde ein Import-Verbot für Waren aus Deutschland zu einer abrupten Erhöhung der Arbeitslosigkeit führen, was einschneidende Konsequenzen für das nationalsozialistische Regime zur Folge hätte. 1166
- 443. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 11. April 1936**
 Schulenburg räumte in der Unterredung am 10.4.1936 ein, dass es vor zwei Jahren keine Gründe gegeben hätte, den sowjetischen Garantievorschlag für die Baltischen Staaten abzulehnen. Litvinov teilt außerdem seine Eindrücke von dem in der Instanz stattgefundenen Meinungsaustausch zu den Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland mit. 1168
- 444. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, [12. April 1936]**
 Zu den in der Bevollmächtigten Vertretung ausgearbeiteten Thesen zur internationalen Lage, wie sie sich im Zusammenhang mit der Remilitarisierung des

Rheinlandes herausgebildet hat, und zur Politik der UdSSR gegenüber Deutschland. Suric vertritt den Standpunkt, dass es keine Veranlassung gebe, mit Deutschland wirtschaftlich zu brechen, selbst „in dem Fall, wenn uns vorher bekannt sein würde, dass uns das Schicksal erwartet, Opfer eines deutschen Angriffs zu werden“ 1169

445. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 19. April 1936
Zur Reaktion in Moskau auf die Vorschläge von Suric bezüglich der Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland. 1179

446. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 19. April 1936
Litvinov geht ausführlich auf das Schreiben von Suric vom 12.4.1936 ein (vgl. Dok. 444) und stimmt dessen Einschätzung der internationalen Lage in Europa zu. Hingegen lehnt er den Vorschlag ab, die Wirtschaftsverhandlungen schnellstmöglich wieder aufzunehmen. 1180

447. Presseanweisung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, 24. April 1936
Anordnung für die deutschen Zeitungen: bei der Erwähnung von Namen hochgestellter sowjetischer Beamter und Politiker jüdischer Herkunft ist künftig dem jeweiligen jüdischen Familiennamen und Beinamen das Wort „Jude“ hinzuzufügen. 1182

448. Schreiben des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin an die Presseabteilung im NKID, 24. April 1936
Zur gesteigerten Aktivität der „Antikomintern“; über Personalveränderungen im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda; zur fehlerhaften Berichterstattung des Korrespondenten der „Pravda“ Gofman über die Parade in Berlin vom 20.4.1936. 1183

449. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 26. April 1936
Der Volkskommissar schlägt vor, die Methoden der Verbreitung von außenpolitischen Informationen in der UdSSR allgemein und insbesondere die diesbezügliche Unterrichtung des NKID zu verbessern. 1184

450. Schreiben des Botschaftsrats in Moskau von Tippelskirch an den Leiter des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke, 27. April 1936
Laufende Angelegenheiten, u. a. zu den Intrigen der sowjetischen Diplomatie, um die Gegensätze zwischen den europäischen Staaten, insbesondere zwischen Frankreich und Deutschland, zu vertiefen. Nach Auffassung von Tippelskirch bestehe die dringende Aufgabe der deutschen Propaganda darin, die Gefahr dieses Ränkespiels für Europa zu veranschaulichen. 1187

451. Aufzeichnungen des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 30. April 1936
Zur Unterzeichnung des Handelsabkommens mit Deutschland für 1936 am 29.4. und zu den eingefügten Ergänzungen, die das erweiterte Recht betreffen, den Exporterlös für die sowjetischen Zahlungen in Deutschland zu verwenden;

- zum Fortschritt hinsichtlich des Verkaufs der Derunapht an die Deutschen; zu Schachts Vorschlag, die Verhandlungen für einen neuen deutschen Kredit wieder aufzunehmen. 1190
- 452. Aufzeichnung des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke, 4. Mai 1936**
Vorschlag Henckes hinsichtlich einer mit dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda abgestimmten Erklärung des AA im Hinblick auf eine mögliche Reaktion der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin auf einen Artikel in der Zeitschrift „Das Volk“, der ungewöhnlich scharfe Angriffe gegen Volkskommissar Litvinov enthalte. 1193
- 453. Brief des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke an den Botschaftsrat in Moskau von Tippelskirch, 6. Mai 1936**
Laufende Angelegenheiten, darunter: Klage Henckes, dass die von der UdSSR ausgehende Gefahr in anderen Ländern unterschätzt werde; in der Haftsache der sowjetischen Staatsbürgerin Kalenskaja sollte das Interesse der sowjetischen Seite ausgenutzt werden; zur Reorganisation im Auswärtigen Amt, wovon die Referate Polen und Sowjetunion noch unberührt bleiben sollen; zu einer möglichen Berufung Henckes an eine Auslandsvertretung. 1194
- 454. Aufzeichnung des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke, 6. Mai 1936**
Gespräch Henckes mit Bessonov und Gnedin anlässlich eines Frühstücks in der Handelsvertretung. Beide seien der Auffassung, dass der Zustand der bilateralen politischen Beziehungen ein Hindernis bei der Wiederaufnahme der Kreditverhandlungen bilden könnte (vgl. Dok. 451). Trotz einer zunehmenden Skepsis in Moskau sehe die sowjetische Regierung nach wie vor die Möglichkeit für eine Verbesserung der Beziehungen. Hencke macht seinerseits auf die feindselige Haltung der UdSSR gegenüber Deutschland aufmerksam, die im gesamten Spektrum der internationalen Politik zutage trete. 1196
- 455. Bericht des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 9. Mai 1936**
Zur Feier des 1. Mai in der Botschaft, an der ca. 130 Personen teilnahmen; davon waren ungefähr die Hälfte Reichsdeutsche, die in Moskau leben. 1198
- 456. Nachrichtendienstliche Information der Aufklärungsverwaltung der RKKa, [9. Mai 1936]**
Laut Meldung einer Quelle bestehe das deutsche Offizierskorps aus zwei Kategorien: die einen seien Karrieristen, die sich bei jedem Vertreter der NSDAP anbieten würden, die anderen würden Trinkgelage veranstalten. Das Offizierskorps könnte gegenwärtig weder in professioneller noch in moralischer Hinsicht auf eine Stufe mit der kaiserlichen Armee während des Weltkrieges gestellt werden. 1199
- 457. Bericht des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 12. Mai 1936**
Auf der Grundlage von Gesprächen mit Mitarbeitern des Reichswirtschaftsministeriums und des AA äußert sich Bessonov: zum Schicksal Schachts, dessen Stellung nach der Ausstattung Görings mit neuen Vollmachten auf wirtschaftli-

chem Gebiet angeschlagen sei; dem Wirtschaftskurs Görings zu Fragen wie der Abwertung der Mark, der Beibehaltung der Exportprämie und der landwirtschaftlichen Produktion; zur Haltung Görings bezüglich der Handelsbeziehungen mit der UdSSR, die im Wesentlichen mit der Schachts übereinstimme; zu den sowjetisch-japanischen Beziehungen; zur Reorganisation im Auswärtigen Amt. 1200

458. Aufzeichnung des Generalreferenten im Reichswirtschaftsministerium Göring, 13. Mai 1936
 Gespräch Hermann Görings mit Kandelaki und Fridrichson über die deutsch-sowjetischen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen. Göring betrachte das Abkommen als einen Schrittmacher zum gegenseitigen politischen Verständnis; Erläuterung Görings zu der Lieferbeschränkung eines bestimmten Kriegsergänzungssortiments. 1204

459. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Stomonjakow an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Bessonov, 19. Mai 1936
 Zur weiteren Tätigkeit der Vertretung der Gesellschaft „Kultur und Technik“ und seines Leiters in Deutschland; Stomonjakow widerspricht der von Bessonov vorgenommenen Einschätzung Tretlers, den Bessonov und Suric wegen Unzuverlässigkeit auszutauschen vorgeschlagen hatten. 1206

460. Schreiben des Volkskommissars für Verteidigung Vorošilov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 20. Mai 1936
 Vorošilov bittet um die Genehmigung, den Gehilfen des Chefs der Akademie der Luftstreitkräfte Glaz als Abnahmebeauftragten für die bestellten Geräte zur Mechanisierung der Flughafenanlagen nach Deutschland zu entsenden. 1209

461. Aufzeichnung der Unterredung des Reichsaußenministers Freiherr von Neurath mit dem Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 22. Mai 1936
 Erörterung einiger internationaler Probleme, darunter: die Reform des Völkerbundes; die Haltung der UdSSR zur Dardanellenfrage; der italienisch-britische Konflikt im Zusammenhang mit Abessinien. Auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen angesprochen, erklärt Neurath, dass zurzeit die Voraussetzungen fehlen würden, die politischen Beziehungen zu verändern. 1210

462. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 29. Mai 1936
 Vertrauliche Empfehlung einer ungenannten, Krestinskij jedoch bekannten Person, die ein Befürworter einer Annäherung an die UdSSR sei und davon abrate, gegenwärtig ein Wirtschaftsabkommen mit Deutschland abzuschließen. Dieses könne man später nicht nur zu besseren wirtschaftlichen, sondern auch zu besseren politischen Konditionen erhalten. 1211

463. Schreiben des Botschaftsrats in Moskau von Tippelskirch an den Leiter des Referats V/Russland in der Politischen Abteilung im AA Hencke, 2. Juni 1936
 Zum Gespräch mit Štern über die in Deutschland inhaftierte sowjetische Staatsbürgerin Kalenskaja und zum Versuch Tippelskirchs, diesen Fall auf „Kompensationsgrundlage“ beizulegen; zum Einspruch gegen die Vorführung des sowjetischen Films „Die Heimat ruft“, der dazu angetan sei, die Kriegspychose anzuheizen. 1212

- 464. Schreiben des Referatsleiters im Geheimen Staatspolizeiamt Müller an das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, 5. Juni 1936**
Müller erbittet eine Stellungnahme bezüglich der Teilnahme einer deutschen Wissenschaftlerdelegation am VII. Internationalen Genetikerkongress in Moskau im August 1936. Er hält eine Teilnahme für nicht angebracht. 1214
- 465. Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Pozdnjakov mit dem Leiter des Referats V/Russland in der Politischen Abteilung im AA Hencke, 11. Juni 1936**
Über diskriminierende Maßnahmen gegen in Deutschland tätige sowjetische Angestellte; zu den Behinderungen der Tätigkeit von „Intourist“ durch deutsche Behörden, was zur Betriebseinstellung des Reisebüros führen könnte. . . . 1215
- 466. Aufzeichnung der Unterredung des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg mit dem Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Stomonjakov, 20. Juni 1936**
Schulenburg erhebt Protest gegen die Verunglimpfungen von Hitler und einigen seiner Minister am 1. Mai in Char'kov und in der „Leningradskaja Pravda“ 1218
- 467. Bericht des Chefs der Hauptverwaltung für die Zivile Luftfahrt Tkačev an den Rat der Volkskommissare, 23. Juni 1936**
Zum Auslaufen des Konzessionsvertrages mit der Fluggesellschaft Deruluft. Tkačev weist darauf hin, dass sich daraus die Möglichkeit ergebe, Verhandlungen mit den Deutschen für einen neuen, für die UdSSR vorteilhafteren Vertrag aufzunehmen. 1219
- 468. Aufzeichnung einer interministeriellen Referentenbesprechung im AA, 23. Juni 1936**
Erörterung der Situation rund um das sowjetische Reisebüro „Intourist“, an dessen Tätigkeit Deutschland wirtschaftlich interessiert ist. Nach übereinstimmender Feststellung dürfe die Reklamekampagne nicht gegen die gesetzlichen Bestimmungen in Deutschland verstoßen und nicht die Vorzüge des bolschewistischen Systems propagieren. 1222
- 469. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Volkskommissar für Landwirtschaft Černov, 28. Juni 1936**
Aufforderung, einen Mitarbeiter des Volkskommissariats für Landwirtschaft zu benennen, der ständig den Kontakt zu dem Landwirtschafts-Attaché der Deutschen Botschaft Schiller unterhält. 1225
- 470. Schreiben des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Tippelskirch an das AA, 29. Juni 1936**
Zur Absage der UdSSR, an der jährlichen Handels- und Industriemesse in Königsberg 1936 teilzunehmen. 1226
- 471. Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Tippelskirch an das AA, 29. Juni 1936**
Übersicht über die Artikel der zentralen sowjetischen Presse anlässlich eines Interviews Rosenbergs, der Artikelserie im „Völkischen Beobachter“ von Prof. Sandler und eines Vortrages von Ribbentrop, die, wie von Tippelskirch meint,

- von der Wiederaufnahme der „vorübergehend abgeflauten deutschfeindlichen“ Propaganda zeugen würden. 1227
- 472. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem deutschen Geschäftsträger in Moskau von Tippelskirch, 1. Juli 1936**
 Zum Ableben des Staatssekretärs im AA von Bülow; zur Haftentlassung der sowjetischen Staatsbürgerin Kalenskaja; zur beschleunigten Visaerteilung für Firmenvertreter; zum Austritt aus der sowjetischen Staatsbürgerschaft; zur Stagnation der Wirtschaftsverhandlungen. 1229
- 473. Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Pozdnjakov mit dem Leiter des Referats V/Russland in der Politischen Abteilung im AA Hencke, 1. Juli 1936**
 Zur Regelung der Visapaxis; zur Reklametätigkeit von „Intourist“ in Deutschland, die, wie Hencke meint, nicht über den Rahmen hinausgehen dürfe, der für Reisebüros aller Länder bindend sei. 1231
- 474. Schreiben des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Tippelskirch an den Leiter des Referats V/Russland in der Politischen Abteilung im AA Hencke, 3. Juli 1936**
 Tippelskirch übermittelt die Stellungnahme General Köstrings über die militärpolitischen Auswirkungen der Verträge der UdSSR mit Frankreich und der Tschechoslowakei auf die Lage in Südosteuropa. Der Militärattaché legt seine Zweifel hinsichtlich einer tatsächlichen umfassenden militärtechnischen Zusammenarbeit zwischen Moskau und Prag dar. 1232
- 475. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters des Referats V/Russland in der Politischen Abteilung im AA Hencke mit dem sowjetischen Geschäftsträger in Berlin Bessonov, 3. Juli 1936**
 Erörterung der Außenpolitik Deutschlands unter den veränderten Bedingungen der internationalen Situation. Hencke meint, es bestünde für Deutschland keine Notwendigkeit, mit der UdSSR einen Nichtangriffspakt abzuschließen, was auch angesichts der „russischen Pakte“ in Bezug auf die osteuropäischen Nachbarn nicht in Frage komme. 1235
- 476. Rundschreiben des Stellv. Chefs des Amtes Politische Polizei im Hauptamt Sicherheitspolizei Müller, 7. Juli 1936**
 Zur Bildung der Russischen Vertrauensstelle in Deutschland unter der Leitung des früheren Generals der russischen Armee Biskupskij. 1237
- 477. Verbalnote der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin an das AA, 11. Juli 1936**
 Zur Diskriminierung der Reklametätigkeit von „Intourist“ seitens deutscher Behörden und zur Nötigung gegenüber Firmen, ihre Verträge mit „Intourist“ aufzuheben. 1239
- 478. Rede des Leiters der Abteilung für Handelspolitik in der Handelsvertretung in Berlin Gasjuk auf der Sitzung des Rates beim Volkskommissar für Außenhandel, 11. Juli 1936**
 Zu den spezifischen Bedingungen, unter denen die Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland tätig ist, insbesondere bei der Umsetzung des Beschlusses des

Rates der Volkskommissare, die Exportgeschäfte in der UdSSR selbst abzuschließen.	1240
479. Aufzeichnung des Leiters des Referats IV/Osteuropa der Handelspolitischen Abteilung im AA Schnurre, 20. Juli 1936	
Ressortbesprechung zur Frage einer möglichen Verlängerung des Wirtschaftsabkommens mit der UdSSR vom 29.4.1936. Während das Reichswirtschaftsministerium für eine Verlängerung des Abkommens in der jetzigen Form eintrat, sprachen sich das Auswärtige Amt und der Russland-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft sich für die Aufnahme von neuen Verhandlungen aus, um Veränderungen in den Vertrag einzufügen und ihn mit der Ausarbeitung eines Kreditabkommen zu verbinden.	1246
480. Auszug aus dem Gutachten des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, [21. Juli 1936]	
Fachgutachten über die wissenschaftlichen Ansichten von Oberstleutnant von Niedermayer. Er habe seine freundschaftliche Haltung gegenüber der UdSSR nicht verändert. In seinen Arbeiten und Vorträgen vermittele er ein der Realität widersprechendes Bild von der Politik der Sowjetunion und ihrer Streitkräfte. .	1248
481. Notiz des Wehrmachtsamtes im Reichskriegsministerium, 23. Juli 1936	
In einer Stellungnahme des AA wird festgestellt, dass der während des letzten Parteitag in Nürnberg gedrehte Dokumentarfilm über die Wehrmacht nicht geeignet sei, bei Aufführungen im Ausland dem Vergleich mit dem sowjetischen Film „Kampf um Kiev“ standzuhalten. Zugleich gebe es in Deutschland alle Voraussetzungen, unter Beteiligung aller Waffengattungen einen Film zu drehen, der den von den Sowjets gedrehten Film übertreffen würde.	1256
482. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 26. Juli 1936	
Zur antisowjetischen Kampagne der deutschen Presse und der diesbezüglichen Reaktion der sowjetischen Presse. Krestinskij meint, dass es weder in Berlin noch in Moskau nötig sei, gegen diese Kampagne Protest zu erheben.	1257
483. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 26. Juli 1936	
Zur Anfrage des Vorsitzenden des Unionskomitees für Körperkultur und Sport Charčenko, einen inoffiziellen Beobachter nach Deutschland zu entsenden, um Informationen zur technischen Durchführung der Sommerolympiade in Berlin im August 1936 zu erhalten.	1258
484. Schreiben des Gehilfen des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Levin an den Rat der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 26. Juli 1936	
Zu den Gründen, eine Visaerteilung für deutsche Firmenvertreter zu verweigern, und zur Notwendigkeit, die bisherige Praxis, wonach eine Visaverweigerung nur aus Gründen der Staatssicherheit erfolgen sollte, zu verändern.	1259
485. Beschlussvorlage des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij für den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 31. Juli 1936	
Zur Veränderung der Verfahrensregelung bei der Erteilung von Einreise- und Transitvisa für Vertreter von Industrie- und Handelsfirmen Deutschlands. Dies	

bezieht sich vor allem auf die Vereinfachung des Bearbeitungsprozesses und die Fristen für die Abstimmung zwischen den zuständigen Organen. 1261

486. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 4. August 1936

Die Einschätzung der Perspektiven der sowjetisch-deutschen Beziehungen bleibe unverändert. In Deutschland werde ein Bruch mit Moskau immer öfter als Voraussetzung für eine Annäherung an andere Staaten genannt. Der von den Deutschen vorgeschlagene Großkredit ändere nichts an den politischen Beziehungen, worüber deutsche Amtspersonen offen sprechen würden. Angesichts dieser Bedingungen sollte die sowjetische Seite nicht auf eine Wiederaufnahme der Kreditverhandlungen eingehen, obgleich dazu noch kein Beschluss gefasst worden sei. 1264

487. Beschlusssentwurf des Volkskommissariats für Außenhandel für das Politbüro des ZK der VKP (B), 4. August 1936

Weisungen an Kandelaki für dessen Verhandlungsführung mit den Deutschen zum 500-Millionenkredit. 1266

488. Beschluss des Politbüros des ZK der VKP (B), 7. August 1936

Weisungen an Kadelaki und das NKVT zur Lösung einer Reihe von Handels- und Finanzfragen bei der Bedienung des deutschen 200-Millionenkredites. Zur Order von zusätzlichen Aufträgen gegen Zahlung in Valuta. 1268

489. Weisung des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den Leiter der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki, [7. August 1936]

Der deutschen Seite ist mitzuteilen, dass die Zeit für die Unterzeichnung des Abkommens über den 500-Millionenkredit noch nicht herangereift sei. Außerdem sei die Möglichkeit zu sondieren, Aufträge für acht militärische Objekte der Nomenklaturliste zu tätigen und in Abhängigkeit von den diesbezüglichen Ergebnissen die Frage des 500-Millionenkredites zu entscheiden. 1269

490. Schreiben der Vorsitzenden des ZK der MOPR Stasova an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 9. August 1936

Die Rechtsanwälte des zum Tode verurteilten deutschen Kommunisten Edgar André wenden sich an die Auslandsvertretung des Exekutivkomitees der MOPR mit der Bitte, der sowjetischen Führung vorzuschlagen, André gegen in der UdSSR inhaftierte Deutsche auszutauschen. 1270

491. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 13. August 1936

Zu innen- und außenpolitischen Aspekten der zu Ende gehenden Olympischen Spiele. Suric vertritt die Auffassung, dass die innenpolitische Wirkung bedeutend sei, jedoch die außenpolitischen Ergebnisse allem Anschein nach von den Deutschen zunehmend als enttäuschend betrachtet würden. Information über Auseinandersetzungen in Regierungskreisen Deutschlands, wie auf den Vorschlag Frankreichs zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Spaniens zu reagieren sei. 1271

492. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Außenhandel Loganovskij an den Leiter der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki, 15. August 1936

Ergänzungen zur Sonderliste (Objekte militärischer Art), deren Bestellung besonders erwünscht sei. 1276

493. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 16. August 1936

Schulenburg äußert sich zur Haltung der sowjetischen Presse, die eine Verbindung zwischen offiziellen deutschen Behörden und der Tätigkeit der Angeklagten des ersten Schauprozesses herstelle; außerdem kritisiert er die antideutsche Presse-Kampagne im Zusammenhang mit den spanischen Ereignissen.

1277

494. Aufzeichnung des Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafters von Ribbentrop, 16. August 1936

Verhandlungen mit dem Botschafter und dem Militärattaché Japans in Berlin zum Abschluss des Antikomintern-Paktes, insbesondere zur Veröffentlichung und dem Zeitpunkt der Unterzeichnung des Paktes sowie zu einigen Formulierungen in der Präambel.

1278

495. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 19. August 1936

Zu den vergeblichen Bemühungen Kandelakis, eine Revision der negativen Entscheidung der Instanz zu den Verhandlungen über einen deutschen Kredit herbeizuführen. Er erhielt neue Weisungen, die Wiederaufnahme der Kreditverhandlungen von dem Einverständnis der Deutschen abhängig zu machen, bestimmte Objekte militärischer Art laut Nomenklaturliste zu liefern.

1279

496. Bericht des Generalstaatsanwaltes der UdSSR Vyšinskij an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič und den Stellv. Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Čubar', 19. August 1936

Zum Abschluss des Ermittlungsverfahrens gegen die „konterrevolutionäre, faschistische Spionage- und Diversionsorganisation“ im Gebiet Dnepropetrovsk. Vyšinskij unterbreitet Vorschläge zur Höhe der Strafmaße.

1280

497. Presseanweisung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, 20. August 1936

Die Anweisung, über die Rüstung in der UdSSR und die militärische Einmischung in Spanien ausführlich zu berichten, werde noch nicht ausreichend befolgt.

1282

498. Aufzeichnung einer Ressortbesprechung im AA, 22. August 1936

Ressortbesprechung über eine Teilnahme deutscher Wissenschaftler an der Tagung des Internationalen Genetikerkongresses in Moskau. Das AA tritt gegen eine Teilnahme deutscher Genetiker ein, da wissenschaftliche Kongresse in der UdSSR stets in eine politische Propagandaaktion verwandelt würden. Die Vertreter der anderen Ressorts (außer der Gestapo) sprechen sich mehrheitlich für eine Teilnahme aus, um die Errungenschaften der deutschen Wissenschaft der Weltöffentlichkeit vorzustellen. Es herrscht darüber Einigkeit, dass es am besten sei, durch eine Reihe von Maßnahmen den Kongress der Genetiker in Moskau zu verhindern.

1283

499. Bericht des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 24. August 1936

In der sowjetischen Presse seien nur wenige Meldungen über die Sommerolympiade in Deutschland erschienen, die in der Regel knapp und ausschließlich ne-

gativ gehalten waren. Schulenburg konstatiert, dass der großartige Verlauf und die überragenden Ergebnisse der Olympischen Spiele dem sowjetischen Leser bewusst vorenthalten worden seien. 1284

500. Presseanweisung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, 24. August 1936

Es sei notwendig, den Lesern zusätzliche Erläuterungen darüber zu geben, wie die Meldungen der deutschen Presse über die Aufrüstung der Roten Armee und über den Hunger in Russland zusammenpassten: das sowjetische Regime sei immer bereit, die Lösung wirtschaftlicher Probleme zugunsten der Schaffung modernster Waffen zurückzustellen. 1286

501. Rundtelegramm des kommissarischen Staatssekretärs im AA Dieckhoff, 25. August 1936

Rundschreiben an sämtliche diplomatischen Missionen Deutschlands zur Einführung der zweijährigen Wehrpflicht in Deutschland ab dem 24.8.1936, die hauptsächlich durch die Herabsetzung des Einberufungsalters in der UdSSR auf 19 Jahre ausgelöst worden sei. Jegliche konkreten Zahlenangaben über die zahlenmäßige Stärke der Wehrmacht seien zu vermeiden. 1287

502. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem deutschen Geschäftsträger in Moskau Hensel, 25. August 1936

Die sowjetische Seite bietet an, den in der UdSSR verurteilten deutschen Staatsbürger Fuchs gegen den zum Tode verurteilten deutschen Kommunisten André auszutauschen. 1289

503. Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin mit dem Mitarbeiter der Politischen Abteilung im AA Jungheim, 27. August 1936

Beschwerde der deutschen Seite über lauten Gesang im Gebäude des sowjetischen Klubs; zu den Schwierigkeiten bei der Visaerteilung für Deutsche; zum Treffen mit der verhafteten sowjetischen Staatsbürgerin Giddin; zur Haftentlassung Kalenskajas. 1291

504. Bericht des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov und den Volkskommissar für Außenhandel Rozenko, 28. August 1936

Zum Gespräch mit Schacht am 24.8.1936 und zu dessen Einschätzung der internationalen Lage, deren Verschlechterung Schacht dem Einfluss der UdSSR zuschreibt. Kandelaki und Fridrichson erklären, dass ein Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen nicht möglich sei, solange die UdSSR nicht die sie interessierenden militärischen Objekte erhält. 1293

505. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 28. August 1936

Bei der Analyse der deutschen Außenpolitik gelangt Suric zu der Schlussfolgerung, dass Berlin seine – in erster Linie gegen die UdSSR gerichtete – Aggressivität zu einem Zeitpunkt verschärfe, zu dem die Sicherheit des Reiches nicht gewährleistet sei. Unter diesem Gesichtspunkt sei das Gesetz über die Einführung der zweijährigen Wehrpflicht ambivalent: es zeuge von der intensiven deutschen Kriegsvorbereitung, die jedoch nicht schnell umgesetzt werden könne. 1295

- 506. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 28. August 1936**
 Zur antisowjetischen Kampagne der deutschen Presse, die nach Beendigung der Olympischen Spiele eingesetzt habe und folgende Themen hervorhebe: die Aufrüstung der UdSSR und die Vergrößerung des Personalbestandes der Roten Armee als Zeichen des sowjetischen Imperialismus; die Einmischung der UdSSR in die spanischen Vorgänge; der Hunger in der Ukraine und der Prozess gegen das terroristische Zentrum in Moskau. 1299
- 507. Telegramm des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 29. August 1936**
 Vorstellung Schulenburgs bei Litvinov wegen des Artikels in den „Izvestija“ vom 26.8.1936, in dem es um die Unterstützung der spanischen Putschisten durch offizielle Vertreter Deutschlands gehe. In seiner Entgegnung erklärte der Volkskommissar, dass die antideutsche Propaganda wegen Spanien die Antwort auf den Versuch der deutschen Propaganda darstelle, die UdSSR für die Vorgänge in diesem Land verantwortlich zu machen. 1303
- 508. Telegramm des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 31. August 1936**
 Gespräch mit Schulenburg am 29.8.1936 (vgl. Dok. 507), der wegen der Sendungen des sowjetischen Rundfunks über die Ereignisse in Spanien sowie wegen der Angriffe in der Presse gegen Goebbels und Hitler erneut Klage führte. Dazu erklärte Litvinov, die sowjetische Presse sei angewiesen, persönliche Angriffe zu vermeiden, die Journalisten könnten „sich aber unter dem Eindruck der antisowjetischen Kampagne in der deutschen Presse offenbar nicht zurückhalten“. 1304
- 509. Schreiben des Leiters der Agentur TASS Doleckij an den Direktor des DNB in Berlin Mejer, 31. August 1936**
 Beschwerde im Zusammenhang mit den von dem Deutschen Nachrichtenbüro verbreiteten Meldungen über das Leben in der UdSSR, die sich nicht auf Tatsachen stützen und nicht der Wirklichkeit entsprechen würden. Eine derartige Praxis des DNB widerspreche völlig dem Vertragsverhältnis zwischen beiden Nachrichtenagenturen. 1304
- 510. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič, 2. September 1936**
 Vorschläge, die antisowjetische Kampagne der deutschen Presse entweder durch Noten an die Regierungen einiger europäischer Länder, in denen die Meldungen der deutschen Propaganda enthalten sind, zurückzuweisen oder eine Protestnote an die Regierung Deutschlands zu richten. 1306
- 511. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 4. September 1936**
 Über den bevorstehenden Parteitag in Nürnberg und die Reaktion der deutschen Presse sowie der sowjetischen Seite auf ihn. Litvinov spricht sich kategorisch gegen jegliches Gedankenspiel von Suric, als Gast zum Parteitag der NSDAP zu fahren, aus. Litvinov behält sich zu diesem Punkt jedoch vor, die endgültige Entscheidung nach Konsultation im Kreml zu treffen. 1308

512. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 7. September 1936
 Vorschläge Litvinovs, den defätistischen Stimmungen in Frankreich und in der Tschechoslowakei zu begegnen, die durch das militärisch erstarkte Deutschland aufgekommen seien. Nach seiner Auffassung sei es erforderlich, die Bereitschaft zu zeigen, Gespräche zur militärischen Umsetzung der Abkommen mit diesen Ländern zu führen sowie die bereits in Europa gegen Deutschland und andere Staaten, die eine Neuordnung der Grenzen in Europa anstreben, gerichteten Pakte und Bündnisse zu festigen. 1309

513. Schreiben des Gehilfen des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Levin an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, 7. September 1936
 Stellungnahme zu den von der Redaktion der „Geschichte des Bürgerkriegs“ zum Druck vorbereiteten Dokumenten aus dem Archiv des Botschafters in Kiev Mumm von Schwarzenstein; vom Standpunkt des NKID gebe es in den Dokumenten nichts, was einer Veröffentlichung entgegenstehe. 1312

514. Schreiben des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin an den Gehilfen des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Levin, 11. September 1936
 Zum Gespräch am 8.9.1936 mit dem Referenten der Wirtschaftsabteilung im AA Schnurre, die Visaangelegenheiten auf der Grundlage gegenseitig akzeptabler Bedingungen zu regeln. 1314

515. Schreiben des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin an die Presseabteilung im NKID, 11. September 1936
 Zu dem von der Presseabteilung in der Bevollmächtigten Vertretung erarbeiteten und weit verbreiteten schriftlichen Dementi zu einer großen Anzahl an Falschmeldungen, die in der deutschen Presse in der zweiten Augushälfte und Anfang September 1936 zur Lage in der UdSSR und zur Politik der Regierung erschienen sind. Gnedin meint, die Reaktion der deutschen Zeitungen auf das Dementi könne, insbesondere im Vorfeld des Parteitages der NSDAP, als eine positive Tatsache angesehen werden. 1315

516. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 11. September 1936
 Es gebe derzeit im AA keine Mitarbeiter, die sich mit den Beziehungen zur UdSSR befassen; Weisung an Suric, von der Leitung des AA zu fordern, eine derart unhaltbare Situation abzustellen. 1319

517. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 11. September 1936
 Information über die Direktiven der Instanz für die Verhandlungen mit den Deutschen über den Betrieb der Luftverbindung Moskau-Berlin. Diese seien mit dem Ziel zu führen, die gleichberechtigte Stellung der Aeroflot gegenüber der Deruluft sowohl in rechtlicher als auch in kaufmännischer Hinsicht herbeizuführen. 1320

- 518. Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin mit dem Geschäftsführer des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft Tschunke, 12. September 1936**
Tschunke äußerte sich zum krisenhaften Zustand der deutsch-sowjetischen Beziehungen und zu einigen Möglichkeiten, diese zu verbessern. 1322
- 519. Aufzeichnung des Leiters des Referats IV/Osteuropa der Handelspolitischen Abteilung im AA Schnurre, 12. September 1936**
Analyse der handelspolitischen Beziehungen mit der UdSSR im Vorfeld der Verhandlungen über die Verlängerung des Wirtschaftsabkommens vom 29.4. 1936 auf das Jahr 1937. Schnurre vertritt die Auffassung, dass trotz aller Unzulänglichkeiten die Verlängerung des Abkommens einem vertragslosen Zustand mit der UdSSR vorzuziehen sei. 1323
- 520. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 13. September 1936**
Über den Parteitag der NSDAP in Nürnberg und seine innen- und außenpolitischen Hintergründe; erste Analyse der Motive, die Hitler und andere Nationalsozialisten zu den offen antisowjetischen Äußerungen bewogen haben. 1324
- 521. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič, 14. September 1936**
Unterstützung des Vorschlages von Suric, auf die beleidigenden Ausfälle in den Reden der faschistischen Führer auf dem Parteitag der NSDAP in Nürnberg scharf zu reagieren. Litvinov meint, dass die passive und geduldige Haltung der UdSSR zu derartigen Reden in der Vergangenheit die jetzigen Reden angespornt hätte und in Zukunft noch zu schärferen Reden führen werde. 1330
- 522. Bericht des Gesandtschaftsrates II. Kl. in Moskau Hensel an das AA, 14. September 1936**
Zu Gerüchten im diplomatischen Corps bezüglich der Absichten der sowjetischen Regierung, aufgrund der auf dem Parteitag der NSDAP in Nürnberg gehaltenen Reden die diplomatischen Beziehungen mit Deutschland abzubrechen und zu den in diesem Zusammenhang von einigen Diplomaten mit der Deutschen Botschaft geführten Sondierungen. 1331
- 523. Schreiben des Chefs der Spezialabteilung der GUGB des NKVD Bokij und des Gehilfen des Chefs der Spezialabteilung Cibizov an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, [16. September 1936]**
Die Konsularabteilung ist schnellstmöglich von dem Gebäude der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin zu separieren und in einem nahegelegenen Gebäude unterzubringen, um Kontrolle über die Besucher zu gewährleisten; diese können sich bislang unter dem Vorwand, die Konsulatsabteilung aufsuchen zu wollen, unbegrenzte Zeit im Gebäude der Bevollmächtigten Vertretung aufhalten. 1333
- 524. Aufzeichnung des Leiters des Referats V/Russland in der Politischen Abteilung im AA Hencke, 16. September 1936**
Initiative Henckes, eine Übereinkunft mit den sowjetischen Behörden auf der Grundlage der Gegenseitigkeit herbeizuführen, die den Haftort für in der UdSSR verurteilte Reichsdeutsche und für in Deutschland verurteilte Staatsbürger der UdSSR betrifft. 1334

- 532. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Außenhandel Sud'in an den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič und den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov, [22. September 1936]**
Aufgrund der Direktive des Politbüros des ZK der VKP (B) wurde Kandelaki angewiesen, sich mit Göring nicht zu treffen. 1354
- 533. Schreiben des Leiters der Abteilung Osten im Außenpolitischen Amt der NSDAP Leibbrandt an den Stabsleiter im Außenpolitischen Amt der NSDAP Urban, 24. September 1936**
Information über das Gespräch mit dem Leiter des Rassenpolitischen Amtes Groß, in dessen Verlauf dieser seine Unzufriedenheit mit der Tätigkeit der „Antikomintern“ zum Ausdruck brachte. Deren antisowjetische Propaganda sei eher schädlich als nützlich, da sie widersprechende Informationen über die Situation in der UdSSR beinhalte. 1355
- 534. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič, 25. September 1936**
In Parteiorganen bestünden Zweifel an der Zuverlässigkeit Bessonovs, die sich auf seine Mitgliedschaft in der Partei der Sozialrevolutionäre bis 1918 beziehen. Krestinskij schätzt ihn als einen der besten Auslandsmitarbeiter des NKID und bittet darum, Bessonov weiterhin in Berlin arbeiten zu lassen. 1356
- 535. Schreiben des Gehilfen des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Levin an den 1. Sekretär der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin, 26. September 1936**
Laufende Angelegenheiten, u. a.: zur veränderten Praxis bei der Visaerteilung für Deutsche, die zu verkürzten Bearbeitungsfristen der Anträge geführt hat; Beschwerden des Volkskommissariats für Nachrichtenwesen bezüglich des Inhalts von Stempelaufdrucken bei aus Deutschland in die UdSSR entsandten Postsachen; zur Weigerung der Deutschen, Informationen von TASS per Funk unter Verwendung verschiedener technischer Geräte entgegenzunehmen. 1358
- 536. Schreiben des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Tippelskirch an das AA, 28. September 1936**
Gespräch mit Levin bezüglich der Ablehnung sowjetischer Organe, dem Arzt der Deutschen Botschaft Dr. Ling als ehemaligen Staatsbürger der UdSSR die Wiedereinreise zu gestatten. 1361
- 537. Auszug aus der Rede des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov vor der Vollversammlung des Völkerbundes, 28. September 1936**
Litvinov ruft die friedliebenden Länder dazu auf, die Anstrengungen zur Verhütung eines Krieges zu vereinen, und betont, dass gegenüber aggressiven Staaten gutes Zureden und wirtschaftliches Umwerben unangebracht seien. Ein Zurückweichen vor deren Forderungen würde sie nur zu weiteren rechtswidrigen Handlungen ermutigen. 1362
- 538. Aufzeichnung des Teilhabers der Firma Otto Wolff Siedersleben, 29. September 1936**
Während einer Besprechung im Röhrenverband in Düsseldorf ist das Interesse sowohl der UdSSR als auch amtlicher deutscher Behörden (des Reichswirtschaftsministeriums und der Gestapo) an sowjetischen Aufträgen festgestellt

worden. Zugleich wurde darauf hingewiesen, dass Kandelaki nicht zu dem vereinbarten geschäftlichen Treffen mit Krupp und Vögler am 17.9.1936 erschienen sei. 1365

539. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 1. Oktober 1936
 Der Vorsitzende des Reichsfremdenverkehrsamtes Esser rief in einem Vortrag zum Boykott von „Intourist“ auf und bezeichnete Reisen von deutschen Touristen in die UdSSR als unzulässig. Suric bewertet dies als offiziellen, vom Parteitag der NSDAP festgelegten politischen Kurs gegenüber der UdSSR. 1366

540. Aufzeichnung des Generalreferenten im Reichswirtschaftsministerium Göring, 3. Oktober 1936
 Zur positiven Haltung Hermann Görings zu Verhandlungen mit den Sowjets über Aufträge zur Lieferung von Röhren sowie zu seiner Absicht, sobald wie möglich die Leiter der sowjetischen Handelsvertretung zu empfangen und nach Möglichkeit ihren Wünschen auch hinsichtlich von Lieferungen militärischer Art entgegenzukommen. 1368

541. Bericht des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 5. Oktober 1936
 Kritische Analyse der Rede Litvinovs vor der Vollversammlung des Völkerbundes am 28.9.1936 (vgl. Dok. 537), die gegenüber Deutschland feindselig sei. . . . 1368

542. Schreiben des Direktors des DNB in Berlin Mejer an den Leiter der Agentur TASS Doleckij, 7. Oktober 1936
 Mejer antwortet auf das Schreiben Doleckijs vom 31.8.1936 (vgl. Dok. 509) und bringt seinerseits Beschwerden bezüglich der sowjetischen Presse und der Rundfunksendungen vor, die nicht der Wirklichkeit entsprechende Informationen und beständige Verunglimpfungen Hitlers verbreiten würden. 1372

543. Schreiben des Präsidenten der „Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas“ Curtius an den kommissarischen Staatssekretär im AA Dieckhoff, 8. Oktober 1936
 Unter Berücksichtigung des gegenwärtigen Kurses der Außenpolitik Deutschlands gegenüber der UdSSR ergeht die Anfrage, ob weiterhin die Möglichkeit besteht, die Arbeiten zur deutschen Ausgabe der russischen Aktenpublikation „Die internationalen Beziehungen im Zeitalter des Imperialismus“ fortzuführen. 1373

544. Rundschreiben des Leiters des Außenpolitischen Amtes der NSDAP Rosenberg, 8. Oktober 1936
 Zur Gründung des „Referats zur Bekämpfung des Bolschewismus“ im Außenpolitischen Amt der NSDAP. Dieses Referat werde Lehrprogramme für die Schulungstätigkeit hinsichtlich der Beurteilung der Politik und Taktik der UdSSR und der III. Internationale erarbeiten. 1374

545. Schreiben des Leiters der Presseabteilung im AA Aschmann an die Botschaft in Moskau, 9. Oktober 1936
 Anweisung bezüglich der systematischen Erfassung von Meldungen in der sowjetischen Presse und im Rundfunk über Deutschland, die Verunglimpfungen des Führers und anderer führender Politiker des Reiches sowie verleumderi-

sche Berichte über Vorgänge im Lande enthalten. Bei der sowjetischen Regierung seien keine Vorstellungen mehr zu einzelnen Fällen vorzunehmen, sondern solche Materialien seien zu sammeln und dann sei ernste Beschwerde zu erheben.	1375
546. Schreiben des Leiters der Presseabteilung im AA Aschmann an den Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 9. Oktober 1936	
Aschmann bittet darum, einen geeigneten Mitarbeiter der Botschaft zu entsenden, um vor Mitarbeitern des AA, des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda und einem ausgesuchten Kreis von Vertretern der Presse einen Vortrag über die UdSSR zu halten.	1376
547. Aufzeichnung des Botschaftsrats in Moskau von Tippelskirch, 10. Oktober 1936	
Zu den Verhandlungen der Direktoren der Lufthansa und der Deruluft in Moskau zur Vorbereitung eines neuen Luftverkehrsabkommens zwischen Deutschland und der UdSSR.	1377
548. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 12. Oktober 1936	
Suric analysiert die internationale Stellung Deutschlands nach dem Parteitag in Nürnberg. In fast allen Ländern sei die Reaktion negativ ausgefallen. Dennoch hätten die Deutschen offenbar entschieden, dass die internationale Reaktion auf Nürnberg ihrer Politik sowohl im Hinblick auf einen neuen Locarno-Vertrag als auch im Zusammenhang mit dem Bürgerkrieg in Spanien keinen ernsthaften Schaden zugefügt habe.	1379
549. Schreiben des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an den kommissarischen Staatssekretär im AA Dieckhoff, 12. Oktober 1936	
Schulenburg teilt seine Eindrücke über den Empfang bei seiner Rückkehr aus Deutschland sowie über die günstige Entwicklung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskontakte mit. Auf das Verhältnis der UdSSR zu Spanien eingehend gelangt der Botschafter zu der Schlussfolgerung, dass Moskau demonstrativ die „Roten“ unterstütze, um einerseits die Westmächte zu ärgern und andererseits das Ansehen der kommunistischen Parteien im Ausland zu unterstützen.	1382
550. Aufzeichnung der Unterredung des Mitarbeiters der Abteilung Osten im Außenpolitischen Amt der NSDAP Dürksen mit dem 1. Sekretär der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin, 12. Oktober 1936	
Über den Empfang am 15.10.1936 für das diplomatische Corps, zu dem Gnedin eingeladen ist; Gnedin habe angekündigt, dass er – falls die Rede Rosenbergs in dem gleichen Geiste wie seine Rede in Nürnberg ausfallen sollte – demonstrativ den Saal verlassen werde.	1384
551. Schreiben des Chefs der Hauptverwaltung für die Zivile Luftfahrt Tkačev an den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič und den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov, 13. Oktober 1936	
Bericht über die vom 7.10.–10.10.1936 in Moskau geführten Verhandlungen über die Luftverkehrsverbindungen zwischen der UdSSR und Deutschland. Tkačev stellt zusammenfassend fest, dass es mit den Verhandlungen gelungen sei, die Vorbereitung eines neuen Abkommens über die Luftverbindungen zwischen der UdSSR und Deutschland in die Wege zu leiten.	1386

- 552. Schreiben des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič, den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov und den Volkskommissar für Verteidigung Vorošilov, [13. Oktober 1936]**
Zur Bereitstellung von Mitteln des deutschen 200-Millionenkredites zum Kauf von zwei Schiffskatapulten der Firma Heinkel, deren Lieferung an die UdSSR bislang vom Reichskriegsministerium verboten war. 1390
- 553. Schreiben des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič und den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov, [14. Oktober 1936]**
Mit den Deutschen sei eine Vereinbarung herbeizuführen, die für 1937 fälligen Wechsel nicht in Gold oder in Valuta zu bezahlen, sondern in Mark auf der Grundlage des weiteren Verkaufs von sowjetischen Waren in Deutschland. . . . 1391
- 554. Fragmentarische Darlegung der Rede des Reichsleiters Rosenberg auf einem Empfang des Außenpolitischen Amtes der NSDAP, 15. Oktober 1936**
Rosenberg geht auf den Bolschewismus in der ganzen Welt ein, für den die „Weltrevolution“ nach wie vor das Hauptziel sei; als Köder diene die Idee eines „unteilbaren kollektiven Friedens“, zu der sich einige europäische Politiker hingezogen fühlen würden. Die kürzliche Rede Litvinov in Genf zeige jedoch, was sich dahinter verberge: die Vereinigung aller Mächte gegen Deutschland. . . 1392
- 555. Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin mit dem Mitarbeiter der Abteilung Osten des Außenpolitischen Amtes der NSDAP Dürksen, 16. Oktober 1936**
Da Dürksen bei dem Treffen am 12.10.1936 (vgl. Dok. 550) auf die Frage nach dem Charakter des Vortrages, den Rosenberg auf den bevorstehenden Empfang für das diplomatische Corps zu halten gedenke, nebulös geantwortet hatte, habe er, Gnedin, darauf verzichtet, zu dem Empfang zu gehen. Der Vortrag Rosenbergs sei insgesamt der Bekämpfung des Bolschewismus gewidmet gewesen, hätte jedoch keine Verunglimpfungen gegenüber der sowjetischen Regierung enthalten. 1395
- 556. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters des Referats IV/Osteuropa der Handelspolitischen Abteilung im AA Schnurre mit dem Generalreferenten im Reichswirtschaftsministerium Göring, 19. Oktober 1936**
Zu den Vollmachten Herbert Görings als Koordinator der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen, die gänzlich entpolitisiert werden müssten. Es sei momentan offensichtlich, dass Lieferungen an die UdSSR im deutschen Interesse seien, um auf Kompensationsgrundlage die erforderlichen Rohstoffe zu erhalten. Eben deshalb könne auch nicht die Rede davon sein, der UdSSR einen neuen Kredit zu gewähren. Während des Gesprächs wurden auch einige konkrete Aspekte der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit der UdSSR erörtert. 1397
- 557. Schreiben des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 20 Oktober 1936**
Görings Haltung zu den sowjetisch-deutschen Wirtschaftsverhandlungen; personelle Veränderungen in der Leitung der zuständigen Ressorts; über positive Schritte hinsichtlich der sowjetischen militärischen Aufträge; zu den Zahlungsbedingungen für die 1937 fälligen sowjetischen Wechsel; über einige Neuheiten der deutschen Militärtechnik. 1400

- 558. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič, 22. Oktober 1936**
 Zu den Gesprächen im NKID mit Mitarbeitern der Deutschen Botschaft über einen Austausch des zum Tode verurteilten deutschen Kommunisten André gegen den in der UdSSR wegen Spionage verurteilten deutschen Staatsbürger Fuchs. Bitte um Weisungen zur weiteren Gesprächsführung mit den Deutschen. 1402
- 559. Schreiben des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, [27. Oktober 1936]**
 Zum Kauf eines Gerätes für die Blindlandung von Flugzeugen bei der Firma Lorenz. Dadurch gelange man an die gesamte technische Information, damit die sowjetische Industrie ein ähnliches Gerät herstellen kann. 1404
- 560. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, 27. Oktober 1936**
 Suric vertritt die Auffassung, dass die Ernennung Görings zum obersten Kommissar für die Realisierung des „Rohstoffplans“, demzufolge die Abhängigkeit Deutschlands von Rohstoffimporten verringert werden soll, nichts „an der völligen Inhaltslosigkeit des Plans“ ändere. In den sowjetisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen könnten die jüngsten Initiativen Görings und seiner nächsten Umgebung dazu beitragen, eine Reihe von Problemen zu lösen. 1405
- 561. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, 29. Oktober 1936**
 Analyse der Rede Görings vom 29.10.1936, die durch eine antibritische Haltung und den Verzicht auf antisowjetische Ausfälle gekennzeichnet sei, was nach Auffassung von Suric von dessen außenpolitischer Sonderstellung zeuge. 1409
- 562. Bericht eines Mitarbeiters des Geheimen Staatspolizeiamtes, 31. Oktober 1936**
 Besprechung über die Frage der Rückwanderer aus Russland, die von der Auslandsorganisation der NSDAP betreut werden, und Bericht über die Rückwanderungsbewegungen seit Ende des Ersten Weltkriegs. 1411
- 563. Bericht des Marinegehilfen des Militärattachés in Moskau von Baumbach an das Oberkommando der Kriegsmarine und das AA, 8. November 1936**
 Anlässlich der Feierlichkeiten zum Jahrestag der Revolution seien in der sowjetischen Propaganda die internationalen Probleme in den Hintergrund gedrängt worden, was auf die außenpolitischen Misserfolge der UdSSR im letzten Halbjahr, vor allem in Spanien, zurückzuführen sei. Der Gesundheitszustand Stalins habe im Zentrum der Aufmerksamkeit des diplomatischen Corps in Moskau gestanden. Baumbach geht ausführlich auch auf die Militärparade unter militärtechnischem Aspekt ein. 1414
- 564. Entwurf eines Schreibens des Volkskommissars für Verteidigung Vorošilov und des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin und den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov, 9. November 1936**
 Zur Passivität des NKID, gegen Deutschland Anklagepunkte im Zusammenhang mit dessen Einmischung in den Bürgerkrieg in Spanien vorzubringen. Litvinov ist anzuweisen, diese Situation zu bereinigen. 1417

565. Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Tippelskirch an das AA, 9. November 1936
 Zu Repressalien gegenüber Deutschen in Moskau, insbesondere gegen diejenigen, die die Botschaft aufsuchen; zu den Verhaftungen von deutschen Reichsangehörigen Anfang November sowie des Rechtsberaters der Botschaft; Forderung der Botschaft im NKID, die normale Tätigkeit wiederherzustellen und Mitarbeitern der Botschaft den Besuch der Verhafteten zu gewährleisten. 1418

566. Schreiben des Geheimen Staatspolizeiamtes an den Referenten im Preußischen Staatsministerium Marotzke, 9. November 1936
 Information über die auf Bitte des AA gegenüber der Bevollmächtigten Vertretung und der Handelsvertretung der UdSSR ergriffenen Maßnahmen, die als Reaktion auf die Verhaftungen und auf die scharfe Kontrolle sämtlicher deutscher diplomatischer Einrichtungen in der UdSSR erfolgten. 1420

567. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem deutschen Geschäftsträger in Moskau von Tippelskirch, 11. November 1936
 Die Deutsche Botschaft bringt im Zusammenhang mit den in der Nacht vom 4. zum 5.11.1936 erfolgten Verhaftungen von fünf deutschen Reichsangehörigen in Moskau und des Rechtsberaters der Botschaft sowie wegen der Beobachtung aller Besucher der Botschaft durch Mitarbeiter des NKVD ihre Besorgnis zum Ausdruck. 1422

568. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 11. November 1936
 Über die Verhaftung von deutschen Staatsangehörigen in Moskau und über die Beobachtung und Kontrolle der Besucher der Deutschen Botschaft, die im Zuge der Aufdeckung einer faschistischen Organisation erfolgt seien. Krestinskij ermahnt den Bevollmächtigten Vertreter – eingedenk möglicher Gegenmaßnahmen seitens der deutschen Behörden – besonders vorsichtig zu agieren. 1424

569. Bericht des Marinegehilfen des Militärattachés in Moskau von Baumbach an das Oberkommando der Kriegsmarine, 12. November 1936
 Zusendung von Fotografien von Luftzielen für Bombardierungen von Objekten strategischer Bedeutung auf dem Territorium der UdSSR und deren ausführliche Beschreibung. 1425

570. Bericht des Generalkonsuls in Leningrad Sommer an das AA, 12. November 1936
 Zu den zahlreichen Verhaftungen von Sowjetdeutschen und deutschen Reichsangehörigen in den letzten zwei Wochen. Laut Mitteilung des diplomatischen Agenten des NKID in Leningrad würden allen verhafteten deutschen Reichsangehörigen Spionage und organisierte antisowjetische Handlungen zur Last gelegt. 1427

571. Schreiben des Leiters der Presseabteilung im NKID Astachov an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, [13. November 1936]
 Zur Anfrage von Auslandskorrespondenten bei der Presseabteilung bezüglich der Zuverlässigkeit von Meldungen, die die zahlreichen Verhaftungen von Ausländern in der UdSSR betreffen. Astachov meint, dass der Verzicht auf ein offi-

zielles Dementi von den Korrespondenten als eine indirekte Bestätigung interpretiert und die Weiterleitung der Meldungen, die sie von der Deutschen Botschaft unter Umgehung der Zensur erhalten, verstärken werde. 1428

572. Schreiben des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 13. November 1936

Details zum Flug zweier sowjetischer Flugzeuge zur Teilnahme an der Pariser Luftfahrtausstellung im November 1936 mit Zwischenlandungen in Königsberg, Berlin und Köln. Zur Kontrolle der Personaldokumente von Besuchern sowjetischer Einrichtungen in Berlin am 9. und 10.11.1936 als Gegenreaktion auf die Verhaftungen von deutschen Staatsangehörigen in der UdSSR und auf die Kontrolle der Deutschen Botschaft in Moskau. 1430

573. Schreiben des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 14. November 1936

Zur Fortführung der Polizeiaktion vom 9. bis 10.11.1936, die die Überprüfung der Personaldokumente von einigen sowjetischen Staatsbürgern umfasste, die dienstlich in Deutschland tätig sind. Aktivierung der Tätigkeit der „Antikomintern“, die in Berlin eine Ausstellung unter dem Titel „Weltfeind Nr. 1“ eröffnete, die zuvor während des Parteitages der NSDAP in Nürnberg gezeigt worden war. 1436

574. Schreiben des Leiters der Wirtschaftsabteilung im NKID Rozenbljum an den Rat der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 14. November 1936

Bitte, die Leitung der Handelsvertretung über die Ansicht Litvinovs in Kenntnis zu setzen, dass eine Einstellung der Lizenzvergabe für die Einfuhr von Postpaketen mit Lebensmitteln aus Deutschland in die UdSSR nicht zweckmäßig sei. 1438

575. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem deutschen Geschäftsträger in Moskau von Tippelskirch, 15. November 1936

Zu den Verhaftungen von deutschen Reichsangehörigen in Moskau und in Leningrad sowie in einigen anderen Städten. Auf die Weigerung Krestinskis hin, den Protest wegen des Fehlens von Informationen über die jedem Verhafteten zur Last gelegten Beschuldigungen entgegenzunehmen, macht Tippelskirch auf den politischen Aspekt der Verhaftungen aufmerksam, die ein Schlag gegen die bilateralen Beziehungen seien. 1439

576. Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Tippelskirch an das AA, 15. November 1936

Zu den Verhaftungen deutscher Reichsangehöriger und sowjetischer Staatsbürger deutscher Herkunft im November 1936 und den von der Botschaft unternommenen Schritten. 1442

577. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 17. November 1936

Zur Presse-Mitteilung des NKVD über die Inhaftierung von deutschen Reichsangehörigen und zum Vorschlag Litvinovs, in Ergänzung dazu sein Gespräch

mit Schulenburg, in dem er die Rechtmäßigkeit des Vorgehens der sowjetischen Organe begründet habe, als TASS-Meldung zu bringen.	1447
578. Schreiben des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov, den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič, den Volkskommissar für Verteidigung Vorošilov und den Volkskommissar für Schwerindustrie Ordžonikidze, 19. November 1936	
Übersendung der Auftragsliste für militärische Objekte, die im Rahmen des deutschen Kredits in Höhe von 50 Mio. Mark vergeben wurden.	1449
579. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 19. November 1936	
Zum Gespräch mit Schulenburg über die in der UdSSR erfolgten Verhaftungen von deutschen Reichsangehörigen; Überlegungen Litvinovs bezüglich möglicher Konsequenzen, darunter willkürliche Verhaftungen sowjetischer Staatsbürger in Deutschland, selbst von Mitarbeitern der Handelsvertretung.	1453
580. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 19. November 1936	
Zu den Verhaftungen von Deutschen in Moskau und Leningrad; zur Prozesseröffnung in Novosibirsk gegen den deutschen Ingenieur Stickling u. a.; zur Veröffentlichung von Prozessmaterialien in der sowjetischen Presse und möglichen Komplikationen in den bilateralen Beziehungen.	1454
581. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Leiters der 2. Westabteilung im NKID Bežanov mit dem Gesandtschaftsrat II. Kl. in Moskau Hensel, 20. November 1936	
Proteste Hensels wegen unzureichender Informationen bezüglich der Vergehen der verhafteten deutschen Reichsangehörigen; wegen der nicht genehmigten Beobachtung des Prozesses in Novosibirsk; wegen der TASS-Mitteilung vom 20.11.1936, in der von Kontakten der im Prozess Angeklagten mit dem deutschen Konsulat in Novosibirsk die Rede ist; weitere Fragen im Zusammenhang mit den Verhaftungen.	1456
582. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 22. November 1936	
Empörung Schulenburgs wegen des im Prozess in Novosibirsk gegen den deutschen Ingenieur Stickling verhängten Todesurteils und seine Besorgnis bezüglich der gegen den deutschen Konsul vorgebrachten Beschuldigungen; Krestinskij lehnt es ab, die Stickling betreffende Frage zu erläutern; Bitte des Botschafters, die Vollstreckung des Urteils bis zur Prüfung des von Stickling eingereichten Gnadengesuches aufzuschieben.	1458
583. Pressanweisung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, 22. November 1936	
Die Meldung über das Urteil im Prozess in Novosibirsk, demzufolge alle Angeklagten, darunter auch ein Deutscher, zum Tode verurteilt wurden, ist auf den ersten Seiten der Zeitungen in großer Aufmachung zu bringen; auch scharfe Kommentare seien angebracht.	1459

- 584. Aufzeichnung des Attachés in der Handelspolitischen Abteilung im AA Weisse, 23. November 1936**
 Der Verband deutscher Reeder in Hamburg fragt im AA an, ob es angesichts der deutsch-sowjetischen Beziehungen und insbesondere des Urteils im Prozess in Novosibirsk angemessen sei, deutsche Schiffe aus Hamburg weiterhin nach Leningrad auslaufen zu lassen. Das AA erhebt keinen Bedenken. 1460
- 585. Schreiben des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Tippelskirch an den Leiter des Ref. V/Osteuropa in der Politischen Abteilung im AA Schliep, 23. November 1936**
 Tippelskirch meint, dass es notwendig sei, die Pressekampagne im Zusammenhang mit den im Prozess in Novosibirsk verhängten Urteilen fortzuführen; er nimmt an, dass die Staatsmacht in erster Linie bestrebt sei, die Bevölkerung von den inneren Schwierigkeiten abzulenken und auf die inneren und äußeren Feinde, die „trotzkistischen Verbrecher“ und „faschistischen Interventionen“ einzustimmen. 1461
- 586. Aufzeichnung des Leiters des Referats IV/Osteuropa der Handelspolitischen Abteilung im AA Schnurre, 24. November 1936**
 Absage der turnusgemäßen Sitzung zur Verlängerung des Wirtschaftsabkommens für 1937 durch Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums als Reaktion auf die Verhaftungen von deutschen Reichsangehörigen in der UdSSR; Schnurres Verstimmung über die fehlende Konsultation mit dem AA. 1462
- 587. Schreiben des Geheimen Staatspolizeiamtes an den Leiter des Ref. V/Osteuropa in der Politischen Abteilung im AA Schliep, 25. November 1936**
 Aufstellung von Listen, in denen Staatsbürger der UdSSR in Deutschland in bestimmten Kategorien geführt werden; diese wurden auf Bitte des AA von der Gestapo angefertigt, um bei Bedarf auf Maßnahmen der sowjetischen Regierung gegen deutsche Staatsangehörige mit entsprechenden Gegenmaßnahmen antworten zu können. 1463
- 588. Erklärung des Botschafters in London von Ribbentrop gegenüber einem Vertreter des Deutschen Nachrichtenbüros, 25. November 1936**
 Erklärung Ribbentrops zu den Zielen und konkreten Aufgaben des in Berlin unterzeichneten deutsch-japanischen Abkommens (Antikomintern-Pakt). 1464
- 589. Telegramm des kommissarischen Staatssekretärs im AA Dieckhoff, 25. November 1936**
 Sprachregelung zum Antikomintern-Pakt, der ausschließlich ein Abkommen mit innerpolizeilichen Funktionen sei; er sei nicht gegen dritte Mächte gerichtet und beinhalte keine Verpflichtungen zur Lieferung von Kriegsmaterialien. 1466
- 590. Schreiben des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki und des Leiters der Abteilung Handelspolitik in der Handelsvertretung Gasjuk an den Leiter des Sektors für Handelsvertretungen im NKVT Levin, 27. November 1936**
 Zur Propagandakampagne in Deutschland, die von der Antikomintern gegen die Zeitschrift der Handelsvertretung „Sowjetwirtschaft und Außenhandel“ entfacht worden sei. In der vom AA an die Handelsvertretung gerichteten Note wurde darauf hingewiesen, dass sich die Zeitschrift entgegen ihrer Thematik mit Kultur- und Politikpropaganda befasse. 1467

- 591. Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin mit dem Leiter der Presseabteilung im AA Aschmann, 28. November 1936**
 Beschwerde Gnedins, dass sowjetische Journalisten nicht zur Pressekonferenz anlässlich der Unterzeichnung des Antikomintern-Paktes in das Reichsministerium für Aufklärung und Propaganda eingeladen worden seien. Dazu erklärte Aschmann, dass das AA nichts mit dem Abschluss dieses Abkommens zu tun hatte. 1469
- 592. Schreiben des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin an die Presseabteilung im NKID, 28. November 1936**
 Zum Echo in Deutschland auf die Unterzeichnung des japanisch-deutschen Vertrages vom 25.11.1936: Erklärungen von Goebbels, Ribbentrop, Rosenberg sowie zahlreiche Zeitungskommentare, die in der Regel nicht auf eine Abschwächung des aggressiven Charakters des Abkommens hinauslaufen, sondern auf dessen Verstärkung. 1470
- 593. Auszug aus der Rede des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov auf dem VIII. Außerordentlichen Sowjetkongress, 28. November 1936**
 Zur außenpolitischen Tätigkeit des faschistischen Regimes in ihren verschiedenen Erscheinungsformen, insbesondere zur Schaffung eines weitverzweigten Agentennetzes in einer Reihe von Ländern, darunter in der UdSSR. Litvinov vertritt die Auffassung, dass der veröffentlichte Antikomintern-Pakt „keinen Sinn habe, da er lediglich den Deckmantel für ein anderes Geheimabkommen bilde“, welches zur gleichen Zeit erörtert, paraphiert und wahrscheinlich unterzeichnet worden sei. 1475
- 594. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 28. November 1936**
 Charakteristik der Außenpolitik Deutschlands, die sich im letzten Monat durch eine erhöhte Aktivität auszeichne. Bei der ausführlichen Analyse des japanisch-deutschen Abkommens und des Echos darauf sowohl in Deutschland als auch in anderen Ländern schätzt Suric das Abkommen als einen neuen Versuch ein, eine völkerrechtliche Grundlage für eine antisowjetische Politik und letztlich für einen Krieg gegen die UdSSR zu schaffen. 1480
- 595. Telegramm des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 28. November 1936**
 Schulenburgs ablehnende Reaktion auf das Vorhaben des AA, gegenüber in Deutschland lebenden Staatsbürgern der UdSSR Repressalien anzuwenden (vgl. Dok. 587); dieses würde nur die schwierige Stellung der sowjetischen Regierung im Ausland, in die sie im Gefolge der Repressionen geraten sei, erleichtern. 1488
- 596. Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 5. Dezember 1936**
 Über die Beschwerde Schulenburgs wegen Veröffentlichungen der sowjetischen Presse, die Verunglimpfungen von offiziellen Persönlichkeiten Deutschlands enthalten; zum Schicksal der verhafteten deutschen Staatsbürger; Versicherung des

- Botschafters, dass es in der UdSSR keine nationalsozialistische Organisation gebe, deren Gründung in Berlin zwar erörtert, aber negativ entschieden worden sei. 1489
- 597. Schreiben des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an den kommissarischen Leiter der Politischen Abteilung im AA von Weizsäcker, 5. Dezember 1936**
 Drei wesentliche Probleme, die Schulenburg mit Litvinov erörterte (vgl. auch Dok. 596): persönliche Verunglimpfungen Hitlers und anderer Staatsmänner Deutschlands in der Presse, im Rundfunk sowie in öffentlichen Reden sowjetischer Funktionäre; Stand der Dinge hinsichtlich der verhafteten deutschen Staatsbürger und zu den im Prozess in Novosibirsk gegen Generalkonsul Großkopf vorgebrachten Beschuldigungen; zur unglaublichen Information bezüglich der zahlenmäßigen Stärke der sowohl von Deutschland als auch der UdSSR nach Spanien entsandten Truppen. 1491
- 598. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 9. Dezember 1936**
 Zur Einladung Görings an Suric zu einem Meinungsaustausch über die sowjetisch-deutschen Beziehungen. Litvinov spricht sich dafür aus, die Einladung anzunehmen. 1494
- 599. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 9. Dezember 1936**
 Mitteilung Schulenburgs über die Provokationen von Mitarbeitern des NKVD, die die Ehefrau des deutschen Journalisten Görbing, die ehemals sowjetische Staatsbürgerin gewesen war, zu einer Zusammenarbeit mit dem NKVD zu erpressen versucht hätten; außerdem Bitte Schulenburgs, Klarheit in die Beschuldigungen gegen den in Char'kov verhafteten Deutschen Wicklein zu bringen. 1495
- 600. Bericht des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 9. Dezember 1936**
 Ausführliche Darlegung der Unternehmungen des NKVD, Frau Görbing für das NKVD anzuwerben, und der von Schulenburg ergriffenen Maßnahmen, um eine schnellstmögliche und sichere Ausreise des Journalisten Görbing und seiner Ehefrau aus der UdSSR zu gewährleisten. 1498
- 601. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 11. Dezember 1936**
 Information über die zum Abschluss gebrachte Angelegenheit des im Prozess in Novosibirsk verurteilten Stickling, dessen Höchststrafe in eine Haftstrafe von zehn Jahren umgewandelt wurde. Über die zur Entscheidung anstehende Frage, die Ausweisung des ehemaligen deutschen Generalkonsuls in Novosibirsk Großkopf, nunmehr in Kiev tätig, aus der UdSSR zu fordern. Nach Auffassung Krestinskij würden die Deutschen aufgrund der zu ihnen vorgedrunenen Gerüchte über erneute Verhaftungen in Moskau und Leningrad und über einen unmittelbar bevorstehenden Gerichtsprozess die Nerven verlieren. 1500

602. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 11. Dezember 1936 Empfehlung Krestinskis, wegen der Beschwerde des AA hinsichtlich des Inhalts der Zeitschrift „Sowjetwirtschaft und Außenhandel“ das Profil der Zeitschrift zu verändern.	1501
603. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, 12. Dezember 1936 Zur Verschlechterung der außenpolitischen Situation Deutschlands. Suric vertritt die Auffassung, dass die Annäherung Deutschlands an Italien und Japan zu seiner Isolierung in der Welt geführt und damit den mehrjährigen Bemühungen Berlins, Großbritannien auf seine Seite zu ziehen, einen schweren Schlag versetzt habe. Suric glaubt, in Westeuropa einen Wandel in der Haltung gegenüber Deutschland zu bemerken, der eine konsequentere Reaktion auf die deutschen Aggressionspläne zur Folge haben könnte.	1502
604. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 14. Dezember 1936 Zur Äußerung Hitlers im Gespräch mit dem japanischen Botschafter in Deutschland Mushanokōji nach der Unterzeichnung des Antikomintern-Paktes, dass er seit dem russisch-japanischen Krieg von einem deutsch-japanischen Bündnis geträumt habe, das nun Wirklichkeit geworden sei.	1506
605. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den diplomatischen Agenten des NKID in Novosibirsk Terent'ev, 14. Dezember 1936 Kritische Einschätzung der Handlungsweise Terent'evs während und nach dem Gerichtsprozess gegen Stickling in Novosibirsk.	1507
606. Auszug aus dem Schreiben des Botschaftsrats in Moskau von Tippelskirch an das AA, 14. Dezember 1936 Zur angespannten Atmosphäre in der Botschaft im Zusammenhang mit der Provokation gegenüber Frau Görbing; zu den in Umlauf befindlichen Gerüchten über einen bevorstehenden Prozess gegen die verhafteten Deutschen; zur Haltung der sowjetischen Regierung in der spanischen Frage; zur Linie des neuen Chefs des NKVD Ežov, die im alltäglichen Umgang mit Ausländern in Moskau Erleichterung gebracht habe.	1510
607. Aufzeichnung der Unterredung des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric mit Reichsminister Göring, 16. Dezember 1936 Göring erklärte die Absicht, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern ohne Rücksicht auf den Zustand der politischen Beziehungen zu gestalten. Der Reichsminister äußerte sich skeptisch zu den militärischen Aufträgen, zur „Kandelaki-Liste“, signalisierte zugleich aber Bereitschaft, gemeinsam mit Kandelaki die gesamte Liste aufmerksam durchzugehen. Er unterstrich dabei, dass eine Ablehnung einzelner in ihr enthaltener Positionen keinen politischen Hintergrund haben werde.	1512
608. Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin mit dem Leiter des Ref. V/Osteuropa in der Politischen Abteilung im AA Schliep, 16. Dezember 1936 Laufende Angelegenheiten, darunter: Probleme, mit denen die Bevollmächtigte Vertretung, ihr Mitarbeiter (Gordon) und sowjetische Vertreter in Deutschland	

(Tretler) zu tun haben; gegenseitige Beschwerden bezüglich der Haftfälle in beiden Ländern sowie zur Versendung von Propagandaelemente enthaltende Materialien durch die Handelsvertretung an einige Zeitungsredaktionen. 1515

609. Schreiben des Leiters der Wirtschaftsabteilung im NKID Rozenbljum an den Rat der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 19. Dezember 1936

Information des NKVT über die Perspektiven der Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland im Jahr 1937. Für die Bezahlung der verbleibenden Verbindlichkeiten sei es erforderlich, sich mit der deutschen Regierung über den Abschluss eines neuen Abkommens nach dem Muster des Abkommens für 1936 zu verständigen. Dabei sei es laut Empfehlung von Litvinov erforderlich, die neuen Aufträge an Deutschland ganz zu beschränken. 1518

610. Schreiben des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 21. Dezember 1936

Die in deutschen Zeitungen verbreitete Meldung über ein feindseliges Verhalten gegenüber Juden in der UdSSR treffe nicht zu. Schulenburg meint, dass das sowjetische Volk möglicherweise die Herrschaft der Juden in der UdSSR als eine schwere Last empfinde, die herrschenden Kreise hätten jedoch die freundschaftliche Haltung gegenüber Juden erneut öffentlich bekundet. 1520

611. Rundschreiben des Geschäftsführers des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft Tschunke, 22. Dezember 1936

Information über die Verhandlungen bezüglich der Verlängerung des deutsch-sowjetischen Wirtschaftsabkommens vom 29.4.1936. Es sei beabsichtigt, dieses Abkommen bis Ende 1937 zu verlängern. Tschunke weist die Meldungen sowohl hinsichtlich eines Aussetzens der Verhandlungen auf unbestimmte Zeit und der Unterbindung von Kontakten deutscher Firmen mit der Handelsvertretung als auch über neue Kreditverhandlungen und damit im Zusammenhang stehende zusätzliche sowjetische Aufträge als nicht zutreffend zurück. 1521

612. Schreiben des Leiters der Abteilung II im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda Haegert an den Leiter des Ref. V/Osteuropa in der Politischen Abteilung im AA Schliep, 22. Dezember 1936

Gegen die Weiterführung der von der „Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas“ herausgegebenen deutschen Aktenpublikation von russischen Dokumenten liegen bei Beachtung einiger Bedingungen keine Bedenken vor. Zu den Auflagen gehören: die Ausgabe ist nur in Fachzeitschriften zu besprechen; falls vorgesehen ist, die einzelnen Dokumentenbände mit Vorworten zu versehen, so sind diese vorab dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda einzureichen. 1523

613. Schreiben des Gehilfen des Leiters der 2. Politischen Westabteilung im NKID Levin an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 23. Dezember 1936

Zu dem Bestreben Schulenburgs, eine Audienz bei Molotov zu erhalten, und den Aktivitäten von Mitarbeitern der Botschaft in diese Richtung. Levin meint, dass das Verhalten der deutschen Diplomaten auf folgende Umstände zurückzuführen sei: erstens die Angst vor den bevorstehenden Prozessen gegen die verhafteten Deutschen, in dessen Verlauf ungelegene Informationen ans Tageslicht kommen könnten; zweites das Bestreben Berlins, angesichts der Verschlech-

terung der internationalen Situation Deutschlands eine weitere Verschärfung der Beziehungen mit der UdSSR zu vermeiden. 1524

614. Telegramm des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 23. Dezember 1936

Unterredung mit Molotov am 23.12.1936 über die verhafteten Reichsdeutschen. Schulenburg habe die Zusicherung erhalten, dass die sowjetische Regierung nicht an einem Aufbauschen dieser Angelegenheit interessiert sei. Die Personen, gegen die keine schwerwiegenden Beschuldigungen vorlägen, würden aus der Haft entlassen oder aus der UdSSR ausgewiesen. Schulenburg bittet das AA, dieses Problem im Interesse der 30 Verhafteten in der Presse nicht zu thematisieren. 1526

615. Telegramm des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki an den Volkskommissar für Außenhandel Rozengol'c, 24. Dezember 1936

Unterzeichnung des Abkommens mit Schacht über den Handelsumsatz und den Zahlungsverkehr für 1937, das die Bezahlung der Verbindlichkeiten der UdSSR mit Warenlieferungen und bei einer Reihe von Dingen verbesserte Abkommensbedingungen im Vergleich zu 1936 vorsieht. 1527

616. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 26. Dezember 1936

Litvinov informiert über den Besuch Schulenburgs bei Molotov. Der Botschafter sprach über massenhafte Verhaftungen von Deutschen in der UdSSR, die in einigen Fällen auf Provokationen zurückgehen würden. Zugleich erklärte er, dass es keine nationalsozialistischen Organisationen in der UdSSR gebe. Molotov und Litvinov, der an der Unterredung teilnahm, versicherten dem Botschafter, dass bei den Verhaftungen jegliche politische Motive fehlten, sondern diese ausschließlich aus Erwägungen der staatlichen Sicherheit erfolgt seien. 1528

617. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Volkskommissar für Innere Angelegenheiten Ežov, 27. Dezember 1936

Zum Vorschlag des Völkerbundes, der internationalen Konvention über die rechtliche Stellung von Flüchtlingen aus Deutschland beizutreten, und zu den Vorbehalten Litvinovs, falls auf diesen Vorschlag positiv reagiert werden sollte. 1529

618. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 31. Dezember 1936

Zur Zurückweisung des abermaligen Protestes der Deutschen Botschaft wegen in sowjetischen Zeitungen veröffentlichten Karikaturen. Die Deutsche Botschaft werde keine Veranlassung mehr haben, sich über die sowjetische Presse zu beschweren, wenn die deutsche Presse selbst zu den allgemeingültigen Anstandsregeln zurückkehre. 1531

619. Schreiben des Gruppenleiters der Referate Wirtschaft im AA Ritter an die Deutsche Botschaft und die konsularischen Vertretungen in der UdSSR, 6. Januar 1937

Informationsschreiben zu der am 24.12.1936 von Reichsminister Schacht und dem Leiter der Handelsvertretung Kandelaki unterzeichneten Vereinbarung, das deutsch-sowjetische Wirtschaftsabkommens vom 29.4.1936 bis zum Ende des Jahres 1937 zu verlängern. 1532

- 620. Entwurf Litvinovs einer Mitteilung für den Leiter der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki an Reichswirtschaftsminister Schacht, 8. Januar 1937**
Die sowjetische Regierung erklärt ihre Bereitschaft, auf offiziellem diplomatischen Wege mit der deutschen Regierung in Verhandlungen zur Verbesserung der politischen Beziehungen zu treten. 1534
- 621. Schreiben des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an den kommissarischen Leiter der Politischen Abteilung im AA von Weizsäcker, 9. Januar 1937**
Schulenburg informiert über die Unterredung mit Molotov am 23.12.1936 im Kreml über die zahlreichen Verhaftungen von deutschen Staatsangehörigen in der UdSSR und die von Mitarbeitern des NKVD angezettelten Provokationen. Der Botschafter empfiehlt eindringlich, von einer Veröffentlichung dieser Materialien so lange abzusehen, bis die wahren Absichten der sowjetischen Behörden bezüglich der verhafteten Deutschen festgestellt worden seien. 1535
- 622. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 14. Januar 1937**
Begleitschreiben Litvinovs zu dem von Stalin bestätigten Entwurf einer Erklärung Kandelakis gegenüber Schacht (vgl. Dok. 620). Darin wird insbesondere auf die von Stalin vorgenommene Einschätzung des Leiters der Handelsvertretung verwiesen. 1538
- 623. Auszug aus dem Tätigkeitsbericht der Allunionsvereinigung „Meždunarodnaja kniga – Antikvariat“ und von Torgprom, 14. Januar 1937**
Zu den Vertriebsbedingungen von sowjetischen Büchern, von kunsthandwerklichen und antiquarischen Erzeugnissen in Deutschland im Jahr 1936 und zum Import deutscher Bücher in die UdSSR. 1539
- 624. Aufzeichnung des Leiters des Referats V/Nordeuropa der Handelspolitischen Abteilung im AA van Scherpenberg, 14. Januar 1937**
Zur Einführung des neuen Meldeverfahrens, das vor einem Besuch von Unternehmen in Deutschland durch sowjetische Fachleute zu erfolgen hat und das ein achtungsvolles Auftreten der örtlichen Behörden gegenüber den sowjetischen Fachleuten gewährleisten könnte. 1543
- 625. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 15. Januar 1937**
Bemerkungen und Vorschläge Litvinovs zum Entwurf der Anklageschrift gegen die verhafteten deutschen Reichsangehörigen. 1544
- 626. Aufzeichnung der Unterredung des Reichsaußenministers Freiherr von Neurath mit dem Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 16. Januar 1937**
Neurath warnt Suric vor einer weiteren Verschlechterung der beiderseitigen Beziehungen, falls die verhafteten deutschen Reichsangehörigen aufgrund der Zugehörigkeit zu einer in der UdSSR nicht existenten nationalsozialistischen Organisation verurteilt werden sollten. 1546
- 627. Aufzeichnung des Legationsrats in Moskau Hilger, 19. Januar 1937**
Information des Direktors der Deruluft Issel über den Stand der Verhandlungen zu einem neuen Luftverkehrsabkommen zwischen Deutschland und der UdSSR. 1546

628. Schreiben des Generalsekretärs der „Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas“ Markert an den Legationsrat in Moskau Hilger, 19. Januar 1937	
Zum Stand der Arbeiten bei der Herausgabe der Dokumentenedition „Die Internationalen Beziehungen im Zeitalter des Imperialismus“ und dem wohlwollenden Verhalten von offizieller Seite dazu, darunter auch des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda.	1548
629. Schreiben des kommissarischen Leiters der Politischen Abteilung im AA von Weizsäcker an den Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 20. Januar 1937	
Weizsäcker antwortet auf das Schreiben Schulenburgs vom 9.1.1937 (vgl. Dok. 621). Er stimmt der Haltung des Botschafters in Bezug auf die in der UdSSR verhafteten Deutschen und den von ihm in diesem Zusammenhang vorgeschlagenen Maßnahmen zu.	1549
630. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stell. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 27. Januar 1937	
Zur internationalen Aktivität der deutschen Diplomatie zu Beginn des Jahres 1937, die kaum auf eine Entspannung in den Beziehungen zu anderen Ländern gerichtet sei. Suric vertritt bei der Analyse der Gespräche mit Neurath in der zweiten Januarhälfte die Auffassung, dass dessen Zurückhaltung hinsichtlich einer Verbesserung der sowjetisch-deutschen Beziehungen damit erklärt werden könne, dass die Aufnahme von Gesprächen zu diesem Thema von Schacht initiiert worden sei und das Auswärtige Amt sich nicht in das jetzige Gesprächsstadium einschalten wolle.	1550
631. Telegramm des kommissarischen Leiters der Politischen Abteilung im AA von Weizsäcker an die Botschaft in Moskau, 28. Januar 1937	
Weisung, bei der sowjetischen Regierung Protest dagegen einzulegen, dass während des Moskauer Prozesses amtliche deutsche Vertreter in der UdSSR (Großkopf), hochgestellte Persönlichkeiten (Heß) sowie die Gestapo, deutsche Firmen und Fachleute ungerechtfertigt beschuldigt und in den Fall verwickelt werden.	1559
632. Telegramm des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 29. Januar 1937	
Angesichts der korrekten und freundlichen Haltung gegenüber deutschen Vertretern, die dem Moskauer Prozess beiwohnen, sowie gegenüber General Köstling, der soeben aus Deutschland nach Moskau zurückgekehrt ist, erachtet es Schulenburg als nicht angebracht, die vorgesehene Demarche (vgl. Dok. 631) bei der sowjetischen Regierung auszuführen.	1560
633. Aufzeichnung des Mitarbeiters des Referats V/Osteuropa im AA Freiherr von Welck, 29. Januar 1937	
Negative Antwort auf die nochmalige Anfrage des AA bei der Gestapo, ob sie über belastendes Material verfüge, auf das in einem Gerichtsverfahren gegen sowjetische Staatsbürger in Deutschland zurückgegriffen und das im Zuge von Gegenrepressalien verwendet werden könnte.	1561

- 634. Telegramm des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov und den Volkskommissar für Außenhandel Rozengol'c, 29. Januar 1937**
 Zum Gespräch mit Schacht im Zusammenhang mit der Absicht der sowjetischen Seite, politische Verhandlungen zu führen; laut Schacht seien diese der einzig richtige Ausweg aus der momentanen Lage; die Gespräche sollten jedoch auf diplomatischem Wege geführt werden. 1562
- 635. Meldung des Chefs der Aufklärungsverwaltung der RKKa Urickij an den Volkskommissar für Verteidigung Worosilov, 31. Januar 1937**
 Nachrichtendienstliche Meldung über die Einschätzung des Militärattachés Deutschlands in Japan Oberst Ott, die die deutsch-japanischen Beziehungen auf militärischem Gebiet sowie die Umrüstung und den Umbau der Wehrmacht, die in einem bedeutend langsameren Tempo als dem vom Generalstab veranschlagten vollzogen werden, zum Gegenstand hat. Das wird von der Aufklärungsverwaltung kommentiert. 1563
- 636. Auszug aus dem Tätigkeitsbericht der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin für 1936, [Januar 1937]**
 Zu den Vorteilen, die die Verlängerung des sowjetisch-deutschen Wirtschaftsvertrages vom 29.4.1936 auf das Jahr 1937 mit den eingefügten Veränderungen bringen werden. Die Handelsvertretung gelangt zu der Schlussfolgerung, dass ein sehr großes Interesse von Kreisen der Industrie und einer Reihe von Behörden an sowjetischen Rohstoffen und Aufträgen zu verzeichnen sei, was jedoch auf den Widerstand politischer Kreise stoße. Einen breiten Platz in dem Bericht nehmen auch die Ex- und Importtätigkeit der Handelsvertretung und die zunehmenden Schwierigkeiten bei der Vergabe von Aufträgen ein, letzteres treffe insbesondere auf die Ingenieurabteilung zu. 1565
- 637. Bericht des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 1. Februar 1937**
 Detaillierte Analyse des zu Ende gegangenen 2. Moskauer Schauprozesses (Verfahrensfragen, Verlauf, Hintergründe und Ziel des Prozesses, das Verhalten der Beteiligten, die Beweislage, Anschuldigungen gegen Deutschland und seiner offiziellen Vertreter wegen strafbarer Handlungen). Schulenburg meint, dass die völlige Haltlosigkeit sämtlicher gegen Deutschland gerichteter Verleumdungen den Maßstab für die Beurteilung der Glaubwürdigkeit des gesamten Verfahrens bilde. 1570
- 638. Schreiben des kommissarischen Leiters der Politischen Abteilung im AA von Weizsäcker an den Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 3. Februar 1937**
 Zur Beunruhigung in Berlin, dass es in der Angelegenheit der verhafteten deutschen Reichsangehörigen in der UdSSR keine Bewegung gebe. Es ergeht die Weisung, im Narkomindel erneut vorstellig zu werden und dabei insbesondere die Verhaftung des Ingenieurs Wicklein, die unter offensichtlich provokativen Umständen erfolgt sei, zur Sprache zu bringen. 1576
- 639. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 4. Februar 1937**
 Vermutungen Litvinovs hinsichtlich der Motive, die Schacht dazu bewogen haben könnten, negativ auf Kandelakis Erwägung nach Vertraulichkeit der politi-

schen Verhandlungen zu reagieren; Vorschlag des Volkskommissars: keinerlei Initiativen zu ergreifen und Suric und Kandelaki keine neuen Weisungen für Verhandlungen mit den Deutschen zu erteilen. 1577

640. Schreiben des Reichswirtschaftsministers Schacht an den Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath, 6. Februar 1937

Schacht setzt Neurath über den Inhalt von zwei Gesprächen mit Kandelaki (Ende Dezember 1936 und am 29.1.1937) und über die dabei von dem Leiter der Handelsvertretung unterbreiteten Vorschläge in Kenntnis und schlägt eine Variante für eine eventuelle Antwort an Kandelaki vor. 1579

641. Auszug aus dem Schreiben des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 8. Februar 1937

Schulenburg geht auf den psychologischen Zustand der sowjetischen Bürokratie unter dem Eindruck des zu Ende gegangenen Moskauer Prozesses und auf die Machtlosigkeit des NKID ein, Einfluss auf Stalin zu nehmen, der allein über die Frage entscheide, gegen die verhafteten Deutschen einen Prozess zu führen oder diese aus der UdSSR auszuweisen. 1580

642. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 8. Februar 1937

Eine Version der Ausgabe der Zeitung „Angriff“ enthalte grobe Ausfälle gegen Litvinov, die andere Version gleichen Datums enthalte diese auf spezielle Weisung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda nicht. 1582

643. Schreiben des Reichsaußenministers Freiherr von Neurath an den Reichswirtschaftsminister Schacht, 11. Februar 1937

Über die Ergebnisse der Unterredung mit Hitler bezüglich der von dem Leiter der Handelsvertretung Kandelaki unterbreiteten Vorschläge zu den politischen Verhandlungen mit Deutschland (vgl. Dok. 640): Neurath schreibt, dass diese Vorschläge gegenwärtig zu keinerlei Ergebnissen führen und von Moskau dazu verwendet werden würden, ein Militärbündnis mit Frankreich und eine Annäherung an Großbritannien zu erzielen. Schacht möge auf die Vorschläge Kandelakis negativ antworten, da angesichts der andauernden engen Verbindung der sowjetischen Regierung mit der Komintern von politischen Verhandlungen keine positiven Ergebnisse zu erwarten seien. 1584

644. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 12. Februar 1937

Allgemeine Einschätzung der unterschiedlichen diplomatischen Aktivitäten Deutschlands zu Beginn des Jahres 1937. In den Beziehungen zur UdSSR sei eine noch größere Reserviertheit als früher bemerkbar, die an Boykott grenze. Suric gelangt zu der Schlussfolgerung, die Deutschen hätten entschieden, abzuwarten und keine Verhandlungen zu den in den Gesprächen Kandelakis mit Schacht behandelten Themen aufzunehmen. 1585

645. Direktivbrief des Volkskommissars für Innere Angelegenheiten Ežov, 14. Februar 1937

Orientierungsmaterial „Über die Terror-, Diversions- und Spionagetätigkeit von deutschen Trotzlisten im Auftrag der Gestapo in der Sowjetunion“, das allen

Chefs der Verwaltung für Innere Angelegenheiten der Regionen und Gebiete der RSFSR und den Volkskommissaren für Innere Angelegenheiten der Unionsrepubliken zugestellt wurde. Es enthält zugleich konkrete Anweisungen, um dieser antisowjetischen Tätigkeit sowohl auf dem Territorium der UdSSR als auch im Ausland entgegenzuwirken.	1592
646. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 15. Februar 1937 Vorschläge und Bitte um Weisungen wegen eines möglichen Vorgehens des Narkomindel bezüglich der deutschen und japanischen Diplomaten, die in den Materialien der geschlossenen Sitzung des Obersten Gerichts im Prozess gegen das antisowjetische trotzkistische Zentrum und in dem Urteil genannt worden sind. .	1596
647. Nachrichtendienstliche Meldung an die GUGB des NKVD, [16. Februar 1937] Zum Inhalt des an Hitler übergebenen politischen und militärischen Testaments von General Hans von Seeckt.	1598
648. Schreiben eines Mitarbeiters der Firma Otto Wolff an die Abteilung Ausland der Firma Otto Wolff, 17. Februar 1937 Information über die turnusmäßige ordentliche Versammlung der IFAGO und über den Vortrag des Vorsitzenden der Gesellschaft Reyß, der sich mit den deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen im Jahr 1936 und deren Entwicklungsperspektiven für 1937 befasste.	1599
649. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 17. Februar 1937 Schulenburg bringt seine Unzufriedenheit darüber zum Ausdruck, dass auf die im Zusammenhang mit den Verhaftungen der deutschen Staatsangehörigen an das NKID gerichteten Noten bislang keine Antworten eingegangen seien. Zugleich bemängelt er, keine Benachrichtigungen über die neuen Verhaftungen erhalten zu haben. Der Botschafter schlägt einen Maßnahmenkatalog vor.	1601
650. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Botschaftsrat in Moskau von Tippelskirch, 17. Februar 1937 Über die vertrauliche Empfehlung Šterns an Tippelskirch, wonach der Militärattaché General Köstring und der Presseattaché Baum von sich aus aus Moskau abreisen sollten, ohne eine offizielle Aufforderung zu ihrer Abberufung abzuwarten. Tippelskirch bat, Litvinov zu übermitteln, dass eine offizielle Aufforderung zur Abberufung von Köstring und Baum „katastrophale Folgen“ für die deutsch-sowjetischen Beziehungen haben werde.	1603
651. Telegramm des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 18. Februar 1937 Zur Erklärung Šterns gegenüber von Tippelskirch (vgl. Dok. 650). Zu den Schritten, die der Botschafter zu unternehmen gedenkt, falls die sowjetische Regierung offiziell die Abberufung von Köstring und Baum fordern sollte.	1604
652. Vermerk des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung Rust, 18. Februar 1937 Stellungnahme des Reichsministers Rust bezüglich der Teilnahme einer deutschen Delegation am Internationalen Geologenkongress in Moskau.	1605

653. Runderlass des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung Rust, 19. Februar 1937	
Runderlass Rusts an sämtliche Universitäten und wissenschaftliche Organisationen Deutschlands, den wissenschaftlichen Informationsaustausch mit Wissenschaftlern und wissenschaftlichen Organisationen in der UdSSR auf institutionellem und individuellem Wege zu verbieten. Der Reichsminister behalte sich das Recht vor, im Einzelfall Ausnahmeregelungen ausschließlich unter dem Gesichtspunkt eines „staatlichen Interesses“ zu treffen.	1606
654. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 19. Februar 1937	
Zum Beschluss der Instanz, den Militärattaché Köstring und den Presseattaché Baum auszuweisen, da ihre Namen in der geschlossenen Verhandlung der Moskauer Prozesses genannt worden sind. Zum erfolglosen Versuch des NKID, diese Angelegenheit auf inoffiziellm Wege beizulegen.	1608
655. Schreiben des Mitarbeiters des Referats V/Osteuropa im AA Freiherr von Welck an den Leiter des Referats Anti-Komintern im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda Taubert, 19. Februar 1937	
Welck bringt seine Unzufriedenheit darüber zum Ausdruck, dass in dem vom Deutschen Nachrichtenbüro veröffentlichten Artikel „Das jüdische Gesicht des Bolschewismus“ das Annuaire Diplomatique 1936 des NKID genannt worden ist, da er das Jahrbuch an Taubert mit der Bitte übergeben habe, dieses bei einer Veröffentlichung nicht zu nennen.	1609
656. Bericht des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 20. Februar 1937	
Ergänzende Information zu dem Verhältnis des Leiters der Handelsvertretung Kandelaki zu Stalin.	1610
657. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 22. Februar 1937	
Schulenburg versuchte Klarheit darüber zu bekommen, ob das Gespräch Šterns mit Tippelskirch am 17.2.1937 (vgl. Dok. 650) eine offizielle Demarche der sowjetischen Seite oder ein persönliches Gespräch gewesen sei. Er erklärte, dass seine Regierung nicht auf eine Abberufung von General Köstring eingehen werde. Im weiteren Verlauf der Unterredung wurde auch die Frage des bevorstehenden Prozesses gegen die verhafteten deutschen Staatsangehörigen und die Freilassung einer bestimmten Anzahl der Angeklagten mit anschließender Ausweisung aus der UdSSR berührt.	1611
658. Telegramm des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 22. Februar 1937	
Schulenburg gibt den Inhalt des Gesprächs mit Krestinskij am 22.2.1937 wieder, der sich dafür interessiert habe, wie die Botschaft auf Šterns inoffizielle Empfehlung einer freiwilligen Abreise von Köstring und Baum reagiere.	1614
659. Aufzeichnung des Chefs des Protokolls im AA von Bülow-Schwante, 26. Februar 1937	
Der Leiter der Protokollabteilung im Auswärtigen Amt erklärt gegenüber Suric, dass Neurath seine frühere Zusage zu einem Mittagessen in der Bevollmächtigten Vertretung am 10.3.1937 zurückziehe.	1615

- 660. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 27. Februar 1937**
Zum Gespräch mit Schulenburg am 22.2.1937; zur Reaktion in Moskau auf die Absage Neuraths, die Bevollmächtigte Vertretung zu besuchen; zum Beschluss, aus der UdSSR zehn der im November 1936 verhafteten Deutschen auszuweisen. 1616
- 661. Bericht des Gehilfen des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Levin, [27. Februar 1937]**
Besuch von einem Vertreter der Deutschen Botschaft, von Mitarbeitern des NKID und des NKVD bei einigen Deutschen, die von der Sonderberatung beim Volkskommissar für Innere Angelegenheiten der UdSSR zur Ausweisung verurteilt worden sind. Der Besuch fand in den Räumen der Sonderinspektion des NKVD statt, Levin berichtet über die dabei geführten individuellen Gespräche. 1618
- 662. Berichte des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg und des Gesandtschaftsrats II. Kl. in Moskau Hensel an das AA, 1. März 1937**
Ergänzende Information Schulenburgs zu den im November 1936 verhafteten Deutschen, die Gründe für deren Verhaftung müsse man von den Gründen der Verhaftungen in den nachfolgenden Monaten unterscheiden. Es sei erforderlich, von den sowjetischen Behörden eine Genehmigung für Mitarbeiter der Botschafter zu erwirken, sämtliche verhafteten Deutschen besuchen zu dürfen. Ausführlicher Bericht von Hensel über den Besuch bei den zur Ausreise aus der UdSSR verurteilten deutschen Staatsangehörigen am 27.2.1937 und über die Gespräche mit ihnen. 1620
- 663. Meldung des Chefs der Aufklärungsverwaltung der RKKa Urickij an den Volkskommissar für Verteidigung Worosilov, 3. März 1937**
Über die Instrumentalisierung von Kräften der weißgardistischen Emigration im Kampf gegen die UdSSR durch die Deutsche Regierung. 1624
- 664. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 3. März 1937**
Offizielle Erklärung des NKID bezüglich der Abberufung des Presseattachés der Deutschen Botschaft Baum, dessen weiterer Aufenthalt in der UdSSR unmöglich sei, nachdem im Gerichtsverfahren festgestellt worden sei, dass er mit dem verurteilten Radek „völlig unzulässige“ Gespräche geführt hätte. 1626
- 665. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 4. März 1937**
Zu den Einzelheiten der Unterredung mit Schulenburg am 3.3.1937 und den Beweggründen, die Abberufung des Militärattachés General Köstring aus der UdSSR nicht zu fordern. 1628
- 666. Schreiben des Mitarbeiters des Referats V/Osteuropa im AA Freiherr von Welck an das Geheime Staatspolizeiamt, 4. März 1937**
Es ergeht vom AA die Bitte, bei den Befragungen der Personen, die nach Deutschland zurückkehren, die Aufmerksamkeit der Botschaft auf die in einer Liste aufgeführten Fragen zu lenken. 1630

667. Aufzeichnung der Unterredung des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg mit dem Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 6. März 1939	
Zum Gespräch mit Krestinskij am 3.3.1937 (vgl. Dok. 664), in dem Schulenburg darauf bestand, die Forderung der sowjetischen Regierung nach Abberufung des Presseattachés Baum zu überdenken, da sich die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen durch nichts von den Beschuldigungen gegen General Köstring unterscheiden würden.	1632
668. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 11. März 1937	
Einschätzung der europäischen Beziehungen, darunter der inoffiziellen tschechisch-deutschen Verhandlungen zum Abschluss eines Nichtangriffsvertrages und des Besuchs Görings in Warschau und seiner Verhandlungen mit Rydz-Śmigły. Zu den neuen Vollmachten des Reichsinnenministeriums in Bezug auf Ausländer, die, wie Litvinov vermutet, vor allem gegen sowjetische Staatsbürger, d. h. gegen Mitarbeiter der Handelsvertretung und gegen Mitglieder von Abnahmekommissionen, gerichtet sind.	1633
669. Bericht des Geschäftsführers des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft Tschunke, 16. März 1937	
Über die Bedeutung des Imports der für die deutsche Wirtschaft lebenswichtigen Rohstoffe aus der UdSSR unter dem Gesichtspunkt einer veränderten Situation, da die UdSSR aufgehört habe, Schuldner Deutschlands zu sein und nunmehr nicht an Rohstofflieferungen zwecks Bezahlung ihrer Verbindlichkeiten interessiert sei, sondern ausschließlich an einen Austausch der von ihr gelieferten Produkte gegen eine moderne Industrieproduktion, vorrangig gegen Rüstungsgüter.	1636
670. Aufzeichnung des AA, 17. März 1937	
Zur Mitteilung Schulenburgs über die laut Information von Herbert Göring am 16.3.1937 stattgefundene Besprechung bei Hermann Göring, auf der nochmals die Nomenklatur der sowjetischen militärischen Bestellungen erörtert wurde. .	1640
671. Schreiben des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov und den Volkskommissar für Außenhandel Rozengol'c, 17. März 1937	
Zur offiziellen Reaktion Schachts auf die Erklärung der sowjetischen Seite vom 29.1.1937, politische Verhandlungen mit Deutschland auf diplomatischem Wege führen zu wollen (vgl. Dok. 620). Schacht zufolge halte es die deutsche Seite nicht für zweckdienlich, solche Verhandlungen zu führen, da sie gegenwärtig keinen Unterschied zwischen der sowjetischen Regierung und der Komintern sehe.	1640
672. Schreiben des Geheimen Staatspolizeiamtes an den Mitarbeiter des Referats V/Osteuropa im AA Freiherrn von Welck, 18. März 1937	
Die bevorstehende Betriebsprüfung der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin in der sowjetischen Handelsvertretung ermögliche es der Gestapo, einen ihrer Beamten an der Betriebsprüfung zu beteiligen. Die Allgemeine Ortskrankenkasse erbitte jedoch eine Erklärung des Auswärtigen Amtes, wonach gegen die Hinzuziehung eines Beamten keine Bedenken bestünden.	1642

- 673. Telegramm des Generalsekretärs des ZK der VKP (B) Stalin und des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov an den Leiter der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki, 19. März 1937**
Das nicht abgeschickte Telegramm beinhaltet die Benachrichtigung Kandelakis über den Beschluss, ihn zum Bevollmächtigten Vertreter in Berlin zu ernennen. 1643
- 674. Nachrichtendienstlicher Bericht an die Aufklärungsverwaltung der RKKa, 19. März 1937**
Über den neuen Kurs der antisowjetischen Propaganda, der laut Information der Quelle insbesondere unter Berücksichtigung unter anderem folgender Weisungen des Ministeriums für Aufklärung und Propaganda umzusetzen ist: die Informationen, die von dem Deutschen Nachrichtenbüro stammen, müssen wahrheitsgemäß sein und sich hauptsächlich auf die sowjetische Presse stützen. 1644
- 675. Aufzeichnung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin an das NKID, 25. März 1937**
Zur polizeilichen Vorladung des Korrespondenten der „Pravda“ Klimov in das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda und über die Gespräche Gnedins zu diesem Vorgang in der Presseabteilung des AA. 1645
- 676. Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 27. März 1937**
Klage Schulenburgs wegen der Verschleppung des Ermittlungsverfahrens gegen die verhafteten Deutschen und wegen neuer Verhaftungen, die auf Provokationen von NKVD-Agenten zurückgehen würden. Zur Abberufung des Presseattachés der Deutschen Botschaft Baum. Zum Wunsch Schulenburgs, diese und andere mit den verhafteten Deutschen im Zusammenhang stehenden Fragen mit Ežov und Molotov zu erörtern. 1647
- 677. Aufzeichnung der Unterredung des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg mit dem Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, 30. März 1937**
Zur Unterredung mit Litvinov am 27.3.1937 (vgl. Dok. 676). 1649
- 678. Brief des Militärattachés in Moskau Köstring an den Chef der 5. Unterabteilung der Abteilung T3 im Generalstab des Heeres Spalcke, 30. März 1937**
Einschätzung der Lage in der UdSSR unter dem Eindruck der nach dem Februar/März-Plenum des ZK der VKP (B) entfachten Kampagne und des dort von Stalin gehaltenen Vortrags. 1651
- 679. Richtlinien des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda Goebbels, 31. März 1937**
Der Kampf gegen den Weltbolschewismus ist die Generallinie der deutschen Politik und die Hauptaufgabe der nationalsozialistischen Propaganda bestehe darin, über dessen Bedeutung aufzuklären. Das Dritte Reich stehe in seinem Kampf gegen den Weltfeind nicht mehr allein da: im Gefolge des deutsch-japanischen Abkommens und im Zuge der Zusammenarbeit mit Italien, Österreich und Ungarn sei eine Einheitsfront der antibolschewistischen Staaten geschaffen worden. 1653

- 680. Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 2. April 1937**
 Litvinov setzt Schulenburg über die unveränderte Haltung der sowjetischen Regierung zur Abberufung Baums in Kenntnis. Er informiert den Botschafter über die Versetzung von Suric, bittet um das Agrément für Aleksandrovskij und teilt zugleich die mögliche Abberufung Kandelakis mit. Schulenburg berichtet Litvinov über sein Gespräch mit Hitler. 1658
- 681. Aufzeichnung der Unterredung des Gehilfen des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Levin mit dem Gesandtschaftsrat II. Kl. in Moskau Hensel, 9. April 1937**
 Hensel bittet u. a. um Informationen in der Angelegenheit der verhafteten deutschen Staatsangehörigen und um die Möglichkeit, ihnen Geld zu übermitteln. Zugleich bittet er um eine beschleunigte Bearbeitung einiger Gesuche zum Austritt aus der sowjetischen Staatsbürgerschaft. 1659
- 682. Schreiben des Gehilfen des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Levin an den 1. Sekretär der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin, 11. April 1937**
 Zu den Gründen, die es nicht erlauben, Theaterschaffende Deutschlands auf offiziellem Wege zu dem bevorstehenden V. Sowjetischen Theaterfestival im September 1937 einzuladen; zur Verhaftung des sowjetischen Staatsbürgers Lur'e in Deutschland; zu den Kontakten der Bevollmächtigten Vertretung zu deutschen wissenschaftlichen Gesellschaften. 1661
- 683. Telegramm des Leiters der Presseabteilung im AA Aschmann an die Botschaft in Moskau, 12. April 1937**
 Das AA erklärt sein Einverständnis, Presseattaché Baum zurückzurufen, falls dies als freiwilliger Akt und nach einer gewissen Zeit erfolgen sollte. Voraussetzung dafür wären Fortschritte im Umgang mit den verhafteten Deutschen, darunter die Erhöhung der Anzahl der aus der UdSSR auszuweisenden Deutschen. 1664
- 684. Schreiben des Vorsitzenden von Sojuzproméksport Kolmanovskij an den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov und den Stellv. Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Antipov, [nicht später als 13. April 1937]**
 Über einige Maßnahmen zur Unterminierung der deutschen Wirtschaft: Der Import von defizitären Rohstoffen ist einer der wichtigsten Bausteine für die Wehrfähigkeit Deutschlands, dessen Wirtschaft auf diesem Gebiet sehr anfällig sei, insbesondere bei Eisen- und Manganerzen und Phosphaten. In diesem Zusammenhang sei es erforderlich, ununterbrochen den Markt für defizitäre Rohstoffe und die Aktivitäten Deutschlands zur Verringerung seines Rohstoffdefizits zu beobachten und zugleich Maßnahmen zu ergreifen, um die Bemühungen Deutschlands auf diesem Gebiet zu erschweren und zu paralisieren. 1665
- 685. Auszug aus dem Vortrag des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg in der Konsul-Besprechung, [13. April 1937]**
 Überblick über die internationale Lage mit Blick auf die Außenpolitik der UdSSR und ihrer Beziehungen zu anderen Ländern. Die deutsche Regierung habe keine

Veranlassung, die derzeitigen Beziehungen zur UdSSR zu verändern. Die Bekämpfung von oppositionellen Tendenzen durch Stalin, die politischen Prozesse erzeugten im Lande eine Atmosphäre allgemeiner Unsicherheit und Misstrauens, letzteres richte sich vor allem gegen deutsche Staatsangehörige. 1670

686. Sondermeldung der 3. Abteilung der GUGB des NKVD, 14. April 1937
 Nachrichtendienstliche Information über die Beratung der deutschen Konsuln in der UdSSR vom 13. bis 14.4.1937 in der Residenz Schulenburgs in Moskau (Liste der erörterten Fragen und einige sie betreffende Details). 1679

687. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, 16. April 1937
 In Berliner diplomatischen Kreisen kursieren Gerüchte über eine mögliche Annäherung zwischen der UdSSR und Deutschland. Als Erklärungen für einen derartigen Kurswechsel der deutschen Außenpolitik werden genannt: die Schwierigkeiten des Regimes im Innern (die Vergrößerung der Binnenverschuldung, die Verschärfung des Rohstoffproblems, eine zunehmende Unzufriedenheit in verschiedenen Bevölkerungsschichten), eine wachsende Unzufriedenheit in Führungskreisen der Armee sowohl mit der Innen- als auch mit der Außenpolitik der Regierung. 1680

688. Aufzeichnung der Unterredung des Reichsaußenministers Freiherr von Neurath mit dem Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 17. April 1937
 Abschiedsbesuch von Suric, der dabei mitteilt, dass er laut seiner Weisung noch ungefähr 1½ Monate bis zum Eintreffen seines Nachfolgers Jurenev aus Japan auf seinem Posten verbleiben werde. Er spricht den Wunsch aus, die Wirtschaftsverhandlungen wieder aufzunehmen, wozu die sowjetische Seite bereit sei. 1683

689. Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 17. April 1937
 Schulenburg teilt mit, dass für Jurenev das Agrément erteilt wird. Auf die Frage des Botschafters bezüglich der verhafteten Deutschen antwortet Litvinov, er rechne damit, die Haftentlassung einer erheblichen Anzahl der Verhafteten zu erwirken. 1684

690. Presseanweisung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, 17. April 1937
 Zu den Meldungen aus der UdSSR oder ihr nahestehenden Staaten, wonach angeblich deutsch-sowjetische Verhandlungen stattfinden würden. Gegen diese Meldungen sei in aller Schärfe vorzugehen. Im Zusammenhang damit sind die Reden auf den Parteitag von 1935 und 1936 heranzuziehen. 1685

691. Telegramm des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den sowjetischen Geschäftsträger in Paris Giršfel'd und den Bevollmächtigten Vertreter in Prag Aleksandrovskij, 17. April 1937
 Weisung zur Information der Außenministerien, dass die Gerüchte über eine Annäherung der UdSSR an Deutschland jeglicher Grundlage entbehren und von den Deutschen oder von den Polen lanciert werden. Die UdSSR führte und führt keine Verhandlungen darüber mit Berlin. 1686